

DER STANDARD

SA./SO., 6./7. SEPTEMBER 2014 | ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG | HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER | € 2,50

**1989-2014
DIE NEUE
UNORDNUNG**

Endlich frei!
In der Nacht zum 11. September 1989 öffnete die ungarische Regierung für DDR-Bürger die Grenze zu Österreich – im Bild der Grenzübergang Nickelsdorf. Es war das erste Loch im Eisernen Vorhang. In den Tagen danach reisten Zehntausende in die BRD aus. Die Ungarn hätten dafür in Moskau nicht um Erlaubnis gefragt, sagte KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow später.

Konzept: Foto: L. Friesenbichler, S. Klausner // Originalfoto: picturedesk.com/APA/Keinrath



Vom Aufbruch zu neuer Unsicherheit in Europa

In diesen Wochen wird der historischen Ereignisse vor 25 Jahren gedacht, die zum Fall des Eisernen Vorhangs und der Berliner Mauer führten. Vor einem Vierteljahrhundert war Europa im Aufbruch, neue Staaten bildeten sich. Es schien, als ob der Kontinent nach zwei Weltkriegen in eine friedliche Zukunft steuern würde. Dass dem nicht so ist, erleben wir derzeit. Die Welt scheint aus den Fugen geraten zu sein, es herrscht eine neue Unordnung. In der von Lisa Nimmervoll koordinierten Schwerpunktausgabe sind wir diesen Veränderungsprozessen nachgegangen. Durch die Ausgabe zieht sich eine Fotoinstallation: Lukas Friesenbichler und Simon Klausner haben historische Fotos auf eine Mauer projiziert. In diesen Tagen entscheidet sich auch, ob neue Mauern errichtet werden.

Alexandra Förderl-Schmid
Chefredakteurin

derStandard.at/1989

HEUTE

Kopf des Tages

Polens Parlamentspräsidentin Ewa Kopacz, nun auch an der Spitze der Regierungspartei, ist Favoritin für das Amt des Premiers. **Seite 48**

Zögerliche Einbürgerungen

Drei Prozent im ersten Halbjahr 2014: Die Anzahl der beschleunigten Einbürgerungen seit der Einführung fiel dürftig aus. **Seite 17**

Erste Metallerrunde

Im Vorfeld der bald startenden KV-Verhandlungen für die Metaller fordert die Gewerkschaft saftige Lohnanpassungen. **Seiten 25, 48**

Welser-Möst verlässt Oper

Wegen Differenzen mit Staatsoperndirektor Meyer legte Dirigent Franz Welser-Möst sein Amt zurück. **Seite 37, Kommentar Seite 48**

Zitat des Tages

„Wenn ich besser sein will als der Haneke und bessere Filme machen will, dann bin ich ein Vollidiot.“

Filmemacher Erwin Wagenhofer im Gespräch mit Martin Haiderer, Gründer der Wiener Tafel, im **KarrierenStandard**

STANDARDS

Sport 22, 23
Rätsel, Sudoku, Freizeit 24
Finanzen & Märkte 33
Wissenschaft 36
Kommunikation 41
Veranstaltungen, Kino ... 42, 43
TV, Switchlist 44, 45
Wetter 42

Westen: 14 bis 24°
Süden: 13 bis 24°
Osten: 14 bis 25°

**Nachrichten in Echtzeit auf
derStandard.at**



Umfrage: Ende des Ostblocks hat Österreich kaum genützt

Nur 43 Prozent sehen Vorteile – Tourismus und Pflege profitieren

Wien – Nur 43 Prozent der österreichischen Wahlberechtigten meinen, dass Österreich heute besser dasteht als vor 25 Jahren – also vor dem Fall des Eisernen Vorhangs. 17 Prozent meinen, dass es heute etwa gleich gut gehe, und 40 Prozent sehen sogar einen Niedergang. Dabei gibt es kaum unterschiedliche Einschätzungen zwischen jenen, die diese Zeit bewusst erlebt haben, und den jüngeren Befragten. Das geht aus einer aktuellen Markt-Umfrage für den STANDARD hervor. In der schärferen Fragestellung, ob es gut wäre, wenn der Eisernen Vorhang und die kommunistische Welt jenseits davon weiter bestünde, sagen immer noch 14 Prozent, sie fänden das wünschenswert.

Bei einer weiteren Frage, welche Branchen die Veränderungen genutzt hätten, rangieren Tourismus, Pflege und Handel ganz oben, Wissenschaft und Landwirtschaft ganz unten. Und im inter-

nationalen Vergleich wird Deutschland von 57 Prozent attestiert, dass es die Chancen „sehr gut“ genutzt habe – auch hier geben nur 42 Prozent Österreich ein „Sehr gut“. (red) **Seite 3**

Wehrdiener als „Lohnsklaven“

Heereskenner prangern Spardruck an: Rekruten leiden

Wien – Angesichts des Spardrucks beim Bundesheer warnt der Kommandant der Garde, Stefan Kirchbner, im STANDARD-Gespräch vor den Auswirkungen für die Rekruten. Gefängnisse seien mitunter „besser ausgestattet“ als manche

ihrer Unterkünfte in den Kasernen. Paul Kiss, für die ÖVP in der Bundesheerkommission, kritisiert, dass die Präsenzdiener mit ihrem niedrigen Monatsgeld „abgespeist werden wie Lohnsklaven“. (red) **Seite 15**

Kommuniqué

„Wie die offizielle Nachrichtenagentur berichtet, fand das Zusammentreffen der beiden Staatsmänner in einer offenen Atmosphäre statt, mit einem freimütigen Austausch der Argumente.“

Wenn das früher so verlautbart wurde, wusste man: Handgreiflichkeiten wurden gerade noch vermieden.

Nun studieren wir das Kommuniqué aus der Kommandozentrale in St. Pölten: Landeshauptmann Erwin Pröll und der neue Finanzminister Hans Jörg Schelling trafen zu einem Gipfelgespräch zusammen. Dabei betonten beide ihr – „entgegen anders kolportierter Darstellung“ – gutes Verhältnis zueinander. Genau, schon wieder haben die bösen Medien was anderes „kolportiert“, z. B., dass Pröll es gar

nicht gern hörte, wie Schelling als Hauptverbandschef die Spitalsdichte in Niederösterreich kritisierte, und er einen anderen als Finanzminister wollte.

Aber jetzt ist alles gut, Schelling war so klug, gleich mit Pröll ein zumindest formales Einverständnis herzustellen. Und der ist so klug, Realitäten anzuerkennen.

RAU

Feinschmecker kosteten aber noch ein paar Sätze des Kommuniqués aus: Schelling zeigte sich „zuversichtlich, den Reformweg gemeinsam mit den Bundesländern zu beschreiten und lösungsorientiert zu arbeiten“. Übersetzung: Vielleicht gelingt es doch einmal, den Bundesländern das fröhliche Geldverbrennen für allerlei obskure Förderungen und Privilegien für Landesbedienstete abzugewöhnen.

Waffenruhe für die Ukraine vereinbart, EU-Sanktionen auf Eis

Wien/Kiew/Minsk – Bei Gesprächen der Ukraine-Kontaktgruppe in Minsk haben sich Vertreter der Ukraine und der Separatisten am Freitag auf eine Waffenruhe geeinigt. Zuvor war um die Hafendstadt Mariupol noch heftig gekämpft worden. Die EU will nun die ausgearbeiteten Sanktionen gegen Russland vorerst nicht in Kraft treten lassen.

Dennoch haben die Nato-Staats- und Regierungschefs in Wales die Bildung einer 5000 Soldaten starken „Gruppe sehr hoher Bereitschaft“ beschlossen, die nach Sicht des Bündnisses die Staaten Mittel- und Osteuropas vor Russland schützen soll.

Bundespräsident Heinz Fischer bezeichnete Aussagen von Präsident Wladimir Putin zur Präsenz russischer Soldaten in der Ostukraine im STANDARD-Interview als „misstrauensbildend“. Projekte mit Russland sollten „nicht vorrangig bearbeitet“ werden. (red) **Seiten 10 und 11, Kommentar Seite 48**

Diese Anzeige geht an alle,

die zu viel nachdenken. Und jetzt? Endlich mal nicht darüber nachdenken, wie sehr die Menschen nerven, die mittig an Rolltreppenden stehen bleiben und ihr Smartphone besippen. Endlich mal nicht darüber nachdenken, was X zu einem sagt und warum Y ab und zu überhaupt was sagt. Und vor allen Dingen wie er was sagt, wenn er was sagt. Einmal nicht darüber nachdenken, warum eines der Kinder Probleme in der Schule hat und das andere so schlau ist, dass alle fragen: „Warum hat das eine Kind Probleme in der Schule?“ Endlich mal nicht an den Job denken und warum man oft das Gefühl hat, zu viel CEO und zu wenig Papa zu sein. Einmal nicht darüber nachdenken, wie laut die Mädchen von den Trolleys sind, wenn sie in aller Herrgottsfrühe übers Trottoir zum Bahnhof gedroschen werden. Und einfach mal nicht darüber nachdenken, ob die Bio-Wurstfachverkäuferin nach jedem Wurstverkaufsvorgang auch ordentlich die Handschuhe gewechselt hat. Einfach mal ins Auto einsteigen und einfach mal losfahren, bio-wurscht wohin. In unseren Autos wird schon genug gedacht. Intelligent Drive von Mercedes-Benz.

Mercedes-Benz

Was 1989 erkämpft wurde, ist nicht in Stein gemeißelt

Konzept, Foto: Lukas Friesenbichler, Simon Klausner // Originalfoto: Votava



Loch bei Hegyeshalom im westungarischen Grenzgebiet war der Anfang: Am 2. Mai 1989 – ein halbes Jahr vor dem symbolträchtigen Fall der Berliner Mauer – schnitten ungarische Soldaten mit großen Zangen die ersten Löcher in den Stacheldraht, der als „Eiserner Vorhang“ eine schier unüberwindliche Trennlinie durch Europa bzw. zwischen Westen und Osten gezogen hatte. Zwei Monate später, am 27. Juni 1989, wurde die Zaunszene für die Geschichtsbücher reinszeniert. Damit beendeten Österreichs Außenminister Alois Mock und sein ungarischer Amtskollege Gyula Horn symbolisch den Kalten Krieg.

Die Überwindung der Furcht

Die Revolution von 1989 gelang, weil eine kritische Masse von Menschen in Ostmitteleuropa ihre Furcht vor der Repression überwand. Angesichts dessen, was heute nahe der EU-Ostgrenze geschieht, ist diese Botschaft aktueller denn je.

Josef Kirchengast

Was er von der Französischen Revolution halte, fragte US-Außenminister Henry Kissinger den chinesischen Ministerpräsidenten Zhou Enlai (Tschou En-lai) 1971 in Peking. Die überlieferte Antwort: „Es ist zu früh, das zu sagen.“ Zu früh – fast 200 Jahre danach. Zhou, aus einer großbürgerlichen Familie stammend und zweifellos der intelligenteste und gebildetste Kopf der führenden chinesischen Kommunisten, meinte es völlig ernst.

Darin drückt sich ein Geschichtsverständnis aus, das auch bei der Beurteilung der 1989er-Revolution in Mittel- und Osteuropa nützlich sein kann. Die fand übrigens genau 200 Jahre nach der Französischen statt. Und 25 Jahre später ist, mit Blick auf den Ukraine-Konflikt, weniger klar denn je, welche langfristigen Auswirkungen sie haben wird.

Noch vor fünf Jahren, zum 20-Jahr-Jubiläum, schrieb der deutsche Politologe Peter Graf Kielmansegg in einem Beitrag für die Zeitschrift *Osteuropa*, die Jahrhundertbedeutung der Revolution von 1989 liege darin, dass sie die russische Oktoberrevolution von 1917 widerrufen habe. Der Autor bezog sich dabei auf ein seiner Ansicht nach exemplarisches Ereignis: die große Demonstration in Leipzig am 9. Oktober. In ihr habe sich die Überwindung der Furcht so eindrucksvoll manifestiert, dass die DDR-Staatsmacht nach früheren brutalen Einsätzen gegen Demonstranten es nicht mehr wagte, gewaltsam vorzugehen.

Indem er die Überwindung der Furcht als den entscheidenden Punkt für das Gelingen der 1989er-

Revolution festmacht, bezieht sich Kielmansegg auf die Staatsformenlehre des französischen Philosophen Charles de Montesquieu (1689–1755). Darin wird jeder Staatsform ein Prinzip zugeordnet. Das Prinzip der Despotie ist die Furcht.

Erreicht die Zahl der Untertanen, die ihre Angst vor der Obrigkeit überwinden, eine kritische Masse, dann bedeutet dies das Ende der Despotie. Genau das ist zwischen Frühjahr und Herbst 1989 in den zum sogenannten Ostblock zählenden Staaten Mittel- und Osteuropas geschehen, in einem inneren und äußeren Dominoeffekt, der zwei Jahre später zum Zusammenbruch der Sowjetunion führte. Dieser bedeutet für den russischen Prä-

äsidenten Wladimir Putin bekanntlich „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“.

Der 1989er-Revolution Vergleichbares ereignete sich bei der Euromaidan-Bewegung im vergangenen Spätherbst in der Ukraine. Der Auslöser: Präsident Wiktor Janukowitsch hatte das ausgehandelte Assoziierungsabkommen mit der EU auf massiven russischen Druck hin platzen lassen. Den Stellenwert dieses Abkommens für Kiew hatte der ukrainische Botschafter und Chefverhandler in Brüssel, Kostiantyn Yelisieiw, wenige Wochen zuvor in einem STANDARD-Interview mit der Bedeutung des Mauerfalls für die deutsche Wiedervereinigung verglichen.

Dass dies keine Übertreibung war, zeigt und zeigt das Vorgehen Putins. Und darin liegt die besonders bittere Ironie der Geschichte. Michail Gorbatschow, der letzte Staatschef der Sowjetunion, hatte mit seiner (wenn auch inkonse-

quenten) Reformpolitik ab Mitte der 1980er-Jahre die Freiheitsbewegungen in Ostmitteleuropa ermuntert. Als es wirklich ernst wurde, verzichtete Gorbatschow auf Gewalt und bestimmte damit auch das Verhalten der Regime in den „Bruderländern“. Putin, sein Nachfolger im Kreml, will jetzt, mit immer dreisterem Einsatz von Gewalt, die Sowjetunion in Form eines ungeniert hegemonialen Russlands wiederauferstehen lassen.

Putins Horrordision

Sosehr Putin der UdSSR als Supermacht nachtrauern mag, so sehr fürchtet er eine Wiederholung der Oktoberrevolution von 1917. Die war zwar keine wirkliche Revolution, sondern ein Staatsstreich der Bolschewiken. Dennoch lässt sie sich propagandistisch gut als abschreckendes Beispiel für Chaos und Anarchie nutzen. Dahinter steht allerdings eine ganz andere Befürchtung: Ein durchschlagender Erfolg der Euromaidan-Revolution, also eine demokratische Ukraine mit klarer europäischer Ausrichtung, könn-

te nicht ohne Folgen für die Entwicklung in Russland bleiben. Ein Volk, das seine Furcht vor den Herrschenden überwindet, das muss eine Horrordision für den vom Sowjetgeheimdienst geprägten Kremlchef und seinen Machtapparat sein.

Derzeit kann Putin allerdings noch auf die Angst vieler Menschen vor neuer Instabilität setzen. Und dies nicht nur in Russland. In der EU rückt die hartnäckige Wirtschaftskrise das Sicherheitsdenken ebenfalls in den Vordergrund. Auch in den neuen Mitgliedstaaten haben die Menschen inzwischen materiell etwas zu verlieren, während die Erinnerung an die Zeit vor 1989 verblasst. Jene Länder, wo sie noch sehr lebendig ist – Polen und die baltischen Republiken –, sind mit ihrem Ruf nach einem schärferen Kurs gegenüber Moskau innerhalb der Union in der Minderheit.

Unter diesem Aspekt ist die Kür des polnischen Premiers Donald Tusk zum künftigen EU-Ratspräsidenten ein bedeutsames Signal. Man kann sie auch als – späte – Anerkennung der Rolle Polens in

der Entwicklung sehen, die in die Revolution von 1989 mündete.

„Fürchtet euch nicht!“, hatte der Krakauer Erzbischof Karol Wojtyła 1978 nach seiner vom Wiener Kardinal Franz König vorbereiteten Wahl zum Papst den Menschen auf dem Petersplatz in Rom zugerufen. Im Jahr darauf besuchte Johannes Paul II. erstmals seine polnische Heimat. Offiziell sollte es eine Pastoralreise sein. Aber die kommunistischen Machthaber waren hypernervös – zu Recht. Vor der Rückreise nach Rom machte der Papst in Krakau hunderttausenden Landsleuten mit den gleichen Worten Mut: „Fürchtet euch nicht!“ Ein Jahr später erzwangen die streikenden Arbeiter der Danziger Leninwerft vom KP-Regime die Zulassung freier Gewerkschaften. Für die Solidarność unterzeichnete der Elektriker Lech Wałęsa das Abkommen mit einem großen Kugelschreiber, auf dem für alle sichtbar das Bild von Papst Wojtyła prangte.

Demütigung des Regimes

Es war eine Demütigung des Regimes, aber sie beeinflusste unbestreitbar auch die Entwicklung in der Sowjetunion. Fünf Jahre später, 1985, wurde Gorbatschow Parteichef, nach weiteren vier Jahren war die sowjetische Hegemonie in Ostmitteleuropa Geschichte.

Man kann die Revolution von 1989 als Folge einer Verkettung „glücklicher“ Umstände erklären. Das wird ihr freilich nur sehr bedingt gerecht, weil es das Verhalten der handelnden Personen, ob in der Tat oder in der Unterlassung, ausblendet. Man kann es auch mit Zhou Enlais Ansicht zur Französischen Revolution halten.

Sicher aber ist: Es war das brennende Verlangen nach Freiheit und Selbstbestimmung, das Hunderttausende in Leipzig, Berlin, Prag, Budapest, Warschau und vielen anderen Städten ihre Furcht überwinden und auf die Straße gehen ließ. Was sie erkämpften, ist auch 25 Jahre danach keine Selbstverständlichkeit. Zumindest diese Klarheit sollte der Blick weiter nach Osten schaffen.



Die Euromaidan-Bewegung in der Ukraine sieht sich auch in der Tradition der ostmitteleuropäischen Revolutionäre von 1989. Foto: Reuters

Was die Österreicher noch wissen und wie die Politik damals dachte

Das Bild vom Ostblock verblasst langsam

Immerhin 14 Prozent der Österreicher wünschen sich den Eisernen Vorhang zurück, nur 43 Prozent meinen, dass es Österreich heute besser gehe als vor 25 Jahren. Die Vorstellung, was die Teilung Europas bedeutet hat, ist nicht bei allen tief verankert.

Conrad Seidl

Was man sich unter der UdSSR vorzustellen hat, glauben 95 Prozent der erwachsenen Österreicher noch halbwegs gut nachvollziehen zu können. Aber was deren Satellitenstaaten waren? Da steigen bereits 34 Prozent aus. Jüngere und weibliche Befragte geben sich bei diesem Begriff besonders ahnungslos. Und der Begriff Breschnew-Doktrin erzeugt bei 60 Prozent der Österreicher keine Assoziationen.

Dabei war die Breschnew-Doktrin die vom damaligen KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew ausgegebene Parole, dass die sozialistischen Bruderstaaten eingreifen müssten, wenn in einem der Satellitenstaaten der real existierende Sozialismus in Gefahr gerate. Aber so etwas lernt man im Zeitgeschichtunterricht offenbar nicht: Nur jeder neunte Befragte unter 30 hat davon gehört.

Das geht aus einer im August durchgeführten Market-Umfrage für den STANDARD hervor. Demnach sind viele Vokabel, die zum Sprachschatz des Kalten Krieges gehörten, heute vergessen. 76 Prozent haben keine Vorstellung, was eine Räte-demokratie sein könnte.

Nur die Berliner Mauer ist als Begriff in fast allen – nämlich 98 Prozent – Köpfen verankert. Auch Ostblock, Kalter Krieg und UdSSR sind für mehr als 95 Prozent gän-

gige Begriffe. Den Warschauer Pakt und das Wettrüsten kennen jüngere Befragte nicht mehr so gut – und die Wirtschaftsgemeinschaft Comecon ist nur noch einer Minderheit (hier vor allem älteren und höher gebildeten Befragten) halbwegs vertraut.

Dass die KPdSU die kommunistische Einheitspartei der Sowjetunion war, weiß schon ein Drittel nicht mehr. Die Versuche von Generalsekretär Michail Gorbatschow, mit Glasnost (Transparenz) eine Umgestaltung (Perestrojka) der Sowjetdiktatur zu erreichen, waren vor 25 Jahren in allen Medien ein Thema. Heute sind die Begriffe knapp drei von vier Österreichern in Erinnerung. Die polnische Solidarność, die als freie Gewerkschaft in Polen systemverändernd wirkte, können immerhin sechs von zehn Österreichern einordnen.

Die Welt des Kalten Krieges verblasst in der Erinnerung der Österreicher, zumindest begrifflich.

War sie vielleicht eine bessere Welt? Neigen die Österreicher zu einer Nostalgie im Hinblick auf die durch den Eisernen Vorhang getrennte Welt bis 1989?

Der STANDARD ließ dazu fragen: „Wenn Sie jetzt noch weiter zurückdenken, nämlich ein Vierteljahrhundert: Geht es Österreich heute besser, gleich gut oder eher schlechter als vor 25 Jahren?“ Da sagen nur 43 Prozent, dass das vergangene Vierteljahrhundert eine Verbesserung gebracht habe,

17 Prozent meinen, dass sich nicht viel verändert habe und 40 Prozent erklären sogar, dass es eher schlechter geworden sei.

Market fragte weiter: „Vor 25 Jahren ist ja der Eisernen Vorhang, also die Trennung zwischen dem kommunistischen System im Osten und dem marktwirtschaftlichen System im Westen, gefallen. Alles in allem: War der Fall des Eisernen Vorhangs Ihrer Meinung nach insgesamt ein Vorteil, oder wäre es besser, wenn es in Europa weiterhin ein kommunistisches System gäbe?“

Da unterscheiden die Österreicher dann doch feiner: 79 Prozent sehen es als Vorteil an, dass der Eisernen Vorhang weg ist, nur 14 Prozent sehen keinen Vorteil.

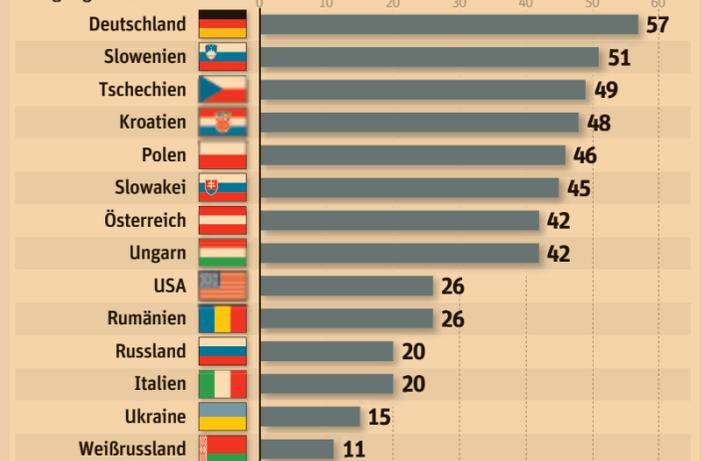
Das ist eine deutliche Veränderung gegenüber der Vergleichsfrage, die der STANDARD bereits 2009 stellen ließ: Damals waren erst 63 Prozent von den Vorteilen der Freiheit überzeugt, 22 Prozent hätten sich weiterhin ein kommunistisches System in der Nachbarschaft gewünscht. Es sind die älteren und weniger gebildeten Befragten, die dem Eisernen Vorhang nachtrauern.

Market-Chef Werner Beutelmeyer: „Auffallend ist: Auch unter den erklärten FPÖ-Wählern gibt es Fans des Eisernen Vorhangs. Das sind Gegner der Ostöffnung – und da ist ihnen der Preis kommunistischer Unterdrückung anderswo nicht zu hoch.“

Was die Umfrage (und die Grafik) auch zeigt: Es gibt sehr unterschiedliche Einschätzungen, wer vom Fall des Eisernen Vorhangs profitiert hat. Sehr gut ist es demnach Deutschland (57 Prozent) ergangen, Weißrussland und der Ukraine ganz schlecht. Österreich liegt in dieser Betrachtung im Mittelfeld mit 42 Prozent, die uns ein sehr gutes Nutzen der Veränderungen attestieren.

Wem der Fall des Eisernen Vorhangs nutzte

Frage: Der Fall des Eisernen Vorhangs und die Jahre danach sind ja von den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich genutzt worden. Ich lese Ihnen nun einige Länder vor, bitte sagen Sie mir jeweils, ob dieses Land die Veränderungen der letzten 25 Jahre sehr gut genutzt hat.



Frage: Der Fall des Eisernen Vorhangs und die Jahre danach sind ja von den verschiedenen Wirtschaftszweigen in Österreich sehr unterschiedlich genutzt worden. Ich lese Ihnen nun einige österreichische Wirtschaftszweige vor, bitte geben Sie jeweils an, ob dieser Wirtschaftszweig die Veränderungen seit dem Fall des Eisernen Vorhangs sehr gut genutzt hat.



Telefonische Umfragen, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren; Erhebungszeitraum: 21. bis 25. August 2014, n = 401, Ergebnisse in Prozent

DER STANDARD



Bruno Kreisky konnte sich einen Systemwechsel eigentlich nicht vorstellen. Foto: Picturedesk/APA/Jäger

Als Kreisky auf die Solidarność böse war

Wie SPÖ und ÖVP zur demokratischen Revolution in Osteuropa standen

Hans Rauscher

Wie reagierten die Parteien SPÖ und ÖVP auf die demokratische Revolution in Osteuropa bzw. auf deren Vorbote? Eher erschrocken und abwehrend, was die SPÖ betrifft, etwas positiver die ÖVP.

Polen bildete den Anfang. 1980 wurde nach Streiks auf der Danziger Werft die freie Gewerkschaft Solidarność gegründet. Während US-Gewerkschaften die Kämpfer um Lech Wałęsa mit Geld und Material (Abziehgeräten für Flugblätter) unterstützten, war der ÖGB unter dem traditionellen Sozialdemokraten Anton Benya mehr als zurückhaltend. Gewerkschafter, die sich öffentlich vor katholischen Priestern zur Beichte hinknieten! Das konnten keine echten Arbeitervertreter sein! Bis in die 80er-Jahre hinein vertrat SPÖ-Jungstar Josef Cap die Ansicht, der Comecon (Ostblock-Wirtschaftsunion) sei für Österreich vielleicht der EG vorzuziehen.

Im Dezember 1981 war das kommunistische Regime in Polen schon so erschüttert, dass Premier General Wojciech Jaruzelski das Kriegsrecht ausrufen musste. Im Jänner 1982 hielt Kanzler Bruno Kreisky dann eine Rede, in der er die polnische Kirche und die Solidarność dafür verantwortlich machte und die polnischen Arbeiter beschuldigte, sie hätten durch ihre Streikerei den Nachschub an Kohle für die Hochöfen der Vöest

in Linz sabotiert ... Kreisky konnte sich wie viele andere nicht vorstellen, dass der eiserne Griff des kommunistischen Systems und der Sowjetmacht je gelockert würde oder gar ein Systemwechsel möglich wäre. Tatsächlich hatte ja die gewaltsame Niederschlagung von Freiheitsbewegungen durch russische Panzer 1953 in Ostberlin, 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei die scheinbare Aussichtslosigkeit solcher Bestrebungen gezeigt.

Gute Großkunden im Osten

Kreisky bemühte sich zwar, an einer Entspannungspolitik mitzuwirken, aber er stellte das System selbst nicht wirklich infrage. Dazu kam, dass die Sowjetunion und die DDR Großkunden für Produkte der Verstaatlichten Industrie waren. Und die UdSSR war die wichtigste Staatsvertragsmacht.

Auch Bruno Kreiskys Nachfolger Franz Vranitzky musste erst 1988 in Moskau Michail Gorbatschow (erfolgreich) davon überzeugen, dass der geplante EU-Beitritt Österreichs kein Neutralitätsverstoß war. Feine Unterschiede: Vranitzky hatte bei einem Besuch in Prag den damals schon sehr bekannten Dissidenten Václav Havel nur durch seine außenpolitische Beraterin Eva Nowotny empfangen lassen. Außenminister Alois Mock (ÖVP) traf jedoch persönlich mit Havel zusammen.

Die ÖVP war in den Jahren vor 1989 eindeutig mehr bereit, sich

den KP-Machthabern gegenüber etwas herauszunehmen. Besonders Erhard Busek, damals Vizebürgermeister von Wien, entwickelte ein „Mitteleuropa“-Konzept. Österreich sollte seine alte Rolle in diesem Raum wenigstens ansatzweise wiederaufnehmen. Das Konzept arbeitete nicht direkt auf den Sturz der Kommunisten hin, das wäre zu vermessen gewesen, sollte aber dem Widerstand das Überleben ermöglichen.

So reiste Busek, begleitet von seinem intellektuellen Berater Jörg Mauthe x-mal nach Osteuropa, traf – oft unter konspirativen Umständen – den späteren polnischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki, natürlich auch Lech Wałęsa, in Prag Václav Havel, in Ostberlin den Pastor Rainer Eppelmann, in Belgrad Oppositionelle, die sich später als Ultrationalisten entpuppten usw.

Als es dann so weit war, im Sommer 1989, konnte die ungarische Reformregierung immerhin davon ausgehen, die Österreicher würden DDR-Bürger, die über Ungarn nach Österreich flüchten wollten, nicht zurückschicken. Mock hatte schon vorher mit dem ungarischen Außenminister Gyula Horn den Zaun an anderer Stelle durchschnitten. In der Folge war es dann aber die schwarz-blaue Regierung Schüssel, die beim EU-Beitritt der Osteuropäer eher auf der Bremse stand. Doch die Wirtschaft hatte die Chance Osteuropa eher begriffen.



Alois Mock schnitt symbolträchtig ein Stück vom Eisernen Vorhang durch. Foto: Picturedesk/Titzler

Politiker und Schriftstellerin über 1989 und die Folgen

„Putin hat die Botschaft von 1989 nicht verstanden“

Nicht die nach 1989 geschaffene neue Ordnung, sondern das imperiale Gehabe Putins gefährde den Frieden in Europa, erklärt der letzte DDR-Außenminister **Markus Meckel (SPD)** und **Birgit Baumann**.

STANDARD: Ungarn begann am 2. Mai 1989 damit, die Befestigungen an der Grenze zu Österreich abzubauen. Danach flüchteten 50.000 Menschen aus der DDR. Haben Sie nie daran gedacht, das Land zu verlassen?

Meckel: Nein. Ich wollte immer bleiben und etwas verändern. Damals leitete ich bei Magdeburg eine ökumenische Begegnungs- und Bildungsstätte. Im Juli 1989 war ich in Budapest, und als ich danach mit dem Auto in die DDR zurückfuhr, da schauten die Grenzer ganz irritiert – nach dem Motto: Da ist mal einer, der zurückkommt, also eigentlich in die falsche Richtung fährt.

STANDARD: Erinnern Sie sich an die Nachricht vom Paneuropa-Picknick an der österreichisch-ungarischen Grenze?

Meckel: Die Ausreisewelle über Ungarn war in diesem Sommer ein immens wichtiges Moment der Destabilisierung der DDR. Für uns als Opposition in der DDR aber waren zuvor schon der Runde Tisch in Polen und der Sieg der Solidarność bei der Wahl am 4. Juni zentral. Daraus ging Tadeusz Mazowiecki als erster nicht kommunistischer Ministerpräsident im Ostblock hervor. Ein Paukenschlag war das! Wenn wir im November den 25. Jahrestag des Mauerfalls feiern, muss das in diesem mitteleuropäischen Kontext geschehen.

STANDARD: Am 7. Oktober 1989 waren Sie Mitbegründer der Ost-SPD. Haben Sie damals schon an Wiedervereinigung gedacht?

Meckel: Nein, da wären wir im Wolkenkuckuckshaus gesessen. Das war damals weder im Westen noch im Osten Thema. Wir wollten zunächst die Demokratisierung der DDR und sagten: Die Mauer muss natürlich weg, doch darum kümmern wir uns später.

STANDARD: Ein halbes Jahr später, nach der ersten und einzigen freien DDR-Volkswahl (18. März 1990), wurden Sie letzter Außenminister und verhandelten dann schon die Wiedervereinigung.

Meckel: In der Zwischenzeit hatte sich die Lage rasend schnell verändert, und unsere Situation war recht ungewöhnlich: Die Regierung, der ich angehörte, hatte den klaren Willen, Verhandlungen zur deutschen Einheit zu führen und sich damit selbst überflüssig zu machen. Außenpolitisch war mein wichtigstes Ziel, dauerhaft Sicherheit und Frieden in Europa zu schaffen, also auch die Sowjetunion weiter in Europa zu verankern und nicht über ihre Schwäche zu triumphieren. Aber ich ha-

be dem damaligen Außenminister Eduard Schewardnadse auch ganz klar gesagt: Wir sind nicht mehr der kleine Bruder. Wenn ihr die Einheit verhindern wollt, werdet ihr verlieren.

STANDARD: 25 Jahre später kann in der Ukraine von Frieden und Sicherheit keine Rede sein. Wurden nach dem Fall der Berliner Mauer und dem anschließenden Vereinigungsprozess die Interessen Moskaus zu wenig berücksichtigt?

Meckel: Nein – auch wenn es von russischer Seite immer wieder so behauptet wird. Das große Problem ist, dass Russland bis heute seine Nachbarn nicht als souveräne Staaten anerkennt. Wladimir Putin behauptet ja, die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts sei der Zerfall der Sowjetunion. Das ist für ihn schlimmer als die Diktatur der Nazis oder Stalins mit ihren Abermillionen Toten. Es ist sein imperiales Denken, das den Frieden in Europa gefährdet.

STANDARD: Russland fühlt sich bis heute bei der Nato-Osterweiterung über den Tisch gezogen und beruft sich auf Zusagen – auch der Deutschen –, dass die Nato im Falle der deutschen Wiedervereinigung nicht nach Osten erweitert werde. Gab es diese?

Meckel: In den Verhandlungen gab es solche Zusagen nicht, das war im Westen auch noch gar nicht im Blick. Die Nato wurde ja nicht erweitert, weil das Bündnis selbst das so wollte, sondern weil die neuen jungen Oststaaten darauf drängten. Ich bin überzeugt davon, dass die Nato-Erweiterung auch stabilisierend gewirkt hat, das sieht man im Vergleich zum Balkan. Dadurch haben die neuen Demokratien ihre Sicherheit nicht mehr allein organisiert, sondern im integrierten Zusammenhang. Man stelle sich vor, Polen hätte die ganze Zeit eine eigene nationale Sicherheitsstrategie verfolgen müssen. Das hätte zu Aufrüstung und Verwerfungen geführt.

STANDARD: Sie sehen den Konflikt heute und die Ereignisse von 1989 in keinem Zusammenhang?

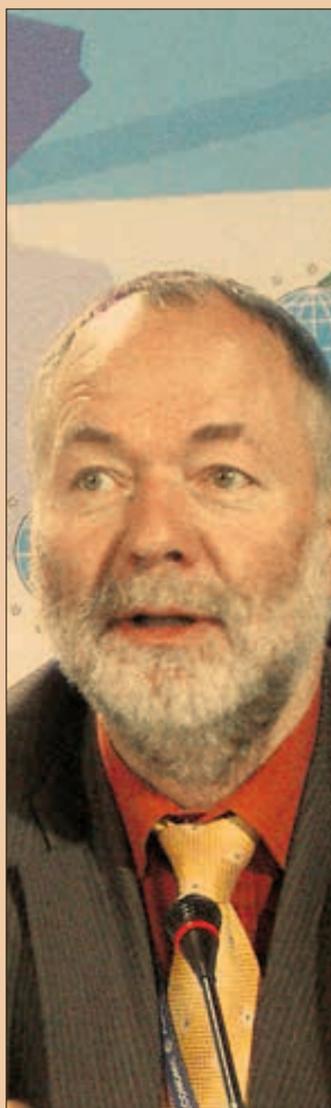
Meckel: Doch – aber nicht so, wie es Russland heute sieht. Wer hat 1989 gewonnen? Michail Gorbatschow, indem er der Wiedervereinigung und der Souveränität Deutschlands zustimmte und dadurch Russland die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen ermöglichte. Er wird heute in Russland nicht geschätzt, weil man glaubt, er habe Russland geschwächt, dabei hat er dem Land genützt. Offenheit, gegenseitige Anerkennung und Kooperation stärken ein Land und stabilisieren es. Heute hingegen herrscht in Russland nationales und imperiales Gehabe. Putin hat die Botschaft von 1989 nicht verstanden.

MARKUS MECKEL (62) war in der DDR Pastor und 1990 letzter Außenminister. Von 1990 bis 2009 saß er als SPD-Abgeordneter im Bundestag, Schwerpunkt seiner Tätigkeit waren die Beziehungen zu Deutschlands östlichen Nachbarn. Seit 2013 ist er Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge.



„Latente Viren der Aggression“: Oksana Sabuschko. Foto: Kirchengast

1989–2014
DIE NEUE
ANORDNUNG



„1989 hat Michail Gorbatschow gewonnen.“ Foto: markus-meckel.de

„Wir alle haben dieses Monster in Russland gefüttert“

Trotz der Ereignisse in ihrer Heimat hält die ukrainische Autorin **Oksana Sabuschko** den Kollaps des russischen Imperiums für unaufhaltsam, wie sie **Josef Kirchengast** erläutert.

STANDARD: 1989 warfen die mittel- und südosteuropäischen Länder des sogenannten Ostblocks die sowjetische Vorherrschaft ab und entschieden sich für Europa. Wie sehen Sie in diesem Kontext den Ukraine-Konflikt?

Sabuschko: Es ist eine Fallstudie. Die Verbrechen wiederholen sich, wenn sie toleriert werden. Hoffen wir, dass es der endgültige Schlusspunkt des Zweiten Weltkriegs wird.

STANDARD: Liegt eine Ursache des Konflikts darin, dass beide, Russland und die Ukraine, mit ihrer Geschichte nicht im Reinen sind?

Sabuschko: Es geht nicht um die Ukraine und Russland. Es geht um ganz Europa, um die gesamte Zivilisation. Vor 25 Jahren glaubte man, diese Seite der Geschichte sei umgeschlagen, das Kapitel des totalitären Horrors für immer beendet. Wir waren glücklich wie Kinder: Alles wird gut. Inzwischen haben wir alle, als Gattung Mensch, dieses dritte totalitäre Monster in Russland gefüttert und großgezogen.

STANDARD: Sie meinen Wladimir Putins Machtssystem.

Sabuschko: Es ist eine Synthese von Stalin und Hitler der schlimmsten Art. Der (russische Inlandsgeheimdienst, Anm.) FSB steht in der Tradition von NKWD und KGB, deren Verbrechen niemals verfolgt oder verurteilt wurden, weder in Russland noch in der EU. Erst jüngst haben Polen und die baltischen Staaten vorgeschlagen, dass die Verbrechen der Nazis und des Stalinismus nach den gleichen Maßstäben beurteilt werden sollten. Das ist zu spät, das hätte vor 25 Jahren geschehen sollen.

STANDARD: In der Revolution von 1989 spielten viele Literaten eine führende Rolle. Als Tagespolitiker waren sie dann aber meist nicht sonderlich erfolgreich, wie etwa das Beispiel Václav Havel zeigt.

Sabuschko: Es ist ein Widerspruch. Schriftsteller und Politiker sprechen unterschiedliche Sprachen. Politiker sind wie Verkäufer, als solche wenden sie diese Verkaufstechniken an: Kaufe mich, wähle mich. Dagegen glauben wir Literaten – und sonst hätte es ja keinen Sinn –, dass Schreiben nicht nur Ausdruck unserer selbst und dessen ist, was andere fühlen, aber nicht artikulieren können. Wir sind Seismografen, wir spüren, was in der Luft liegt, fünfzehn Minuten vorher, sozusagen.

STANDARD: In Russland scheint eine Mehrheit zu glauben, was ihr vorgespielt wird.

Sabuschko: Sie müssen es glauben, denn sonst wäre es zu ängstigend. Es ist unvorstellbar, mit dem vollen Verständnis der tatsächlichen Realität zu leben. Das ist psychologischer Selbstschutz. Und der Machtapparat arbeitet sehr geschickt mit dieser Projektion der inneren Ängste der Menschen.

STANDARD: Auch in Europa glauben viele der Kreml-Erzählung.

Sabuschko: Ja, ich weiß. Und auch viele Menschen in den noch nicht von den Kämpfen betroffenen Gebieten der Ukraine. Psychologisch sehr verständlich: Die Leute wollen sich ihr komfortables Leben bewahren – bis zu dem Moment, wenn ihre eigene Haustür eingetreten wird und der Mann mit der Kalaschnikow davorsteht.

STANDARD: Diese Bereitschaft zum Selbstbetrug ist wohl aus der tiefverwurzelten Sehnsucht nach Sicherheit genährt, die mit dem ebenso unermenschlichen Wunsch nach Freiheit kollidiert. 1989 überzog Letzterer, heute scheint, auch im Westen, Erstere wieder stärker.

Sabuschko: Für Russland, wo im Jahr 2000 die KGB-Leute an die Macht kamen, fand der Autor Dmitri Bykow die Formel: Die Freiheit ist der Preis der Sicherheit. Dass der Geheimdienst wieder an die Macht kommt, gefällt uns vielleicht nicht sehr, aber es ist der Preis, den wir für unsere Sicherheit bezahlen. Das war das Programm der damaligen sogenannten Intelligenzija. Ein sozialer Vertrag, der zugleich das Todesurteil für wie auch immer organisierte freie Intellektuelle bedeutete. Das System Putin fraß die Gesellschaft wie Termiten von innen auf.

STANDARD: Ist zumindest längerfristig eine Wende vorstellbar?

Sabuschko: Das russische Patchwork-Imperium begann vor 25 Jahren zu kollabieren, nach 500 Jahren des Anschwellens. Diesen Prozess des Zusammenbruchs halte ich für unumkehrbar. Keine Gesellschaft, keine Ideologie kann das Reich auf Dauer zusammenhalten. Abgesehen davon gibt es in jeder Gesellschaft, bis hinein in die Familien, latente Viren der Aggression. Jeder Einzelne von uns hat seine schwachen Stellen, seine sprichwörtlichen Leichen im Keller. Soziales Management, also Politik, bedeutet, diese Viren schlafend zu halten und so ein normales Leben zu ermöglichen. Was aber jene Leute tun, und womit sie unvermeidlich beim Krieg landen: Sie wecken diese Viren und leiten die Aggressionen in die gewünschte Richtung. Hitler tat es, Stalin tat es. Putin tut es jetzt.

OKSANA SABUSCHKO (53) gilt als Enfant terrible der ukrainischen Literatur. Ihr Roman „Museum der vergessenen Geheimnisse“ (Verlag Droschl, Graz) ist eine Mentalitätsgeschichte ihres Landes anhand persönlicher Schicksale während des Zweiten Weltkriegs. Im Internationalen Haus der Autorinnen und Autoren in Graz arbeitete sie heuer mehrere Monate lang an einer Art kollektiver Chronik der Ereignisse in der Ostukraine von rund 100 Facebook-AutorInnen.

Der lange Weg, aus BRD und DDR Deutschland zu machen

46

Jahre alt war Annemarie Reffert, als sie am Abend des 9. November 1989 als erste DDR-Bürgerin gemeinsam mit ihrer 15-jährigen Tochter Juliane die innerdeutsche Grenze am Grenzübergang Helmstedt-Marienborn überschritt, genauer: überfuhr, denn die Narkoseärztin setzte sich um 21.15 Uhr unmittelbar nach der Verkündung der neuen „Reiseregelung“ durch SED-Politbüromitglied Günter Schabowski in ihren Wartburg und fuhr los – „bloß gucken, ob die Grenze offen ist“. Sie war offen, und Reffert kehrte als Erste in dieser Nacht auch wieder heim, denn „rüber“ wollte sie nur „besuchsweise, niemals ganz“.

Konzept, Foto: Lukas Friesenbichler, Simon Klausner // Originalfoto: Picture-alliance / dpa / Jochen Lühke



Ein politischer Riese muss Deutschland erst werden

Wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg – so lautete lange Zeit das Urteil über Deutschland. Doch 25 Jahre nach dem Mauerfall kann sich Europas größte Volkswirtschaft dem weltweiten Ruf nach einer größeren Führungsrolle schwerlich entziehen.

Birgit Baumann aus Berlin

Die Stunde null datiert auf den 2. Oktober 1990. Um Mitternacht, nicht einmal ein Jahr nach dem Mauerfall, war die DDR endgültig Geschichte. Um null Uhr am 3. Oktober begann die Existenz des wiedervereinigten Deutschlands.

Da lag es nun an der Nahtstelle zwischen Ost und West: das größte Land in Europa, das sich in einer Nacht um rund 16,5 Millionen Menschen und einen nicht geringen Berg an Problemen vergrößert hatte. Immerhin war damals die außenpolitische Linie klar. „Das wiedervereinigte Deutschland wollte Europa, insbesondere Frankreich und dem Rest der Welt versichern, dass es ein berechenbares, friedliebendes und kooperatives Land bleibt“, sagt der Poli-

tologe Stephan Bierling, dessen neues Buch über die deutsche Außenpolitik nach 1990 (*Vormacht wider Willen*, C.-H.-Beck-Verlag) am 19. September erscheint, zum STANDARD.

Denn die westlichen Partner waren von der Wiedervereinigung längst nicht so angetan wie viele deutsche Politiker. Vielmehr kursierte in Europa das berühmte Zitat des französischen Literaturnobelpreisträgers François Mauriac: „Ich liebe Deutschland so sehr, dass ich froh bin, dass es zwei davon gibt.“ Groß war die Sorge vor erneuter deutscher Übermacht.

Doch die neue Bundesrepublik hatte ohnehin alle Hände voll zu tun, um die auf dem Papier erfolg-

te Wiedervereinigung mit Leben zu erfüllen (siehe *Wirtschaft Seite 26*). Bundeskanzler Helmut Kohl, der nach der Wiedervereinigung am Zenit seiner Popularität stand, konnte sich noch bis 1998 mitsamt seiner schwarz-gelben Regierung halten, dann hatten die Deutschen von ihm, dem Reformstillstand im Land und den horrenden Kosten der Wiedervereinigung genug.

An die Macht kamen Gerhard Schröder (SPD) und sein Grüner Vize Joschka Fischer. Rot-Grün brachte nicht nur gesellschaftspolitische Neuerungen wie den Atomausstieg, die Homo-Ehe und tiefe Einschnitte in den Sozialstaat (Agenda 2010), sondern sorgte auch für eine außenpolitische Zäsur.

1999 beteiligte sich Deutschland am Kosovokrieg. 54 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren deutsche Soldaten wieder im Ausland in Kampfhandlungen verwickelt. Ein Tabu war gebrochen. Der damalige Außenminister Fischer, dessen Grüne es darüber fast zerriss, rechtfertigte den Einsatz von Kampfjets so: „Wir haben immer gesagt: ‚Nie wieder Krieg!‘ Aber wir haben auch immer gesagt: ‚Nie wieder Auschwitz!‘“

Für Schröder war diese Beteiligung auch Ausdruck eines neuen „Selbstbewusstseins einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muss“. Dieses drückte sich aber auch in einem klaren Nein aus. 2003 weigerte sich Deutschland, Soldaten in den Irak zu schicken.

Die Quittung dafür bekam nach 2005 seine Nachfolgerin Angela Merkel. Immer stärker drängten vor allem die USA darauf, dass Deutschland sich – als Kompensation für seine Enthaltung im Irak – stärker militärisch in Afghanistan engagieren solle.

Merkel zeigte sich unwillig, und dieser Unwille gegenüber militärischen Interventionen gipfelte 2011 in einem Nein im UN-Sicherheitsrat. Deutschland, das zu die-

ser Zeit vollauf mit der Euroretung beschäftigt war, wollte sich an einem internationalen Militäreinsatz gegen den libyschen Diktator Gaddafi nicht beteiligen.

„Unverzichtbare Nation“

Danach war es isoliert, und der polnische Außenminister Radosław Sikorski sprach im Namen vieler, als er sagte: „Ich fürchte deutsche Macht weniger, als ich deutsche Untätigkeit zu fürchten beginne. Sie sind Europas unverzichtbare Nation geworden. Sie dürfen nicht versagen zu führen.“

Eine Kurskorrektur einzuleiten, versuchte der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck. Im Oktober 2013 warnte er die Deutschen, sich der Illusion hinzugeben, sie könnten von Konflikten

verschont bleiben, wenn sie sich daran einfach nicht beteiligen: „Ich mag mir nicht vorstellen, dass Deutschland sich groß macht, um andere zu bevormunden. Aber ich mag mir genauso wenig vorstellen, dass Deutschland sich klein macht, um Risiken und Solidarität zu umgehen.“

Nun liefert auch Deutschland den Kurden im Nordirak Waffen und Merkel hat eine zentrale Rolle beim Versuch, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin eine Lösung im Ukraine-Konflikt abzurufen, übernommen. Als „normales Land“ stuft Politologe Bierling Deutschland außenpolitisch aber längst noch nicht ein. Denn: Deutschland wäre dank seiner Wirtschaftskraft eigentlich „eine Vormacht in vielen Fragen“.

1989–2014
DIE NEUE
ORDNUNG



„Mein Ziel bleibt, wenn die geschichtliche Stunde es zulässt, die Einheit unserer Nation“, sagte BRD-Kanzler Helmut Kohl am 19. Dezember 1989 bei seiner historischen Rede vor der Ruine der Frauenkirche in Dresden.

Foto: Reuters/Urban



Was bringt uns die Familienbeihilfe NEU?

Die gezielte Unterstützung von Familien ist uns wichtig. Ab September 2014 wird daher die Familienbeihilfe monatlich – und nicht wie bisher, für zwei Monate – ausbezahlt. Damit wird ein Wunsch vieler Familien umgesetzt, der die finanzielle Planung erleichtert. Und, per 1. Juli 2014 wurde die Familienbeihilfe erhöht. Wie hoch diese pro Kind ist – www.bmfj.gv.at

Service- und Informationsleistungen des bmfj:

- Umfassende Informationen zu Familienleistungen & Services
 - Familienkompass
 - Rechner für Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Hospiz
 - FamilienApp: Elternbildung einfach gemacht! Jetzt verfügbar auf Android und iOS
- » www.bmfj.gv.at

Leben nach der Wende, postkommunistischer Alltag: Was haben die ehemaligen Ostblockländer mit der neuen Freiheit gemacht? Wie geht es den Menschen? Reisen hinter die alten Grenzen

Das vergeudete Vierteljahrhundert

Ungarn nach 1989 oder: Land der verpassten Chancen

Gregor Mayer aus Budapest

Der 36-jährige Budapestener Dániel Fazekas hat seinen ganz eigenen Blick auf das Heimatland Ungarn. Als er ein Kind war, zogen seine Eltern mit ihm nach (West-) Deutschland, wo er 13 Jahre lebte, um dann sechs weitere Jahre in Kanada zu studieren. Im Jahr 2004 kehrte der Marketing- und Kommunikationsfachmann nach Budapest zurück. Er war neugierig, was aus seinem Land geworden sei. Aber auch die Möglichkeit, hier seine eigene Multikulturalität auszuloten, war verlockend.

Quirliges Budapest

Ungarn hatte bis dahin eine scheinbar erfolgreiche Transformation hinter sich gebracht. Gerade war es Mitglied der EU geworden. Die Rivalität zwischen dem linken und dem rechten Lager war zwar eine erbitterte, aber noch nach jeder Wahl hatten die Regierungen ganz demokratisch gewechselt. Die Hauptstadt Budapest war für einen wie Fazekas aufregend, spannend, voller Chancen. Es wimmelte von Aktivitäten und Initiativen. In den Szene-Kneipen tummelten sich Kreative, Originale und Lebenskünstler. „Man kann in dieser Stadt unwahrscheinlich angenehm leben“, schwärmt Fazekas.

Zwei Jahre vor Fazekas' Heimkehr hatten die Sozialisten bei den Wahlen zusammen mit den Liberalen den Rechtspopulisten Viktor Orbán knapp geschlagen. Dieser hatte von 1998 bis 2002 zum ersten Mal regiert. Schon damals waren seine autoritären Anwandlungen spürbar. Die Wahlmiederlage wollte er zu nächst nicht anerkennen. Wochenlang rief er seine Anhänger auf die Straße. „Die Heimat kann nicht in der Opposition sein“, impfte er ihnen ein.

Im Herbst 2006 erlebte Dániel Fazekas einen tiefen Schock. Rechtsextreme Demonstranten stürmten das Gebäude des staatlichen Fernsehens und fackelten einige Studios ab. Wochenlang demonstrierten Orbán-Anhänger und Rechtsradikale gegen den eben wiedergewählten sozialistischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány. Dieser hatte in einer internen Rede vor der sozialistischen Fraktion, die später durchsickerte, heftig für Reformen agitiert – und dabei, untermalt von obszönen Krautausdrücken, eingeräumt, dass man die Bürger vor der Wahl 2006 über die wahre Budgetlage belogen habe. Bei den Unruhen profilierte sich erstmals die rechtsextreme Partei Jobbik (Die Besseren). Zur selben Zeit ließ auch die Ermordung eines Lehrers durch einen Roma-Mob im nordungarischen Dorf Olaszliszka die Emotionen hochgehen. Die offen antisemitische und rassistische Jobbik gründete ein Jahr später die paramilitärische Ungarische Garde als „Bürgerwehr gegen die Zigeunerkriminalität“. Seit 2010 ist die

Jobbik stabil die drittstärkste Parlamentspartei. Orbán greift immer wieder ihre Themen auf, um das rechte Lager hinter sich zu vereinen.

Gyurcsány war nach den Unruhen 2006 politisch eine „lahme Ente“, trat aber erst 2009 zurück. Keines seiner Reformvorhaben vermochte er durchzubringen. Die globale Finanzkrise 2008 traf die wegen des Versagens der politischen Eliten verwundbare Wirtschaft besonders hart. Der soziale Abstieg wurde für viele zur Alltagserfahrung oder zumindest Bedrohung. Auf den Trümmern der abgewirtschafteten Linken errang Orbán 2010 eine Zweidrittelmehrheit. Er schuf eine neue Verfassung, die die Politik auf eine ethnozentristische Grundlage stellte, schränkte die Medienfreiheit ein, beschneidet die Kompetenzen des Verfassungsgerichts und schuf Mechanismen, die einen demokratischen Regierungswechsel immer schwieriger machen.

Dániel Fazekas engagierte sich nach Orbáns Machtübernahme führend in der Protestbewegung „Milla“. Diese organisierte machtvoll Demonstrationen gegen das restriktive Mediengesetz und gegen die im Alleingang von Orbáns Leuten durchgepeitschte Verfassung. Doch mit der Zeit verlor sie an Schwung. Fazekas zog sich aus der Bewegung zurück. „Milla war gut, aber nicht gut genug“, zieht er sein Fazit. „Wir waren super im Fach Protest. Aber wir haben nie den nächsten Schritt geschafft: den zu den Inhalten und den dazu passenden Strukturen. Es blieb eine Freizeitgeschichte.“

Orbán gelang im April deutlich die Wiederwahl. Doch um eine knappe Zweidrittelmehrheit im Parlament zu erreichen, musste er sich diesmal die Wahlgesetze zurechtbiegen. Der Populist wird seine Macht weiter einzementieren. Mit nationalistischen Parolen hetzt er seine Anhänger gegen jene EU auf, deren Fördergelder er gerne nimmt, um sie an seine Oligarchen zu verteilen.

„Illiberaler Staat“ als Ziel

Er klüngelt mit Putin und verkündet das „Ende der liberalen Demokratie“. „Wir bauen den illiberalen Staat auf“, tönte er im Juli in einer Rede. Die Vorbilder: Russland, die Türkei, China, Singapur. Fazekas gibt sich keinen Illusionen hin. „In den 25 Jahren seit der Wende hat Ungarn die Chance verpasst, in der realen Welt anzukommen. Es war eine vergeudete Zeit.“ Die EU dürfe der Orbán-Regierung kein Geld mehr geben, Ungarn müsse isoliert werden. „Nichts wird sich ändern, außer es kommt zu einem kollektiven Erlebnis, das die Leute schockiert. Das sie dazu bringt, dass sie aufwachen. Aber selbst dann: Wir haben das zivile Wissen nicht mehr. Orbán ist weg – und was dann?“ Er hält kurz inne. Und setzt dann nach: „Es ist sehr besch... aber wir müssen da durch.“

Foto: EPA/Hudec



”

Die Heimat kann nicht in der Opposition sein.

Viktor Orbán

“



Konzept: Foto: Lukas Priesenbichler, Simon Klausner // Originalfoto: picturesdesk.com/dpa/Kemmerher

Die Nüchternheit nach dem Rockkonzert

Die ehemalige Tschechoslowakei führte 1993 vor, wie man aus einem Land friedlich zwei Staaten machen kann. Tschechien und die Slowakei sind Produkte der „Samtenen Revolution“. Es galt auch zu lernen, dass Kapitalismus und Freiheit nicht dasselbe sind.

Gerald Schubert aus Prag

Die Wahrheit siegt. So jedenfalls steht es im Präsidentenwappen, das seit fast einem Jahrhundert über der Prager Burg weht. Die Wahrheiten der Nazi-Besatzter und der Kommunisten hatten den Satz längst disskreditiert, ehe er im Herbst 1989 für viele eine neue Bedeutung bekam: Ende September erleben die Prager, wie tausende DDR-Flüchtlinge aus der westdeutschen Botschaft in die Bundesrepublik ausreisen durften.

Am 17. November brachte dann eine Studentendemo die Samtene Revolution ins Rollen. Nur wenige Wochen später war die kommunistische Diktatur der Tschechoslowakei Geschichte, auf der Prager Burg residierte als neues Staatsoberhaupt der Schriftsteller und Dissidenten Václav Havel.

Die Behörden hatten die Demonstration des 17. November genehmigt – als Kundgebung zum Gedenken an tschechische Stu-

floskeln des Machterhalts ausgedient hatten.“

Heute ist Kolář 40 und Professor für Geschichte am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Auf Heimatbesuch in Prag zieht es ihn immer in die wenigen Kneipen, in denen noch die Wirtshauskultur der Vorkriegszeit lebt. „Die Prager Kneipe war stets ein Erinnerungsort, der über die Geschichtszäsuren hinweg weiter bestand – auch in der kommunistischen Ära“, erklärt der Historiker im STANDARD-Gespräch. „Erst die Neunzigerjahre brachten einen Bruch in der Ästhetik.“ Kolář sieht in der Alltagskultur



Mit 15 demonstrierte Pavel Kolář gegen die KP-Führung in Prag, heute analysiert er die Geschichte seines Landes als Historiker. Foto: Schubert

denvertreter, die genau 50 Jahre zuvor von den Nazi-Besatzern hingerichtet worden waren. „Es war aber klar, dass sich die Demo gegen die KP-Führung richten würde“, erinnert sich der Historiker Pavel Kolář, der als 15-jähriger mitmarschiert ist. „Am 9. November alle die Berliner Mauer gefallen. Wir konnten spüren, dass die

aber auch Kontinuitäten: „Jede Herrschaft muss auf einem Legitimitätsglauben gründen, der auch von der öffentlichen Sprache geformt wird.“ Ein Prinzip, das für die „Erziehungs- und Fürsorge-diktatur“ der Kommunisten ebenso gelte wie für die Sprachangebots des neoliberal geprägten Diskurses der Nachwendzeit, als Václav Klaus die „Marktwirtschaft ohne Attribute“ propagierte.

Ähnlich sieht das der 42-jährige Schriftsteller Jaroslav Rudiš, der mit dem Roman *Die Stille in Prag* ein Sittenbild seiner Generation skizziert: Seine Helden sind allesamt Kinder der Siebziger, denen 1989 plötzlich die Welt offensteht. „Ich selbst habe das wahrgenommen wie ein großartiges Rockkonzert“, erinnert sich Rudiš. „Aber jedes Konzert geht einmal zu Ende, und man wird wieder nüchtern. Das war die Zeit, als wir dachten, Kapitalismus und Freiheit seien dasselbe.“

Die Teilung der Tschechoslowakei 1993 gilt als Werk der damaligen Regierungschefs Václav Klaus und Vladimír Mečiar. Dass sie ohne Referendum vollzogen wurde, wurde vielfach kritisiert. Immerhin atmete Europa auf, als sie friedlich über die Bühne ging, während im ehemaligen Jugoslawien längst die Waffen sprachen. Tschechien trat 1999 der Nato bei. In der Slowakei hatte die als nationalistisch geltende Politik Mečiar den Aufnahmeprozess gebremst, das Land zog erst 2004 nach. Im selben Jahr wurden beide Staaten Mitglieder der Europäischen Union.

Heute sind Tschechien und die Slowakei, wie die meisten Länder Europas, von starken regionalen Unterschieden geprägt. Die Hauptstädte Prag und Bratislava sind boomende Metropolen mit hohem Kaufkraftstandard, ländliche Regionen leiden häufig an Strukturschwäche und hoher Arbeitslosigkeit. Während in der Slowakei längst mit dem Euro bezahlt wird, gilt in Tschechien immer noch die Krone. Dass Tschechien in der EU zuletzt eher eine Außenseiterrolle eingenommen hat, ärgert den neuen Außenminister Lubomír Zaorálek: „Wir müssen wieder an unsere Position in der Welt arbeiten“, meint Zaorálek im STANDARD-Gespräch. „Nach 25 Jahren wissen wir, dass das nicht von alleine geht.“

1989–2014
DIE NEUE
WENDUNG

5

...tausend DDR-Bürger befanden sich am 4. Oktober 1989 auf dem Gelände der deutschen Botschaft in Prag, aber auch draußen harteten an diesem Tag – im Bild zu sehen – rund 2000 Ausreisewillige aus der DDR aus, um auch in den Westen zu gelangen. Am 30. September hatte der damalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher um 18.58 Uhr vom Balkon des Botschaftspalais den historischen Satz zu den unten Wartenden gesagt: „Liebe Landsleute, wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise... (an dieser Stelle gab es tausendfachen Aufschrei und Jubel)... in die Bundesrepublik Deutschland möglich geworden ist.“ Am 1. Oktober sind die ersten Züge aus Prag in Richtung BRD abgefahren.

Von der Latzhose zum Maßanzug

Die Erfolgsgeschichte der Polen von 1989 bis heute

Gabriele Lesser aus Warschau

„I will polish my English“: Mit selbstironischen Worten versprach der polnische Premier Donald Tusk in Brüssel, sein Englisch bis Dezember gründlich aufzupolieren. Dann nämlich wird er als EU-Ratspräsident den bisherigen Amtsinhaber Herman von Rompuy aus Belgien ablösen. Dass nur 25 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und zehn Jahre nach dem Beitritt von neun ehemaligen Ostblockstaaten zur EU ein Pole einstimmig an die Spitze des EU-Rats berufen wird, gilt in Polen als ungeheurer Erfolg.

Das neue Kultbild der Polen ist aber ein anders. Die Foto-Collage zeigt Donald Tusk vor 25 Jahren – blonder Wuschelkopf, weißes T-Shirt, Jeans-Latzhose – und heute – akkurat Kurzhaaarschnitt, blütenweißes Hemd, schwarzer Maßanzug aus bestem Zwirn. Geliebt ist nur das bubenhafte Lächeln und das leicht selbstironische Zwickern der Augen. Mit dem Doppelporträt assoziieren die Polen die große Erfolgsgeschichte seit 1989, als die Freiheits- und Gewerkschaftsbewegung Solidarność sich mit den Vertretern der kommunistischen Partei an einen Tisch setzte – der „Runde Tisch“ ging in die Geschichte ein – und die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes zurückeroberte.

Der Freude über die wiedergewonnene Freiheit folgte bald Ernüchterung. Die Transformation der realsozialistischen Volksrepublik in eine Demokratie mit freier Marktwirtschaft löste in einigen Gegenden Massenarbeitslosigkeit und extreme Verarmung aus. Unrentable Staatsbetriebe schlossen von einem Tag auf den anderen. Zurück blieben Arbeitnehmer, die noch nie in ihrem Leben Arbeit gesucht hatten und mit der neuen Freiheit nichts anfangen konnten. Viele begannen zu

handeln, andere emigrierten. Auch für Staatsbedienstete war die Lage zunächst alles andere als rosig. Die galoppierende Inflation fraß ihre Gehälter auf. Sie brauchten einen Zweit- und Drittjob, um überhaupt überleben zu können. Zunächst blühten in Polens junger Marktwirtschaft Schwarzhandel und Korruption auf.

Doch mit der Zeit etablierte sich die neue Wirtschafts- und Rechtsordnung. Die Menschen gewöhnten sich daran, dass zur Freiheit auch Verantwortung und ein gewisses Risiko gehört. Immer mehr wagten den Sprung in die Selbstständigkeit. Auch die politische Szene begann sich zu stabilisieren. In den ersten 18 Jahren nach der Wende hatte es keine einzige Regierungspartei geschafft, bei den nächsten Wahlen im Amt bestätigt zu werden. Erst Donald Tusk und seiner liberal-konservativen Bürgerplattform gelang dies vor drei Jahren. Er verlässt das Land nun ein Jahr vor den Neuwahlen 2015. Polen wird auch ohne ihn klar kommen. Das Land ist erwachsen geworden.

Sein Tisch schrieb Geschichte

Andrzej Ślesik ist Tischler und gehört zu denen, die es geschafft haben. Mitte der 80er-Jahre war er nach der Berufsschule von einem Staatsbetrieb übernommen und im Oktober 1988 zur Produktion des „Runden Tisches“ eingeteilt worden. „Mit diesem Möbel begann die polnische Demokratie“, erzählt er in einem Interview. „Es ist ein Tisch, der Geschichte geschrieben hat.“ Ślesik, der noch immer Tischler ist, aber auch Bürgermeister von Somińska bei Warschau, lacht in Erinnerung an die alten Zeiten: „Als 1989 die Gespräche am Runden Tisch begannen, wurde mein erster Sohn Rafał geboren. Das ist also meine ureigene Geschichte. Der Tisch, mein Sohn und die polnische Demokratie sind gleich alt.“

Das letzte unschuldige Jahr Jugoslawiens

1989 ahnte noch niemand die grauenvollen Kriege und den Zerfall des Staates

Adelheid Wölfl aus Sarajevo

Die Schulterpolster der grellroten Bluse der Sängerin waren monströs. Am Lebensgefühl der 80er kratzte noch niemand. 1989 war das Jahr, in dem Jugoslawien mit „Rock me“ der Band Riva den Song Contest gewann. Der Song kam ganz ohne politische Andeutung aus.

1989 war das Jahr, in dem noch niemand den Krieg und den Zerfall des Staates ahnte. In diesem Sinn war 1989 das letzte unschuldige Jahr für Jugoslawien, das so lange als Vorzeigemodell zwischen dem Osten und Westen Europas gegolten hatte. „Jugoslawien war 1989 nicht mehr so relevant, weil der Kalte Krieg aufgehört hatte, und damit war es kein geopolitischer Partner mehr für den Westen“, erklärt Florian Bieber, Südosteuropa-Experte der Universität Graz.

Antikommunistische Demonstrationen gab es kaum – denn in Jugoslawien gab es ja das, wonach die anderen sich so sehnten: Reisefreiheit und westliche Konsumgüter. „Viele der Forderungen in Leipzig oder Prag waren Normalität in Jugoslawien“, so Bieber. Erst später wurden Anti-Amtsproteste von Slobodan Milošević, der

1989 Präsident von Serbien wurde, vereinnahmt und nationalistisch aufgeladen. Insbesondere die Kosovo-Serben wurden von ihm instrumentalisiert.

Das folgenschwerste Ereignis war, dass im März die Vojvodina und der Kosovo durch Verfassungsänderungen faktisch ihren Status als autonome Provinzen verloren. „Das war das erste Mal, dass das Machtgleichgewicht durch Serbien einseitig geändert wurde“, so Bieber. „Das hat in Slowenien und Kroatien viele beunruhigt, weil es zeigte, dass die Balance nicht nur durch Konsens,



Slobodan Milošević im Jahr 1989 auf dem Amselfeld. Foto: EPA/Preluc

sondern durch die Macht des Stärkeren verändert und die Eigenständigkeit der Republiken reduziert werden konnte. Deshalb nahmen Lösungsstendenzden zu.“

Doch nicht einmal in Slowenien gab es 1989 eine Mehrheit für die Unabhängigkeit. „Man dachte, es würde zu einer Konföderation kommen“, so Bieber. Der Weg für ein Mehrparteiensystem und freie Wahlen wurde geebnet. Die Republiken, die selbstverwalteten Unternehmen, die Gemeinden und die Bürger waren aber bereits völlig verschuldet. Jugoslawien war bankrott. Man hatte über die Verhältnisse gelebt. Und während Premier Ante Marković noch versuchte, das Ruder mittels Reformen herumzureißen, verzichteten die Republiken nicht auf ihre eigene Geldpolitik – Serbien holte sich Geld aus der Nationalbank.

Rhetorisch war der Nationalismus noch nicht dominant. Milošević betonte bei seiner Rede zum St. Veitstag am 28. Juni 1989 auf dem Amselfeld Einheit und Gemeinsamkeit. Doch das massenhaft angekartete Publikum war bereits auf Nationalismus eingestimmt. Das „Slobo, Slobo“-Geschrei klang wie ein Aufruf. Die Rede endete mit „Lang lebe Serbien“, bevor er „Lang lebe Jugoslawien“ sagte.

Die alten Pole der Welt des Kalten Kriegs in der neuen Zeit

6

...tausend DDR-Bürger wählten den Weg über Polen, um von dort in den Westen zu kommen. Am 1. Oktober 1989 durften ausreisewillige DDR-Bürger von Warschau in die Bundesrepublik ausreisen, was zu langen Autoschlängen und Staus vor der Grenze führte. Mitte der 1980er-Jahre waren nur vereinzelt DDR-Bürger in die deutsche Botschaft in Warschau geflohen, im ersten Halbjahr 1989 waren es elf Personen, am 13. September 50. Tags darauf befanden sich 50 Ausreisewillige mit Kindern in der Botschaft. Am 19. September schloss die Bundesregierung die Botschaft wegen Überfüllung; 110 Flüchtlinge hatten Zuflucht gesucht.

Konzept, Foto: Lukas Friesenbichler, Simon Klausner // Originalfoto: Votava



Vorwärts, weiter nach unserem Skript

Wie die USA mit ihrem Status als Supermacht umgehen

Frank Herrmann aus Washington

Folgt man Walter Russell Mead, dann liegt es am landestypischen Optimismus, dass Amerikaner große Mühe haben, die krisenschwangere Welt von 2014 zu verstehen. „Amerikaner neigen zu der Auffassung, Geschichte bewege sich unaufhaltsam auf eine bessere, friedlichere Zukunft zu“, schrieb der Außenpolitikexperte kürzlich in einem Essay. Aus der Perspektive Bostons oder Seattles müsste es doch relativ einfach sein, Win-win-Lösungen für internationale Konflikte zu finden, Kompromisse zu schmieden, bei denen es keine Verlierer gebe, sondern nur Sieger.

Mead lehrt am Bard College in der Nähe New Yorks, sein Blog *The American Interest* erfreut sich regen Interesses, politisch versteht er sich als Zentrist. Dass Russland die Krim besetzt, China vor seinen Küsten die Spannungen schürt, der Irak und Syrien in „Religionskriegen“ zerrieben werden – so hätten sich Amerikaner die Welt in der dritten Dekade nach dem Mauerfall bestimmt nicht vorgestellt, sagt der Wissenschaftler.

Kein Ende nach der Epochenwende

Francis Fukuyama sah mit der Epochenwende 1989, dem Sieg der liberalen Demokratie, das Ende der Geschichte erreicht. Als größte Gefahr charakterisierte er seinerzeit die Monotonie eines Lebens unter einem faden, westlichen Liberalismus. Vor zwei Jahren relativierte der Stanford-Professor seine These, allerdings nicht ihren Kern. Die größte Gefahr für die liberale Demokratie, räumte er ein, komme aus China, das autoritäres Regieren mit partieller Marktwirtschaft verbinde. Außerhalb Ostasiens sei das chinesische Modell aber keine Alternative: In anderen Kulturkreisen fehle der Respekt vor der technokratischen Autorität kompetenter Staatsbeamter, wie er das Reich der Mitte kennzeichne.

War nach der Finanzkrise, der Entzauberung der Wall-Street-Lehrmeister im Crash 2008, noch das Heraufziehen des selbstbewussten Rivalen China das zentrale Thema außenpolitischer Debatten, so ist es heute die große Unordnung. Es passt zum Zeitgeist, dass ein neues Buch von Henry Kissinger den Titel *World Order* trägt. „Das Konzept der Ordnung, wie es die moderne Ära geprägt hat, steckt in der Krise“, doziert der Stratege Richard Nixons. Die Jahre von 1948 bis etwa 2000 hätten einen kurzen Mo-

ment der Weltgeschichte markiert, in dem eine Mischung aus amerikanischem Idealismus und traditionellem europäischem Denken in Kategorien der Kräftebalance ansatzweise eine Weltordnung erkennen ließ. „Aber riesige Regionen des Planeten haben das westliche Konzept nie geteilt und sich ihm höchstens gefügt. Diese Vorbehalte werden heute deutlich, etwa in der Ukraine-Krise oder im Südchinesischen Meer.“

Für Robert Kagan, einen neokonservativen Denker, der die Europäer im Streit um den Irakkrieg der Venus zuordnete und die Amerikaner dem Mars, ist eine Ordnung nur nachhaltig, wenn der US-Wähler bereit ist, die Rolle der Weltmacht abzusegnen. Im Kalten Krieg hätten die USA noch eine präzedenzlose globale Verantwortung übernommen, weil „amerikanische Interessen von einer präzedenzlosen globalen Herausforderung bedroht wurden“. Heute sei das Wahlvolk nicht nur kriegs-, sondern auch weltmüde. Es fühle sich wie Atlas, der den Globus schon zu lange auf seinen Schultern trage und die Last gern absetzen würde. Es ist eine Stimmungslage, die Kagan an die 1920er-Jahre erinnert, als man die Welt jenseits der eigenen Küsten am liebsten sich selbst überließ. Heute „ist es Amerikas Weltordnung, die gestützt werden müsste“.

Während Kagan eine gewisse Zweifelhafte am Rest der Welt skizziert, spricht Mead von einer gewissen Naivität. Schon 1919 war Woodrow Wilson, der damalige US-Präsident, überzeugt, die Ära weltumspannenden Friedens habe begonnen, garantiert von sich stabilisierenden Demokratien. Als die Berliner Mauer fiel und die Sowjetunion kollabierte, ohne dass der Westen auch nur einen Schuss abzugeben brauchte, fühlten sich die Optimisten bestätigt. Einen Grund für die Zuversicht sieht Mead im reibungslosen Aufstieg der USA zur Supermacht: Sowohl im Ersten als auch im Zweiten Weltkrieg habe das Land weniger Opfer hinnehmen müssen als seine Verbündeten, aber stärker vom Ergebnis profitiert als jeder andere. Auf einmal aber weigere sich der Planet, dem schönen Skript noch zu folgen. Die Folge: ausgeprägte Ratlosigkeit.

Vorwärts, wir müssen zurück

Wie Russland mit dem Verlust der alten Größe umgeht

André Ballin aus Moskau

Wladimir Putin hat ein Faible für die Vergangenheit: Am 1. September dieses Jahres, in der Ostukraine tobten Gefechte zwischen Regierungstruppen und prorussischen Rebellen, tauchte aus dem ostsibirischen Jakutsk eine Meldung über Putins Besuch im örtlichen Mammutmuseum auf.

Sein besonderes Interesse weckte ein vor wenigen Jahren gefundenes Mammutweibchen: „Die Weichteile sind erhalten. Heißt das, man kann es klonen?“, fragte der russische Präsident und war entzückt zu hören, dass daran schon gearbeitet werde.

In die graue Vorzeit will Putin Russland nicht führen, doch die Episode illustriert die rückwärtsgewandte Politik des Kremlchefs mit seiner starken Orientierung am sowjetischen Modell. „Wenn ich ehrlich bin, tat es mir um die verlorenen Positionen der Sowjetunion in Europa leid, auch wenn ich verstand, dass eine Position, die auf Mauern und Wasserscheiden beruht, nicht ewig halten kann“, kommentierte Wladimir Putin kurz nach seinem ersten Amtsantritt rückblickend den Fall der Berliner Mauer vor 25 Jahren.

Die „Vertikale der Macht“

Die alte Größe Russlands wiederherzustellen wurde zum Leitmotiv seiner Politik. Die „Vertikale der Macht“ wurde gestärkt und die Rüstungsausgaben dramatisch angehoben. Patriotische Erziehung und sowjetische Symbolik sind wieder en vogue. Putin hat die alte Sowjethymne, Orden wie den „Held der Arbeit“ oder Schuluniformen wiederbelebt.

Ein Großteil der Bevölkerung heißt diesen Kurs heute – auch wegen des unter Putin (und dank der hohen Rohstoffpreise) allgemein gestiegenen Wohlstands – gut. Leere Regale wie zum Ende der Sowjetzeit gibt es nicht. Unternehmer klagen zwar über Bürokratie und Korruption, doch dank niedriger Sozialabgaben funktioniert der russische Turbokapitalismus zumindest für Geschäftsleute nicht schlecht. Der Anschluss der Krim brachte Putin international Kritik

ein, in Russland schossen seine Beliebtheitswerte in den Himmel.

Der bekannte russische Philosoph Igor Tschubais (Bruder des einstigen Chefprivatisierers Anatoli Tschubais) sieht in den Umfragewerten für Putin freilich nur einen „Indikator für die Effizienz der Propaganda“. „Der Busfahrer, der sich nach acht Stunden täglich hinter dem Lenkrad abends müde auf die Couch setzt, wiederholt nur das, was er im Fernsehen vorgelesen bekommt“, sagte Tschubais im Gespräch mit dem STANDARD. Die Bilder und Meinungen aber würden immer mehr angeglichen.

Was zählt, ist der Kreml

Tatsächlich hat sich das russische Mediensystem in den letzten 14 Jahren gewaltig gewandelt: Waren die Sender und Zeitungen in den 90er-Jahren zumeist Sprachrohr verschiedener Oligarchen, so hat der Kreml sich inzwischen alle großen Medien untergeordnet. Im Zuge der Ukraine-Krise wurden auch die letzten Lücken geschlossen. Selbst das bislang freie Internet wurde rigoros beschränkt.

Ziel ist die Ausrichtung der öffentlichen Meinung den Bedürfnissen des Kreml entsprechend. Wie stark die Meinungsmaschine funktioniert, musste der bekannte Musiker Andrej Makarewitsch nach einem Auftritt in der benachbarten Ukraine am eigenen Leib erfahren: „Die dritte Woche reißt die Flut an Schmutz und Verleumdung, die sich von Zeitungsseiten und vom TV-Bildschirm auf mich ergießt, nicht ab. Ich werde als ‚Freund der Junta‘, ‚Faschistenhelfer‘ und ‚Verräter‘ bezeichnet“, klagte der Sänger der Rockgruppe Maschina Wremeni.

Wer anders ist, hat keinen Platz

Mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Zerfall der Sowjetunion besteht die Gefahr, dass sich Russland unter dem Einfluss des Kreml und der russisch-orthodoxen Kirche zu einer geschlossenen Gesellschaft entwickelt, die von stark konservativen Werten geprägt wird.

Für politisch Andersdenkende, zivilgesellschaftliche Institutionen oder sexuelle Minderheiten ist in diesem Land kein Platz. Die einen stehen unter dem Generalverdacht, „ausländische Agenten“ zu sein, die anderen gelten als Symbol westlicher Dekadenz.

1989–2014
DIE NEUE
UNORDNUNG

Foto: iStockphoto

In Nahost zogen Washington und Moskau an einem Strang

1,5

Millionen Bürgerinnen und Bürger der DDR hatten im Sommer 1989 ihre Ausreise aus dem „Arbeiter- und Bauernstaat“ beantragt. Sie wollten raus. Plötzlich tat sich eine Gelegenheit zur Flucht auf. Beim „Paneuropäischen Picknick“ am 19. August 1989 in der Nähe von Sopron sollte ein Holztor an der Grenze symbolisch für drei Stunden geöffnet werden. Gegen Mittag rannten die ersten DDR-Flüchtlinge auf die österreichische Seite, später noch mehr – ohne von den ungarischen Grenzsoldaten gehindert zu werden. Bis zum Abend waren es zwischen 600 bis 700. Am 11. September 1989 öffnete Ungarn dann offiziell seine Grenze.

Konzept, Foto: Lukas Friesenbichler, Simon Klausner // Originalfoto: Votava



Saddam Husseins fatale Fehleinschätzung von 1989

Wenn die Sowjetunion nach 1989 nicht in ihren letzten Zügen gelegen wäre, hätte es keinen US-geführten Golfkrieg gegen Saddam Hussein gegeben. Und ohne das „Einfrieren“ des Irak keinen israelisch-arabischen Friedensprozess.

Gudrun Harrer

Der Kalte Krieg hatte den Nahen Osten fest im Griff. Von den vielen Episoden, die nur vor diesem Hintergrund zu verstehen sind, sei bloß der Libanon 1958 erwähnt: Dort fand erstmals die „Eisenhower Doctrine“ Anwendung, nach der ein Nahostland bei den USA Schutz gegen die Sowjetunion abrufen konnte: Der maronitische Präsident Camille Chamoun hatte auch nach der Suez-Krise 1956 den Libanon auf prowestlichem Kurs gehalten und mit dem Beitritt zum Bagdad-Pakt (Großbritannien, Irak, Iran, Türkei, Pakistan) geliebäugelt, während der muslimische Pre-

mier Rashid Karami sich auf die Seite von Nassers Ägypten und damit Moskaus schlug. Gegen die Gefahr, dass der Libanon in den sowjetischen Orbit fallen könnte, griffen die USA mit der kurzen, aber massiven „Operation Blue Bat“ militärisch in Beirut ein.

Heute ist Moskau wieder in

Mehr als ein halbes Jahrhundert danach richten der ägyptische Präsident Abdelfattah al-Sisi, aber auch die irakische Regierung wieder ihre Blicke nach Moskau, wenn die ihnen kritisch gegenüberstehenden USA etwa bei Waffenverkäufen auf die Bremse treten. Und Wladimir Putin pflegt diese Beziehungen freudigst, um die US-Hegemonie in der Region – der sich nur Syrien und der Iran entzogen haben – zumindest etwas anzuknabbern.

Aber es gab eine kurze Zeit, als auch im Nahen Osten das von Francis Fukuyama proklamierte „Ende der Geschichte“ einzutreffen schien. Allerdings nur quasi auf einer Meta-Ebene, auf jener der Beziehungen der beiden Blöcke: Die nahöstlichen Gesellschaften selbst wurden nicht vom Geist erfasst, der 1989 in Europa wehte. Im Gegenteil, es gab Wendungen hin zu noch illiberalen Kräften: Der Islamismus verzeichnete einen enormen Aufschwung – die Mujahedin in Afghanistan nach dem Abzug der Sowjets 1989, die Hamas in den Palästinensergebieten, die FIS, die in Algerien die Wahlen zu gewinnen drohte, die Radikalisierung in Ägypten –, was in einigen Fällen wieder autoritäre Gegenreaktionen hervorrief.

Dennoch hat 1989 das Gesicht des Nahen Ostens nachhaltig verändert. Das fing damit an, dass ein isolierter Diktator, der den Über-

gang aus einem langen Krieg zur Normalität nicht schaffte, die geopolitischen Entwicklungen falsch einschätzte: Saddam Hussein, der nach Ende des Kriegs mit dem Iran (1980–1988) – den er verloren hätte, wenn ihm nicht die USA subtil unter die Arme gegriffen hätten – weiter aufrüstete und nicht verstand, dass er für den Westen durch die sich abzeichnende Auflösung der Sowjetunion massiv an Wert verloren hatte. In der Überzeugung, dass er keine Konsequenzen zu befürchten haben würde, überfiel und besetzte er im August 1990 Kuwait.

Die USA begannen mit der Aufstellung einer großen militärischen Allianz, um Saddam – der auch die anderen arabischen Öllieferanten am Golf bedrohte – aus Kuwait zu vertreiben. Und die Sowjetunion stellte sich nicht nur nicht dagegen, sondern stimmte am 29. November 1990 im Uno-Sicherheitsrat für Resolution 678, die die Uno-Mitgliedsstaaten zum Einsatz „aller nötigen Mittel“ gegen den Irak ermächtigte (nur Jemen und Kuba stimmten dagegen, China enthielt sich). Neben den veränderten Konstellationen in Moskau trug dazu bei, dass sich die damalige US-Diplomatie, dank Präsident George H. W. Bush, hervorragend aufs Spiel der multilateralen Instrumente verstand – anders als ein gutes Jahrzehnt später dessen Sohn, Bush junior.

Hafiz al-Assad war schlauer

Saddam hatte sich verkalkuliert, ein anderer Diktator war schlauer (oder weniger beratungsresistent): Hafiz al-Assad in Syrien schlug sich auf die richtige Seite, was ihm, wenn schon nicht mit Rehabilitierung, so doch mit einer stillschweigenden Aufwertung entgolten wurde – was wiederum die syrische Führung in den 1990er-Jahren an den Verhandlungstisch mit Israel brachte.

Denn Moskau unterstützte nicht nur die Gewaltanwendung gegen Saddam – den Golfkrieg im Jänner

und Februar 1991 –, sondern auch Sicherheitsratsresolution 687, mit der der Irak von der nahöstlichen Bühne weggesperrt wurde: Die härtesten Sanktionen, die je verhängt wurden, gepaart mit der Abrüstung, machten Saddam zur lahmen Ente, seine Klienten, allen voran die Palästinenser, verloren ihren Sponsor.

Weg frei für Verhandlungen

Das – und dass Israel den diplomatischen Preis für die arabische Front gegen Saddam Hussein zahlen musste – machte erst den israelisch-arabischen beziehungsweise israelisch-palästinensischen Normalisierungsprozess möglich. Der Einwand, dass die Palästinenser noch immer keinen Staat haben, ist berechtigt – dass das Wort „Zweistaatenlösung“ heute das anerkannte Konzept auf israelischer und palästinensischer Seite ist, geht dennoch auf diese Zeit zurück. Auch Ägypten, das wegen seines Friedensschlusses

mit Israel nach 1979 von der arabischen Staatengemeinschaft gemobbt wurde, erlebte seine Rehabilitierung.

Die Friedenskonferenz von Madrid 1991, die erstmals die nahöstlichen Kontrahenten an einen Tisch brachte – auch wenn die Palästinenser sich damals noch in der jordanischen Delegation „verstecken“ mussten –, war eine von Washington und Moskau gemeinsam gestartete Initiative. Auch wenn dieser Verhandlungsstrang im Sand verlief: Die Zeit für den Oslo-Prozess war reif.

Die Einigkeit im Uno-Sicherheitsrat fand mit Beginn der Balkankrisen ein rasches Ende, und heute sieht der Nahe Osten auf eine Menge versäumter Chancen zurück. Dafür, was man den Irakern und Irakerinnen mit den Sanktionen 1991–2003 antat – die Zerstörung ihrer Gesellschaft, die Aushöhlung des Staates –, zahlt heute die Region und die ganze Welt einen hohen Preis.

1989–2014
DIE NEUE
UNORDNUNG

Plötzlich ein Loch im Zaun

Es war das Jahr der großen Freiheit: im Mai Führerschein, im Juni Matura, dann die längsten Ferien meines Lebens, im September Studienbeginn – die ganze Welt öffnete sich. Alles war neu und aufregend, dann noch das: Die Nachricht – die Mauer, der Eiserne Vorhang sind offen – verbreitete sich rasch auf der Uni.

Mir erschien dies unglaublich: Sieben Kilometer von meinem Heimatort entfernt hat diese undurchdringliche Grenze unser Leben geprägt. Die Heimat meiner Oma in Neuofen / Nova Pec lag nur zehn Kilometer Luftlinie entfernt, war unerreichbar hinter dem Eisernen Vorhang. 1945 war sie als 18-Jährige allein nach Österreich geflohen und wollte stets nach „drüben“.

MEIN
'89

Im ORF meldeten sie, der Zaun werde abgebaut. Wir wollten es wissen, mit eigenen Augen sehen. Wir, meine Eltern, mein kleiner Bruder und ich, nahmen Langlaufski und fuhren durch den Böhmerwald, immer den Zaun entlang; kilometerweit durch den Wald, durch dichte Schneemassen und daneben mannshoher Stacheldraht. So nah waren wir dem Eisernen Vorhang noch nie gewesen.

Plötzlich war da ein Loch im Zaun. Mein Bruder schlüpfte durch. Da erschienen aus dem Nichts tschechoslowakische Soldaten, bewaffnet. Wir erstarren. Sie schauten grimmig, ließen uns aber in Ruhe. Wir atmeten auf und wussten: Es stimmt, der Eisernen Vorhang ist offen.

Alexandra Förderl-Schmid



Februar 1991: US-Soldaten im Krieg im Irak. Foto: AFP



Was von der KPÖ übrig blieb Seite 20

Österreichs Eisschnelllaufstar aus Ungarn Seite 22

derStandard.at/Inland

„Die Polizei agiert nicht aus Jux und Tollerei“

Dass ausländische Familien auch nach Jahren in Österreich vor Abschiebung zittern, bestreitet Innenministerin **Johanna Mikl-Leitner** im Gespräch mit Kabarettist **Thomas Maurer**, befragt von **Maria Sterkl**.

STANDARD: Frage an Sie beide: Wie würden Sie einem sechsjährigen Kind erklären, wofür die ÖVP steht? **Mikl-Leitner:** Eigenverantwortung.

STANDARD: Was ist das?

Mikl-Leitner: Hilfe zur Selbsthilfe – wenn's jemandem schlecht geht, helfen, das Leben wieder selbst in die Hand nehmen zu können.

Maurer: Ich würde dem Kind sagen: Da muss ich jetzt so weit ausholen, ich weiß nicht, ob dir nicht langweilig wird, bis ich fertig bin ... Im Ernst: Diese Bünde- und Länderstrukturen werfen für mich ein anderes Menschenbild auf. Staatssekretärin Remler wurde ja damals bestellt, weil endlich eine Frau aus dem Westen bundespolitisch etwas werden musste. Jeder kämpft nur für seine kleine Klientel: Würde man einem oberösterreichischen ÖAABler nicht misstrauen, dass er vielleicht Interessen der Vorarlberger Bauern nicht vertritt, dann bräuchte man das nicht. Es herrscht ein großes innerparteiliches Misstrauen.

Mikl-Leitner: Aber gerade beim Wechsel des Finanzministers hat die ÖVP ja gezeigt, dass die Frage der Teilorganisationen überhaupt keine Rolle gespielt hat. Es ist nur um Kompetenz gegangen.

Maurer: Wenn das Stadion brennt, räumen auch Rapidler und Austrianer schnell einmal ihre Differenzen aus und verlassen gemeinsam das Gelände.

STANDARD: Frau Ministerin, Sie wollten einen unabhängigen Experten als Finanzminister.

Mikl-Leitner: Der Parteiobmann hat sich Herrn Schelling gewünscht, der Experte und Politiker zugleich ist, und dem habe ich schließlich auch zugestimmt. Parteiobmann und Finanzminister haben meine volle Unterstützung.

STANDARD: Warum wollten Sie eigentlich nicht Parteiobfrau werden?

Mikl-Leitner: Das war in der ersten Minute für mich klar. Ich habe ein großes Ressort mit viel Verantwortung und bin zusätzlich Obfrau des ÖAAB, mein Tag ist rund um die Uhr ausgefüllt, es braucht auch Zeit für die Familie.

STANDARD: Zurück zum Sechsjährigen. Angenommen, dessen Vater ist von Abschiebung bedroht, weil die Familie zu wenig für den Aufenthaltstitel verdient: Was sagen Sie diesem Kind, wofür die ÖVP steht? **Mikl-Leitner:** Wenn ein Kind hier aufwächst und die Familie seit Jahren hier lebt, wird sie auch bei uns bleiben können. Dann soll man hier arbeiten können, sich hier wohlfühlen.



„Wenn Sie Kritik haben, rufen Sie mich an“: Johanna Mikl-Leitner an Thomas Maurer. Foto: Heribert Corn

Maurer: Da muss ich relativieren. Ich habe viele Leute kennengelernt, die bis zu zehn Jahre auf die Erledigung ihres Asylverfahrens warten, deren Kinder Deutsch mit Meidlinger Akzent sprechen, über deren Köpfen immer noch die Abschiebung schwebt. Da ist doch etwas nicht in Ordnung.

Mikl-Leitner: Das sollte der Vergangenheit angehören. Wir haben ein neues Amt, das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, wo die Verfahren rasch erledigt werden.

Maurer: Ich höre, dass es bei der Fremdenpolizei teils übermotiviert Kräfte gibt, die auch gerne Fehlinformationen austeilen. Und bei Menschen, die es gewohnt sind, sich vor Uniformen und staatlichen Autoritäten mit gutem Grund zu fürchten, kommen sie damit durch. Offenbar wird es von manchem als kleiner Sieg verbucht, wenn er jemanden außer Landes schafft.

Mikl-Leitner: Dann bitte ich Sie aber auch, mir die konkreten Fälle zu nennen, dann gehe ich dem selbstverständlich nach.

Maurer: Das Problem ist, dass man Menschen im Asylverfahren selten dazu bringt, sich mit Namen an den Staat, von dem sie sich drangsaliert fühlen, zu wenden. Weil sie das Gefühl haben, das schmälert ihre Chancen noch einmal. Darum sind solche Vorwürfe schwierig zu belegen.

Mikl-Leitner: Wir nehmen sehr viel Geld in die Hand für Rechtshilfe.

STANDARD: Die ÖVP definiert sich als christlich-sozial und wirtschaftsliberal. Das Fremdenrecht wird immer wieder von den Kirchen als unsozial und von der Wirtschaft als protektionistisch kritisiert. Beeindruckt Sie das nicht? **Stichwort Arbeitserlaubnis für Asylsuchende.**

Mikl-Leitner: Beim Arbeitsmarkt-zugang sind wir relativ weit oben

im europäischen Vergleich. Es gibt die Möglichkeit, nach drei Monaten eingeschränkt zu arbeiten.

Maurer: Aber nur als Saisoniers und in der Prostitution.

Mikl-Leitner: Im saisonalen Bereich gibt es Möglichkeiten. Leider wird das nicht ausgeschöpft.

STANDARD: Aber einem Unternehmer, der eine offene Stelle und in seiner Gemeinde einen qualifizierten Bewerber hat, der zufällig im Asylverfahren steckt, sagen Sie: Leider nein?

Mikl-Leitner: Nein, es gibt Möglichkeiten – die Rot-Weiß-Rot-Karte, saisonale Beschäftigung.

STANDARD: Zur Unterbringung der Asylwerber: Wundert es Sie wirklich, dass es zu wenige Privatunterkünfte gibt? Die Entschädigungen für Unterkunftgeber wurden jahrelang kaum erhöht.

Mikl-Leitner: Es ist nicht eine Frage des Geldes. Oft geht es darum, dass viele nach dem Florianiprinzip agieren: Helfen: ja – aber nur nicht bei mir, sondern in einer anderen Gemeinde.

STANDARD: Im Vergleich zu 2002 sind die Asylanträge bescheiden.

Mikl-Leitner: Man kann nicht von den Ländern erwarten, dass sie von 2002 bis 2014 so viel an Bettenkapazität vorrätig halten, die wir über Jahre nicht brauchen. Denn auch die gehen natürlich mit Steuergeld sensibel um.

Maurer: Das Asylthema hat unfassbare symbolische Bedeutung. Man hat fast den Eindruck, es hat in den letzten 20 Jahren gar kein anderes Thema gegeben als „Inländer, Ausländer“. SPÖ und ÖVP haben versucht, sich FPÖ-mäßiger als die FPÖ aufzuführen, und dabei die Hälfte ihrer Wähler verloren. Auch Sie haben, da war zufällig Wahlkampf, die Leute der Votivkirchen-Besetzung als brutale Schlepper bezeichnet, die schwangere Frauen aussetzen. In den Akten der Polizei war das nirgends vermerkt. Wo haben Sie denn das hergehabt?

Mikl-Leitner: Wenn Sie es genau verfolgt haben, habe ich einige Male ganz klar gesagt, dass hier vor allem die Art und Weise, wie Schlepperbanden agieren, gemeint war. Mir war es immer

wichtig, die Emotion aus dem Asylthema herauszuhalten.

STANDARD: Ihnen musste doch klar sein, dass die „schreienden schwangeren Frauen“ für Medien ein gefundenes Fressen sind, dass das natürlich mit den Votivkirchen-Flüchtlings assoziiert wird. Gewisse prominente Beschuldigte hätten Sie sofort wegen übler Nachrede geklagt.

Mikl-Leitner: Lesen Sie nach, dass das ganz klar so formuliert war: dass es um Schlepper im Allgemeinen geht. Das war vier Tage später auf Ö1 zu hören.

STANDARD: Im Onlinejournalismus sind vier Tage ein halbes Jahr.

Mikl-Leitner: Und jetzt sind wir einviertel Jahre danach, das ist ja dann eine Ewigkeit!

STANDARD: Mit dem Abstand dieser Ewigkeit: Tut es Ihnen leid, dass Sie das gesagt haben?

Mikl-Leitner: Ich habe das nach vier Tagen klargestellt.

STANDARD: Themenwechsel: Wenn bei der Räumung einer Hausbesetzung in Wien 1500 Beamte 19 Besetzern gegenüberstehen, wie lässt sich das rechtfertigen?

Mikl-Leitner: Die Polizei agiert nicht aus Jux und Tollerei, sondern muss bei jedem Einsatz eine Gefährdungseinschätzung machen. Wenn es Aufrufe über das Internet bis hin nach München und Berlin gibt, man möge nach Wien kommen und Demos veranstalten, dann ist das ein Alarmsignal. Und ich bin es leid, dass reflexartig immer die Polizei schuld ist. Was wäre gewesen, wenn jemand zu Schaden gekommen

wäre? Dann wäre der Vorwurf gewesen: Es waren zu wenige.

Maurer: Es ist nicht „die Polizei“, an die sich die Kritik richtet – die einzelnen Beamten können ja nichts dafür, die werden ja eingeteilt – sondern an die Einsatzleitung. Wenn man dort zwei Tage vor der Räumung jemanden zum Haus hingesetzt hätte, hätte man gesehen, dass dort sicher keine 500 gewaltbereiten Berliner Terrorprofis drinsitzen, sondern 19 Hansln. Dann hätte man vielleicht 200, 300 Beamte weniger einsetzen können. Dieser ärgerlich kotanteske Eindruck wäre nicht entstanden. Kann man nicht auch einmal sagen „Das war ein Pfusch, 'tschuldigung“?

Mikl-Leitner: Direkt vor Ort waren 500, der Rest war im Stadtgebiet verteilt. Sie haben gesehen, wie man mit der Polizei umgegangen ist – man hat Fäkalien geworfen, Hürden aufgebaut, die lebensbedrohend hätten sein können. Da waren Öfen, die hätten runterfallen können. Ich vertraue hier dem Polizeipräsidenten, der sehr verantwortungsvoll gearbeitet hat.

Maurer: Also die nächste Demo macht wieder er? Wird das nicht kritisch reflektiert?

Mikl-Leitner: Selbstverständlich, es gibt eine Evaluierung.

STANDARD: Dürfen die Bürger auch das Ergebnis erfahren?

Mikl-Leitner: Das wäre polizeitaktisch nicht sehr klug.

Maurer: Ich habe mit einem Polizisten gesprochen, der bei der Akademikerball-Demo im Einsatz war. Er hat wenig zitable Adjektive für die Einsatzleitung. Ich weiß schon, dass jede

Organisation die interne Kritik nicht an die große Glocke hängt – aber Institutionen einer demokratischen Regierung sollte man das vielleicht zutrauen. Es gibt einen Bunkerreflex: Kritik an der Polizei wird immer dargestellt, als wäre man ein pathologischer Uniformhasser.

Mikl-Leitner: Wenn Sie Kritik haben, rufen Sie mich an – ich gehe dem nach.

STANDARD: Dann konkret: Wie geschieht es, oberösterreichische Landpolizisten mit mäßigen Ortskenntnissen in Wien am Hotspot einer Demo einzusetzen?

Mikl-Leitner: Wo Kräfte eingesetzt werden, obliegt der Einsatzleitung. Wie geschieht es ist, ergibt die Evaluierung.

STANDARD: Was sagt die Evaluierung des Akademikerball-Abends?

Mikl-Leitner: Dass da und dort das eine oder andere nachjustieren ist. Das ist die Grundlage, für den nächsten Ball Vorsorge zu treffen.

Langfassung auf derStandard.at/Inland

„SPÖ und ÖVP führen sich FPÖ-mäßiger auf als die FPÖ.“

Thomas Maurer



ZU DEN PERSONEN

Johanna Mikl-Leitner (50) ist Innenministerin. Die Wirtschaftspädagogin wurde 1995 unter Erwin Pröll Marketingchefin der ÖVP NÖ. Dort Landesrätin ab 2003, seit 2011 Bundesministerin und ÖAAB-Obfrau, nun auch Vize-Chefin der Bundes-ÖVP.

Thomas Maurer (47) ist Kabarettist, Drehbuchautor und Schauspieler in Wien. Der ausgebildete Buchhändler steht derzeit mit den Kabarettprogrammen *Neues Programm*, *Wir Staatskünstler* und *Out of the Dark* in ganz Österreich auf der Bühne.

Zwei West-Ost-Grenzgänger über die Zeit vor 1989 und danach

„Wir haben gelernt, uns nicht mehr vor Moskau zu fürchten“

Exvizekanzler **Erhard Busek** (ÖVP) über das Wunderjahr 1989, seine „Ostanfälligkeit“, die große Leistung der Dissidenten und einen Papst, der der Geschichte Regieanweisungen gab. Mit ihm sprach **Lisa Nimmervoll**.

STANDARD: „Annus mirabilis“, ein Wunderjahr, nennen Sie 1989 in Ihrem Buch „Lebensbilder“. Seither sind 25 Jahre vergangen – war danach auch alles wunderbar?

Busek: Ich sehe folgende Punkte kritisch: Diese neue Landkarte Europas, die zum Teil ja eine alte ist, wird bis heute sehr zögerlich gelernt, nicht nur von der EU. Letztlich ist die gegenwärtige Ukraine-Russland-Krise ein Ausfluss dieser Situation. Außerdem hätte man in den Transformationsstaaten des ehemaligen Ostblocks weitaus mehr für die Bildung tun müssen. Das wäre aber auch unsere Verantwortung gewesen. Viele Probleme heute sind ein Ergebnis mangelnder Bildung. Und man hat sich bei der EU-Erweiterung sehr viel Zeit gelassen bzw. zu wenige Alternativen dazu entwickelt. Es sind nicht alle Staaten geeignet, EU-Mitglied zu werden, aber irgendein System einer wirksamen Nachbarschaftspolitik hätte man finden sollen.

STANDARD: Welche Länder haben sich am besten entwickelt?

Busek: Ich würde sagen, Slowakei, Tschechien, Polen sind ganz gut gegangen. Die Ungarn haben sehr gut begonnen, aber dann einen Schub Nationalismus bekommen, der sie heute hindert. Die Slowenen haben die Transformation vor allem im Wirtschaftsbereich nicht ernst genommen. Südosteuropa hängt zurück, weil sich die EU da nicht sehr beteiligt hat.

STANDARD: Wie resümieren Sie Österreichs Bilanz 25 Jahre danach?

Busek: Sehr kritisch. Wir haben mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem EU-Beitritt eine Chance erhalten, uns neu zu positionieren. Die Wirtschaft hat sie genutzt, bei allen Schwierigkeiten. Aber die Politik hat bestimmte Gruppenbildungen im eigenen Interesse versäumt. Die zögerliche Durchführung von Infrastrukturinvestitionen ist nur ein Symbol dafür. Da wäre mehr drin gewesen. Mitteleuropa ist keine Bedrohung, sondern eine Chance.

STANDARD: Sie hatten intensive Kontakte nach „drüben“ zu Dissidenten. Das fanden in der Politik damals nicht alle gut.

Busek: Österreich hatte nach 1945 oder nach der Besatzungszeit eine sehr starke Westorientierung – nach Amerika und dann zur entstehenden Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Den Osten hat man dazu quasi als Alternativkonzept gesehen. So ist mir immer vorgehalten worden, dass ich „ostanfällig“ sei. Das war eine Ostablehnung, die ich sehr bedaure

und die sich auch heute noch in einer Reihe von Dingen niederschlägt, etwa dass wir in diesen Ländern zu wenig vertreten sind.

STANDARD: Bei welchem Ereignis dachten Sie: Ja, jetzt passiert wirklich was Großes. Immerhin schreiben Sie: „Wir wussten nicht, ob der Eisernen Vorhang überhaupt fällt.“

Busek: Das wirklich dramatische Ereignis war für mich der runde Tisch im August 1989 in Polen. Dass das dort zugelassen wurde, zeigte für mich klar, dass jetzt die Dinge an sich bröckeln. Das hat mich am meisten beeindruckt. Wobei ich das in einer eigenartigen Situation erlebt habe. Es gab vom Institut für die Wissenschaften vom Menschen die Castelfandolfo-Tagungen beim damaligen Papst Johannes Paul II. Ich habe dort aus der Nähe erlebt, wie der Papst quasi Regieanweisungen an die Verhandler, den katholischen Publizisten Tadeusz Mazowiecki usw. gegeben hat.

STANDARD: Welche Persönlichkeiten waren entscheidend?

Busek: Die offizielle Version ist immer, dass drei Personen wichtig waren: der Papst, Gorbatschow und Reagan. Ich bin eher der Meinung, dass die wirklich entscheidenden Figuren die Dissidenten waren, die das alles unter schrecklichen Bedingungen gemacht haben, Mazowiecki, auf seine Art Lech Walesa oder Václav Havel. Eigentlich sollte man die zelebrieren und nicht die Großen.

STANDARD: 1989 war neben der glo-

balen Dimension auch für Österreich ein besonderes Jahr. Da wurde der Brief nach Brüssel mit dem Aufnahmegesuch für die damals noch Europäische Gemeinschaft geschrieben. Ein Zufall, dass Österreich sich damals reif für diesen großen Schritt fühlte?

Busek: Die eigentliche Bedeutung dieser Entwicklung liegt darin, dass wir gelernt haben, uns nicht mehr vor Moskau zu fürchten. Das war ein entscheidendes Element für den Zweifel an einem EG- oder EWG-Beitritt. 1989 haben wir gewusst, dass das nicht mehr notwendig ist. Trotzdem haben wir in dem Brief ganz ängstlich die österreichische Neutralität betont, was auch schon überflüssig war.

STANDARD: Geschichte ist niemals abgeschlossen, aber dennoch: Wo sehen Sie die wichtigsten noch un- aufgearbeiteten Folgen dieser Ereignisse von 1989?

Busek: In den Relationen der Länder zueinander, weil durchaus alte Spannungen herausgekommen sind, nicht nur am Balkan. Die Spannungselemente, die heute deutlich sichtbar werden, sind das Erbe der Sowjetunion und deren weiterer Gestaltung plus, das muss man klar sagen, dass Europa nach wie vor keine Relation etwa zum Nahen Osten gefunden hat.

ERHARD BUSEK (73) war u. a. ÖVP-Chef, Vizekanzler ('91–95), Wissenschafts- ('89–94) und Unterrichtsminister ('95). Der Jurist ist Vorstand des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa.

Langfassung derStandard.at/1989



„Man sollte die Dissidenten feiern“: Erhard Busek. Foto: Fischer

1989–2014
DIE NEUE
ANORDNUNG



„Europa über alles, wenn es nur will“: Karl Schwarzenberg. F.: Corn

„Demokratie in Russland kommt, aber es dauert“

Karl Schwarzenberg über seinen Kampf für Freiheit und Menschenrechte in Osteuropa und über Putins Versuch, wieder die alte Größe zu bekommen. Mit ihm sprach **Hans Rauscher**.

STANDARD: Haben Sie sich vorstellen können, dass der Sowjetblock zu Ihren Lebzeiten zusammenbricht?

Schwarzenberg: Nein, ich habe mir nie vorgestellt, dass es eine solche Implosion wird. In den 80er-Jahren hat man schon gesehen, als diese verschiedenen Greise in den Kreml gekommen sind, dass es ein Verfall ist. Ich habe mir gedacht, das wird langsam gehen wie beim Ottomanischen Reich.

STANDARD: Sie haben trotzdem schon Jahre vorher die Dissidenten in Osteuropa unterstützt, die Einhaltung der Menschenrechte gefordert, teils privat, teils als Präsident der Helsinki-Föderation.

Schwarzenberg: Ich habe es als meine Pflicht erachtet, dagegen zu kämpfen, aber ich habe keinen Sieg erwartet. Wir haben uns alle geirrt.

STANDARD: Heute gibt es viele Jüngere, die sagen, es habe dort zwar wenig gegeben, es gab aber Arbeitsplätze, niedrige Mieten und keinen „Neoliberalismus“.

Schwarzenberg: Die Sicherheit war eben trügerisch. Ja, niedrige Mieten, aber in Prag konnte man sehen, dass alle Gebäude, Fabriken usw. in einem furchtbaren Zustand waren. Dazu eine katastrophale Umweltsituation sowohl in der DDR wie in der Tschechoslowakei. Die Versorgungslage war in Moskau in den 80ern schlechter als unter Stalin. Das System war am Ende.

STANDARD: Was ist heute daraus geworden?

Schwarzenberg: Aus den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang ist in Summe ein Erfolg geworden. Am besten geht es in Polen, dann in Tschechien und der Slowakei.

STANDARD: In diesen Ländern gibt es aber Phänomene wie die Korruption und den Nationalismus.

Schwarzenberg: Korruption ist ein Nachholphänomen: Wir wollen alles, und zwar jetzt. Der Nationalismus ist das auch. Außerdem gibt es das im Westen auch – die Madame Le Pen, den hiesigen Herrn Strache, auch einen böhmischen Namen.

STANDARD: Aber Ungarn ist doch beängstigend, weil ein EU-Mitglied sich offen an autoritären Modellen wie Putin und Erdogan orientiert.

Schwarzenberg: Die Europäische Volkspartei sollte nach Orbáns Rede in Rumänien sich ernsthaft damit beschäftigen. Was er da erklärt hat, entsprach den Ideen mancher Regime der 30er- und 40er-Jahre. Admiral Horthy, schau oba!

STANDARD: Damit sind wir bei Wladimir Putin.

Schwarzenberg: Als konservativer Mensch halte ich einen alten Begriff hoch: Wenn jemand mit Waffengewalt ein fremdes Territorium besetzt, dann ist das ein Krieg, und alles Herumdrukken ist Selbsttäuschung.

STANDARD: Aber was ist sein Ziel? Die alte Größe wiederhaben?

Schwarzenberg: Ja, das ist ein durchaus klares Ziel. Er hat ja selbst gesagt, dass für ihn der Auseinanderfall der Sowjetunion die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts war. Dazu der Begriff der „Rus“. Das ist das gesamte Ostslawisch sprechende Gebiet aus Weißrussland, der Ukraine und dem eigentlichen Russland. Dass er das wiedervereinen möchte, daran besteht für mich überhaupt kein Zweifel. Trotzdem glaube ich, dass es Putin und Russland letztlich schaden wird. Das Vertrauen in Putin ist zerstört. Wie Talleyrand gesagt hat: „Das war schlimmer als ein Verbrechen, das war ein Fehler.“

STANDARD: Er kann ja eigentlich nicht zurück.

Schwarzenberg: Ich glaube, er wird irgendwie müssen, und das wird die Kunst der Verhandlung sein.

STANDARD: Was dann?

Schwarzenberg: Ich glaube, dass es sehr lange sehr mühsam gehen wird. Ich glaube, Putin ist klug genug zu wissen, dass er sich einen großen Krieg nicht leisten kann.

STANDARD: Dieses eigentlich ungläubliche Projekt der Beendigung der Teilung Europas ist jetzt wieder gefährdet. Der russische Präsident versucht ja auch, die Europäische Union zu spalten.

Schwarzenberg: Europa über alles, wenn es nur will. Wenn der Wille vorhanden ist, hab ich keine Angst. Die EU muss zum Beispiel Geld in die Hand nehmen und den Westbalkan integrieren, damit dort solche Spielchen nicht möglich sind.

STANDARD: Da gibt es jetzt ein Argument der „Putin-Versteher“: Hätte man nicht die Nato nach Osteuropa vorgeschoben, wäre eh nichts passiert.

Schwarzenberg: Blödsinn. Der Schmerz des verlorenen Reichs wäre gleich geliebt, der Versuch, das wiederherzustellen, wäre auch da gewesen.

STANDARD: Sie haben Jahrzehnte Ihres Lebens in die Reintegration Osteuropas gesteckt ...

Schwarzenberg: Ja, ich wollte das – und mit Gottes Hilfe wird es fort-schreiten. Irgendwann sollte sich das auch auf Russland erstrecken. Es ist ein Blödsinn, dass die nicht für die Demokratie geschaffen sind. Nur, das dauert. In Mitteleuropa hat es 150 Jahre gedauert.

KARL SCHWARZENBERG (74) war „Forst- und Gastwirt“ in Österreich, amtierte von 2007 bis 2009 und 2010 bis 2013 als tschechischer Außenminister und ist jetzt Vorsitzender der 2009 gegründeten tschechischen Partei Top 09.

Szenen aus dem „real existierenden Sozialismus“

155

Kilometer lang war die Grenze zwischen der DDR und Westberlin, innerstädtisch 43 Kilometer, der „Außenring“, der Westberlin von der DDR trennen sollte, erstreckte sich über 112 Kilometer. Am 13. August 1961 begann die SED, die Grenzen zuerst mit Stacheldraht, ein paar Tage später mit Mauern abzuriegeln. Zur Sicherung gab es u. a. 302 Beobachtungstürme mit schießbereiten Soldaten sowie 259 Hundelaufanlagen. Mindestens 138 Menschen wurden bis 1989 an der Mauer getötet oder kamen im Zusammenhang mit dem DDR-Grenzregime ums Leben. Am Abend des 9. November fiel die Berliner Mauer.

Konzept, Foto: Lukas Friesenbichler, Simon Klausner // Originalfoto: Votava



Das Geheimnis der Bretterverschläge von Moskau

Reisen in der Spätphase des Kommunismus in Osteuropa: Begegnungen mit Lech Wałęsa und Václav Havel, kurze Blicke auf Leonid Breschnew und Michail Gorbatschow. Die Realität des „real existierenden Sozialismus“.

Hans Rauscher

Wir keuchten den ziemlich steilen Hügel des Klosters Jasna Góra in Südpolen hinauf. Hier wurde Polens heiligste Reliquie, die „schwarze Madonna von Tschenstochau“, verehrt. Der Atem blieb uns endgültig weg, als wir an der Vorderseite ankamen: Unter uns kniete und betete eine ungeheure Menschenmenge. Mindestens eine Million, sagte man uns. Aber das sei gar nichts, der jetzige Kardinal Józef Glemp sei nicht so beliebt. Der vorherige, Karol Wojtyła, habe noch viel mehr angezogen, noch bevor er Papst wurde. Die Reise war vom ÖVP-Politiker Erhard Busek orga-

nisiert worden, der in glänzender Erkenntnis, dass sich da im Osten etwas tat, in fast jedem Land des Ostblocks Dissidenten besuchte, unterstützte, Kontakte knüpfte.

Polen war damals angeblich ein kommunistisches Land. Ein paar Jahre zuvor, 1981, war aber die Solidarność so stark geworden, dass die Regierung das Kriegsrecht ausrufen musste. Die katholische Kirche war, wie so oft in der polnischen Geschichte, die Seele des Widerstandes.

Wir hatten mit klugen, liberalen, katholischen Intellektuellen gesprochen, einer davon, Tadeusz Mazowiecki, wurde später Premier. Sie waren die Berater der Solidarność. In Danzig sahen wir den

anderen Aspekt des polnischen Katholizismus, den intensiven Patriotismus bzw. Nationalismus.

Wir trafen Lech Wałęsa, Solidarność-Galionsfigur, eben erst aus der Internierung entlassen, im Pfarrhof seines Beichtvaters, Prälat Henryk Jankowski. Weiß gekleidete Ehrenjungfrauen, ein Klavierspieler donnerte Chopin, an der Wand von der Decke bis zum Boden ein Ölgemälde von Nationalheld Marschall Józef Piłsudski, der 1920 die Rote Armee vor Warschau aufgehalten hatte. Auf der Pfarrhofmauer saßen die Geheimpolitisten mit Videokameras.

Wałęsa erschien und beklagte sich über die Folgen der Drogen, die man ihm in der Internierung gegeben hatte. Er wirkte einfach, aber gleichzeitig unerschütterlich in seiner Gewissheit, das kommunistische Regime sei morsch bis in den Kern. Anschließend zeigte uns Jankowski in der Kirche die blutbefleckte Soutane des vom Geheimdienst ermordeten Kaplans Jerzy Popiełuszko. In Warschau sahen wir in Popiełuszkos Pfarre dann noch einmal die Soutane. „Das ist die echte“, sagte man uns.

Breschnew aus der Nähe

1982 war der damalige Bundespräsident Rudolf Kirchschläger auf Staatsbesuch in der Sowjetunion. Schon am Sonderflughafen Wnukowo sahen wir das Symbol des Sowjetreichs im Verfall. Leonid Breschnew wurde von seinen Leibwächtern praktisch aus der „Zil“-Limousine gehoben, sie steckten ihn in den Mantel, setzten ihm den Hut von hinten auf. Er tat ein paar zappelnde Schritte, dann wurde er von der superzackigen Ehrengarde gnädig verdeckt.

Während die offizielle Delegation die Errungenschaften der sowjetischen Raumfahrt besichtigte, führte uns der junge Diplomat Martin Sajdik durch den Realsozialismus. Neubauten, die schon wieder verfielen. In den wenigen staatlichen Lebensmittellä-

den eine immense Auswahl an Alkoholika, sonst fast nichts. Auf den Straßen Passanten, die alle Einkaufsnetze mithatten für den Fall, dass es etwas, irgendetwas zu kaufen gäbe.

In den Parks geheimnisvolle kreisrunde Bretterverschläge. Dahinter dutzende junge Männer, die am helllichten Tag ihre Wodkaflaschen leerten. Man konnte dieser Art der Arbeitsverweigerung nicht Herr werden, so verbarg man sie vor den Augen der Öffentlichkeit. Vor den Ausländerhotels – streng verboten für normale Russen – Chauffeure von Dienstautos, die Taxifahrten anboten, während drinnen die Funktionäre tafelten.

Am nächsten Tag im Kreml noch einmal Breschnew aus der Nähe: ein Wrack.

1988, Franz Vranitzky bei Michail Gorbatschow: dynamisch, offen, er suchte mit den österreichischen Journalisten kurz Kontakt, redete auf uns ein. Von uns kam keiner zu Wort. Vranitzky war es beim Treffen nicht viel anders ergangen.

1987 mit Karl Schwarzenberg in Prag. Der Spross eines alten böhmischen Adelsgeschlechts unterstützte die tschechischen Dissi-

denten im besonders bösartigen und rigiden tschechoslowakischen Kommunismus.

Wir trafen Václav Havel unter konspirativen Umständen. Er war gerade wieder einmal aus dem Gefängnis entlassen worden. Auf leicht banale Versuche, ihm eine politische Analyse zu entlocken, ging er kaum ein, blieb im Grundsätzlichen, Philosophischen. Er sprach über die Lüge, die ein integraler Bestandteil der totalitären Macht sei. Jeder wisse, dass alles, von den gefälschten Statistiken bis zu „Errungenschaften des Sozialismus“, eine einzige Lüge sei, aber „die Macht“ zwingt die Menschen vorzugeben, dass sie daran glauben – und belüge sich so selbst. Zum eigenen Schaden.

Der Dichter und der Fürst

Tief beeindruckt, aber tiefskeptisch über die Chancen dieses Mannes, des ganzen Landes, das System zu überwinden, ging ich weg. Die Frage des Hotelportiers, „Sind Sie in Reisegesellschaft von Ihre firschtliche Gnaden?“, nahm ich als Kuriosität. Zwei Jahre später war Havel der Anführer der „samtenen Revolution“, der schüchterne Mann sprach zu Hunderttausenden auf dem Prager Wenzelsplatz, wenig später war er Präsident, Schwarzenberg sein Kanzleichef.

Zum Jahreswechsel „drüben“

Es war der Jahreswechsel 1988/1989, Wolfgang und ich waren nach Berlin gefahren, um dort Silvester zu feiern und eine Frau zu besuchen, die wir beide verehrten. Tschiggy wurde sie genannt, sie hatte in Wien die autonome Szene hinter sich gelassen, um in Berlin in einer Bar zu arbeiten, die vorwiegend von umoperierten Männern frequentiert wurde. Einen politisch korrekten Ausdruck gab es noch nicht. Ich wunderte mich in der Bar über die großen, durchwegs gutaussehenden Frauen, die an der Theke lehnten: wallende Mähen, große Brüste, große Füße, große Hände, tiefe Stimmen.

Die Mauer stand noch, die Grenze war dicht, wir feierten in Wedding auf der Straße, mit einer authentischen Flasche

Rotkäppchen-Sekt und einer dekadenten Flasche Champagner. Wir bewegten uns die Chausseestraße hinunter. Um Mitternacht kam Bewegung in die Straße, plötzlich war die Grenze offen, die Soldaten waren verschwunden. Aus dem

Osten strömten ein paar verdutzte Menschen herüber, die Öffnung war völlig unvermittelt erfolgt. Wir spazierten verwegen in den Osten, hatten nicht einmal Pässe mit, tranken „drüben“ den Champagner aus der Flasche. Nach zwei Stunden gingen wir über den verwaisten Grenzposten zurück, erzählten Tschiggy und den Männern mit den großen Brüsten, wo wir gewesen waren.

In der Früh war die Grenze wieder zu, das sollte noch Monate dauern. Michael Völker

MEIN '89



Václav Havel 1987, soeben aus dem Gefängnis entlassen, auf dem Prager Hradshin. Foto: Rauscher

25 Jahre Wende in Osteuropa

1989 Menschen demonstrieren auf den Straßen gegen die kommunistischen Regime in Osteuropa. An Runden Tischen wird die Transition hin zu einer demokratischen Gesellschaft verhandelt. Der Eisenerne Vorhang fällt, die Mauern beginnen zu bröckeln, der Kalte Krieg zwischen den Ländern des Westens und den Staaten des Warschauer Paktes geht zu Ende.

Anfang 1989 sind die Ereignisse nicht absehbar, sie werden den europäischen Kontinent nachhaltig verändern, das starre Blocksystem zwischen Westen und Osten wird aufgelöst. Eine Chronologie der Ereignisse von Fatih Aydogdu und Sebastian Pumberger. Eine digitale Version finden Sie auf derStandard.at

1989



20. Jänner Der US-amerikanische Präsident **George H. W. Bush** wird nach der Wahl 1988 zum 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten ernannt.

6. Februar In **Warschau** trifft sich der **Runde Tisch** zum ersten Mal.

5. April Als eine Folge der Verhandlungen am **Runden Tisch** wird die Gewerkschaft **Solidarność** wieder erlaubt. Ihr Anführer **Lech Walesa** wird zur Schlüsselfigur in der Zeit des Umbruchs in **Polen**.

4. Juni Auf dem **Platz des himmlischen Friedens** in **Peking** verbietet das chinesische Regime ein Massaker und schlägt Proteste gewaltsam nieder.

4. Juni Erste demokratische Parlamentswahlen in **Polen**. **Tadeusz Mazowiecki** wird erster nichtkommunistischer Ministerpräsident.

2. Mai **Ungarn** beginnt mit dem Abbau seiner Grenzbefestigungsanlagen an der **Grenze zu Österreich**.

17. Juni **Österreich** beantragt die Aufnahme in die **EG**.

19. August Beim **paneuropäischen Picknick** wurden die Grenzen zwischen **Österreich** und **Ungarn** in der Nähe von **Sopron** für ein paar Stunden geöffnet. Mehr als **600 DDR-Bürger** nutzten diese Gelegenheit zur Flucht in den Westen.

2. Oktober Die **Montagsdemonstrationen** in **Leipzig** werden größer: **20.000 Menschen** demonstrieren.

7. Oktober **40. Jahrestag** der **DDR**. Die Regimeführung feiert mit einer Parade in **Ostberlin**. Es wird die letzte ihrer Art.

9. Oktober In **Leipzig** demonstrieren **70.000 Menschen**.

16. Oktober In **Leipzig** demonstrieren **120.000 Menschen**.

18. Oktober **Erich Honecker** tritt als Staatsratsvorsitzender der **DDR** und **SED-Chef** zurück. Ihm folgt **Egon Krenz** nach.

4. Dezember **Egon Krenz** und das **Politbüro** des **Zentralkomitees** der **DDR** treten zurück.

23. Oktober In **Leipzig** erhöht sich die Zahl von Demonstrierenden auf **300.000**.

11. September **Ungarn** öffnet die Grenzen. Über diesen Weg gelangen **DDR-Bürger** in den Westen.

30. September Tausende **DDR-Bürger** sind in die **Prager Botschaft** der **BRD** geflüchtet. Der deutsche Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** verkündet ihre Ausreise.

2. Oktober Große **Demonstration** auf dem **Alexanderplatz** in **Dresden**.

9. November In **Berlin** wird die **Mauer** geöffnet.

10. November In **Bulgarien** wird Staats- und Parteichef **Todor Schiwkow** gestürzt.

18. November Die **Volkskammer** der **DDR** wählt eine neue Regierung. Ministerpräsident wird **Hans Modrow**.

27. November **Helmut Kohl** präsentiert im Deutschen Bundestag den **10-Punkte-Plan** für eine **Wiedervereinigung** der deutschen Staaten. Am selben Tag beginnt in der **Tschechoslowakei** der **Generalstreik**.

7. Dezember Der tschechoslowakische Ministerpräsident **Ladislav Adamec** tritt zurück.

10. Dezember In der **Tschechoslowakei** wird eine mehrheitlich nichtkommunistische Regierung angebot. Der kommunistische Staatspräsident **Gustáv Husák** tritt am selben Tag zurück.

22. Dezember Der Dramatiker und Bürgerrechtler **Václav Havel** wird nach der **Samtenen Revolution** zum Präsidenten der **Tschechoslowakei** gewählt.

29. Dezember Das **Brandenburger Tor** in **Berlin** wird nach 28 Jahren wieder geöffnet.

An den **Runden Tischen** der Jahre **1989** und **1990** wurden die Übergangsbestimmungen hin zu einer demokratischen Gesellschaft ausgehandelt. Zunächst fanden Runde Tische in **Polen** statt. Vertreter der **Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei** (der polnischen Kommunisten), der Gewerkschaft **Solidarność**, der **katholischen Kirche** und anderer **gesellschaftlicher Gruppen** trafen sich in **Warschau**. Hier wurden die Bedingungen in der Übergangsphase hin zur Demokratie ausgehandelt.

Auch in **Ungarn** und **Bulgarien** gab es Runde Tische. In der **DDR** wiederum war der **Runde Tisch** ein eckiger. Der Namen blieb: Der **Zentrale Runde Tisch** trat am **7. Dezember 1989** erstmals zusammen, in

weiterer Folge wurden in der Übergangsphase bis zu den Kommunalwahlen am **6. Mai 1990** Runde Tische auf den verschiedensten Ebenen eingerichtet.

Der **Runde Tisch** aber wurde auch durch seine Form zum Symbol. Die Hierarchie eines rechteckigen Tisches ist nicht gegeben, die Vertreter sitzen optisch gleichberechtigt in einem Raum. Eine Vorsitzende oder ein Vorsitzender ist nicht erkennbar, der Kompromissansatz räumlich repräsentiert. An jenem

Tisch in **Warschau**, der heute im **Präsidentenpalast** steht, hatten **57 Personen** Platz und er hat einen Durchmesser von neun Metern.



Hans-Dietrich Genscher



Maueröffnung am Potsdamer Platz, Berlin, 1989



Willy Brandt

1990



15. Jänner In **Berlin** stürmen Demonstranten die Zentrale der **Staatsicherheitsbehörde** der **DDR**.

2. Februar Das **Zentralkomitee** der sowjetischen **KPdSU** gibt das **Machtmonopol** der Partei auf.

3. Februar In **Bulgarien** wird **Andrej Lukanow** Ministerpräsident.

11. März **Litauen** erklärt sich unabhängig.

14. März **Michail Gorbatschow** wird zum Präsidenten der **UdSSR** gewählt.

4. Mai **Lettland** erklärt sich unabhängig.

18. März In der **DDR** finden die ersten freien **Volkskammerwahlen** statt.

25. März In **Ungarn** wird gewählt. Es sind die **ersten freien Wahlen** seit **1945**.

30. März **Estland** erklärt sich zur **Republik**. Am **8. Mai** wird der baltische Staat unabhängig.

12. April **Lothar de Maizière** wird erster demokratisch gewählter **Ministerpräsident** der **DDR**.

8. Juni In der **Tschechoslowakei** finden die ersten freien **Parlamentswahlen** seit **1946** statt. Die **Bürgerbewegungen** gewinnen.

5. Mai In der deutschen Hauptstadt **Bonn** beginnen die **2+4-Gespräche**, die zur **Wiedervereinigung** der deutschen Staaten führen werden.

30. Mai Das frei gewählte **kroatische Parlament** tritt erstmals zusammen. **Franjo Tudjman** wird erster kroatischer Präsident.

1. Juli In der **DDR** tritt die **Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion** der beiden deutschen Staaten in Kraft. Die **D-Mark** löst die **Mark der DDR** ab.

31. August Der **Einigungsvertrag** wird in **Berlin** unterzeichnet.

12. September In **Moskau** wird der **2+4-Vertrag**, der die **Wiedervereinigung** der deutschen Staaten besiegelt, unterzeichnet.

3. Oktober Die **deutsche Wiedervereinigung** wird vollzogen.

7. Oktober In **Österreich** finden **Nationalratswahlen** statt. Die **SPÖ** ist stimmenstärkste Partei. Kanzler bleibt **Franz Vranitzky**.

2. Dezember **Deutsche Bundestagswahlen**. **Helmut Kohl** bleibt **Bundeskanzler** – auch im wiedervereinigten Deutschland.

23. Dezember **Lech Walesa** gewinnt die **Präsidentenwahlen** in **Polen**.

9. Dezember In einem Referendum entscheiden sich **95 Prozent** in **Slowenien** für die **Loslösung** von **Jugoslawien**. Die **Unabhängigkeit** wird am **25. Juni 1991** erklärt.

12. Juni In **Russland** wird zum ersten Mal ein **Präsident** direkt von der Bevölkerung gewählt. **Boris Jelzsin** gewinnt die Wahl.

1. Juli **Auflösung des Warschauer Paktes**. An diesem Tag finden in **Albanien** die ersten freien Wahlen statt.

Als der **Eisenerne Vorhang** sich lichte, begann die Phase der europäischen **Integration** und **Neuordnung** – sie ist bis heute nicht abgeschlossen. Dies wird gerade im Jahr **2014** allzu deutlich. Die **Staaten Jugoslawiens** zerfielen und bekriegten sich in den **1990er-Jahren**. Einige **Staaten des Warschauer Paktes** wandten sich der **europäischen Union** zu. Insgesamt **acht Staaten** wurden am **1. Mai 2004** in die **EU** aufgenommen, **Bulgarien** und **Rumänien** folgten **2007**. Die **Staaten des Westbalkans** streben eine **EU-Mitgliedschaft** an. Andere **Staaten der ehemals sowjetisch dominierten Einflussphäre** neigen nach wie vor oder wieder Richtung **Moskau** – oder sind dazwischen gefangen. Die **Spannungen** zwischen den westlichen **Nato-** und **EU-Staaten** und **Russland** verstärken sich **just 25 Jahre** nach der **Wende**: In der **Ukraine** wird auch um die **Orientierung** des Landes und die **Ordnung** in Europa gekämpft. Im **Ukraine-Konflikt** steht auch das **Erbe** der **Revolutionen** von **1989** auf dem **Spiel** – und die **Stabilität** Europas.



Europa vor 1989
Politische Konstellation Europas während des Kalten Krieges und der Zeit des Eisernen Vorhangs

- UdSSR
- Sowjetischer Einflussraum
- Übrige sozialistische Staaten
- Nato-Staaten
- Übrige prowestliche Staaten
- Neutrale Staaten

„Liebe Landsleute, wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise (tausendfacher Aufschrei und Jubel) ... in die Bundesrepublik Deutschland möglich geworden ist.“

„Das Staatsvolk der DDR geht auf die Straße, um sich als Volk zu erkennen. Und dies ist für mich der wichtigste Satz dieser letzten Wochen – der tausendfache Ruf: Wir – sind – das – Volk!“

„Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.“

„Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“

„Gefahren warten nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren.“

„Durch eine gemeinsame Anstrengung wird es uns gelingen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt.“

Der deutsche Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** in der **Prager Botschaft** am **30. September 1989**

Die Schriftstellerin **Christa Wolf** am **Berliner Alexanderplatz**, **4. November 1989**

Günter Schabowski, Mitglied des **Politbüros** der **DDR** und **ZK-Sekretär**, zu Änderungen bei **Privatreisen** am **9. November 1989**. Seine Äußerungen leiten den Fall der **Berliner Mauer** ein.

Willy Brandt, **Westberliner Bürgermeister** zur Zeit des **Mauerbaus** und ehemaliger **deutscher Bundeskanzler**, im **November 1989** vor dem **Brandenburger Tor**

Michail Gorbatschow, **Generalsekretär** des **Zentralkomitees** der **Kommunistischen Partei der Sowjetunion**, **1989** in **Berlin**.

Der deutsche Bundeskanzler **Helmut Kohl** im **Juli 1990** über die **Zukunft** der neuen **Bundesländer** in **Deutschland**

Politische, praktische und lukullische Ost-Hinterlassenschaften

2

Tage dauerte der außerordentliche Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), bei dem am 8. und 9. Dezember 1989 in Berlin unter anderem ein Antrag auf Selbstauflösung zur Abstimmung kam. Er fand keine Mehrheit, dafür fand die SED einen neuen Vorsitzenden: Rechtsanwalt Gregor Gysi. An denselben Tagen fand auch ein EG-Gipfel in Straßburg statt, bei dem erstmals das Recht der Deutschen auf eine „Einheit durch freie Selbstbestimmung“ akzeptiert wurde. Viele tschechische Bürgerinnen und Bürger nutzten den 8. Dezember 1989, einen Freitag, zum Einkaufsbummel in Wien.

Konzept, Foto: Lukas Friesenbichler, Simon Klausner // Originalfoto: Rudolf Samotan



Wie die „Kummerln“ überlebten

Die KPÖ, damals eine der reichsten kommunistischen Parteien Europas, erlebte den Mauerfall „wie den Entzug eines religiösen Glaubens“, erinnert sich eine Ex-Vorsitzende. Unbeschadet und sogar erfolgreich werken heute nur mehr die steirischen Genossen.

Irene Brickner
Colette M. Schmidt

Für die Parteimitglieder sei es wie der Entzug eines religiösen Glaubens gewesen nach dem unerwarteten Zusammenbruch der weltlichen Institutionen, sagt Susanne Sohn. „Auch ich war sprachlos, vor allem weil es in der DDR so schnell ging“, erinnert sich die Journalistin, die nach dem heißen Herbst 1989 von Jänner 1990 bis zu ihrem Parteiaustritt im März 1991 mit Walter Silbermayr der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) vorstand.

Der Glaube habe in der scheinbaren Gewissheit bestanden, „dass der Übergang vom Kapitalis-

mus zum Sozialismus und von diesem zum Kommunismus sicher sei“, schildert die heute 71-Jährige. Angesichts des Realitätsschocks habe Silbermayr sie als Ko-Vorsitzende vorgeschlagen und eine „Diskussion ohne Tabus“ gestartet. „Das war naiv, weil unmöglich“, bilanziert Sohn.

Denn nach Jahrzehnten eingefleischter Geheimhaltungspolitik im Parteiapparat habe sich dieser jeder Änderung erfolgreich widersetzt. Diesbezüglich als besonders ablehnend hat die Exparteichefin „die Genossen in der Steiermark“ in Er-

innerung, deren Nachfolger heute als Einzige politisch reüssieren.

Die Öffnungsverweigerung, so Sohn, habe aber nicht nur die Ideologie betroffen. Auch über die Finanzen – die KPÖ war eine der reichsten kommunistischen Parteien des Westens – habe sie nie Aufschluss erhalten. Und eine von Silbermayr und Sohn an der Parteizentrale in Wien angebrachte Tafel, die an die in der UdSSR getöteten österreichischen

Schutzbündler erinnerte, sei „wenige Tage nach unserem Abgang wieder weg gewesen“.

Das Ende der DDR überlebte die KPÖ Steiermark unbeschadet. Sie schrieb sogar Erfolgsgeschichte. Die Grazer Wohnungs-

stadträtin Elke Kahr (52) schaffte 2013 mit 20 Prozent Platz zwei – fast der Spitzenwert von 21 Prozent ihres Vorgängers Ernest Kaltenegger. Im Grazer Gemeinderat saß die KPÖ seit 1945 immer, seit 1998 auch im Stadtsenat. Wohnen ist in Graz Kernthema. Auch auf Bezirksebene, im Landtag und in anderen steirischen Gemeinden sind die „Kummerln“ mit insgesamt 71 Mandaten fest im Sattel.

An die Jahre der „Geheimhaltungspolitik“ erinnert sich auch Kahr, die Sohn „immer sehr schätzte“. Aber „gerade wir Steirer haben auf eine Offenlegung der Parteifinanzen gepocht. Da hatte nur ein kleiner Zirkel in Wien Zugriff.“ Das sei bis heute ein Grund, warum es „nur eine friedliche Koexistenz mit den Wienern“ gebe. Seit 2001 haben die Steirer ihr eigenes Parteiprogramm.

Das steirische Erfolgsrezept ist laut Landtagsklubchefin Claudia Klimt-Weithaler (43): „Kein Problem ist uns zu klein, und wir sind viel auf der Straße, sonst hätten wir nicht 20.000 Unterschriften zur Pflegeregressabschaffung gesammelt.“ Auch der Gehaltsverzicht aller Mandatäre zugunsten eines Sozialfonds – Klimt-Weithaler nimmt etwa nur 2200 ihrer 5000 Euro Nettolohn – bewahre davor, sich „von der arbeitenden Bevölkerung zu entfernen“.

1989–2014
DIE NEUE
AMORDNUNG

Mauerfallkind

Es war Donnerstag, der 9. November 1989, in Westdeutschland. Draußen herbstlich kalt, meine Mutter hochschwanger. Mein Vater, gerade sein zweites Staatsexamen hinter sich und ein Bier in der Hand, klebte vorm Fernseher. Stuttgart spielte gegen den FC Bayern. Dieser Fußballabend sollte nicht nur das Leben meiner Eltern, sondern ganz Deutschlands verändern.

Im Laufe des Spiels begann eine Einblendung am unteren Bildschirmrand entlangzulaufen: Die Mauer sei offen. Reisefreiheit ab Mitternacht. Mein Vater staunte, meine Mutter stöhnte – die Wehen hatten eingesetzt. In der ARD verzögerten sich die *Tagesthem*, die Wehenabstände dagegen wurden immer kürzer.

„Es ist ein historischer Tag“, sagte der Nachrichtensprecher, „Die Tore in der Mauer stehen weit offen.“ Bis zu dieser Nacht hatten meine Eltern immer in einem geteilten Land gelebt. Mein Vater legte eine Videokassette in den Recorder, um das Wunder festzuhalten, meine Mutter veratmete den Schmerz.

Das Band, gewissenhaft beschriftet mit „Geburt“, zeigte mir in späteren Jahren jubelnde Osis, die die Berliner Grenzübergänge fluteten, tanzende Menschen auf der Mauer. Als die Fruchtblase platzte, flackerten in den Fenstern der Stadt immer noch die Fernsehbilder, viele blieben wach. Die Welt feierte in diesen Morgenstunden des 10. November den Mauerfall, meine Eltern mich. *Anja Melzer*

MEIN
'89

Es war nicht alles schlecht: Was vom Osten übrig blieb

Ost-Produkte? Ihhhh! Dieser Meinung war man nach 1989 nicht nur im Westen. Auch die Bürger der DDR wollten zunächst von der eigenen Ware nichts mehr wissen und nach dem Motto „Test the West“ endlich die lange entbehrten West-Produkte ausprobieren.

Doch irgendwann kam mit „Kost the Ost“ die Gegenbewegung. Viele merkten: Es war nicht alles schlecht im Osten. Rotkäppchen-Sekt ist das bekannteste Produkt, dem der Sprung ins wiedervereinigte Deutschland gelungen ist. Nicht nur das. Die Sektmarke aus dem sachsen-anhaltinischen Freyburg hat auch bekannte West-Marken wie Mumm und MM geschluckt und ist zur größten Sektellerei des Landes aufgestiegen.

Auch das Waschmittel Spee hat hohe Bekanntheit im Westen. Aber ein echtes Ost-Produkt ist es nicht mehr. Das ehemalige „Ost-Persil“ wurde vom Düsseldorfer Henkel-Konzern gekauft und wird seit 2009 ausschließlich am rheinischen Stammsitz produziert.

Vor Ort hergestellt wird hingegen noch die traditionelle Spreewaldgurke. In Honig, Knoblauch oder Senf gelegt – das brandenburgische Essiggurkerl kommt zuerst in Gläser, dann in den Westen. Dort kennen nicht alle, aber viele mittlerweile auch „Nudosi“, die Nutella des Ostens, sowie die Halloren-Kugeln – süße Kugeln aus der ältesten Schokoladenfabrik Deutschlands in Halle an der Saale.

Doch auch andere Ost-Länder hatten kulinarisch etwas zu

bieten. In der STANDARD-Redaktion erinnert man sich an einen streng westlich orientierten Onkel, der 1988 begann, nach Ungarn zu pendeln, um dort westliche Damenkleidung an „arme Ungarinnen“ zu verteilen. Im Gegenzug brachte er stangenweise ungarische Salami mit – nicht die elegante dünne, sondern die etwas bunkerte, extra in Plastik verpackte mit der Banderole in den ungarischen Nationalfarben. Auch Gänseleberpastete und jede Menge Paprika fanden so ihren Weg in den Westen.

Dass auch nicht Essbares erhaltenswert war, zeigt in Deutschland heute noch der grüne Pfeil. Ist dieser neben einer roten Ampel zu sehen, darf der Autofahrer auch bei Rot abbiegen, wenn er niemand anderen gefährdet. Überlebt hat der grüne Pfeil, weil er nach der Wiedervereinigung in der DDR nicht rechtzeitig von allen Ampeln entfernt wurde. Mittlerweile ist er Bestandteil der bundesdeutschen Straßenverkehrsordnung.

Die Antwort des Individuums auf die Arroganz des Apparates, der im Ostblock nur sehr schmale und damit leicht zu verstopfende Abflussrohre vorsah, war das Abflusssieberl aus weißem Plastik.

Plötzlich tauchte es auf, an halb oder ganz illegalen Verkaufsständen, und es fand reißenden Absatz. Seine Erfinder müssen ihr Heldentum in der Anonymität fristen, können sich aber damit trösten, dass ihre Kreation auch den Weg in den Westen gefunden hat. (bau, afs, stui, jk)

Fotos: Picturedesk (2), Fotolia

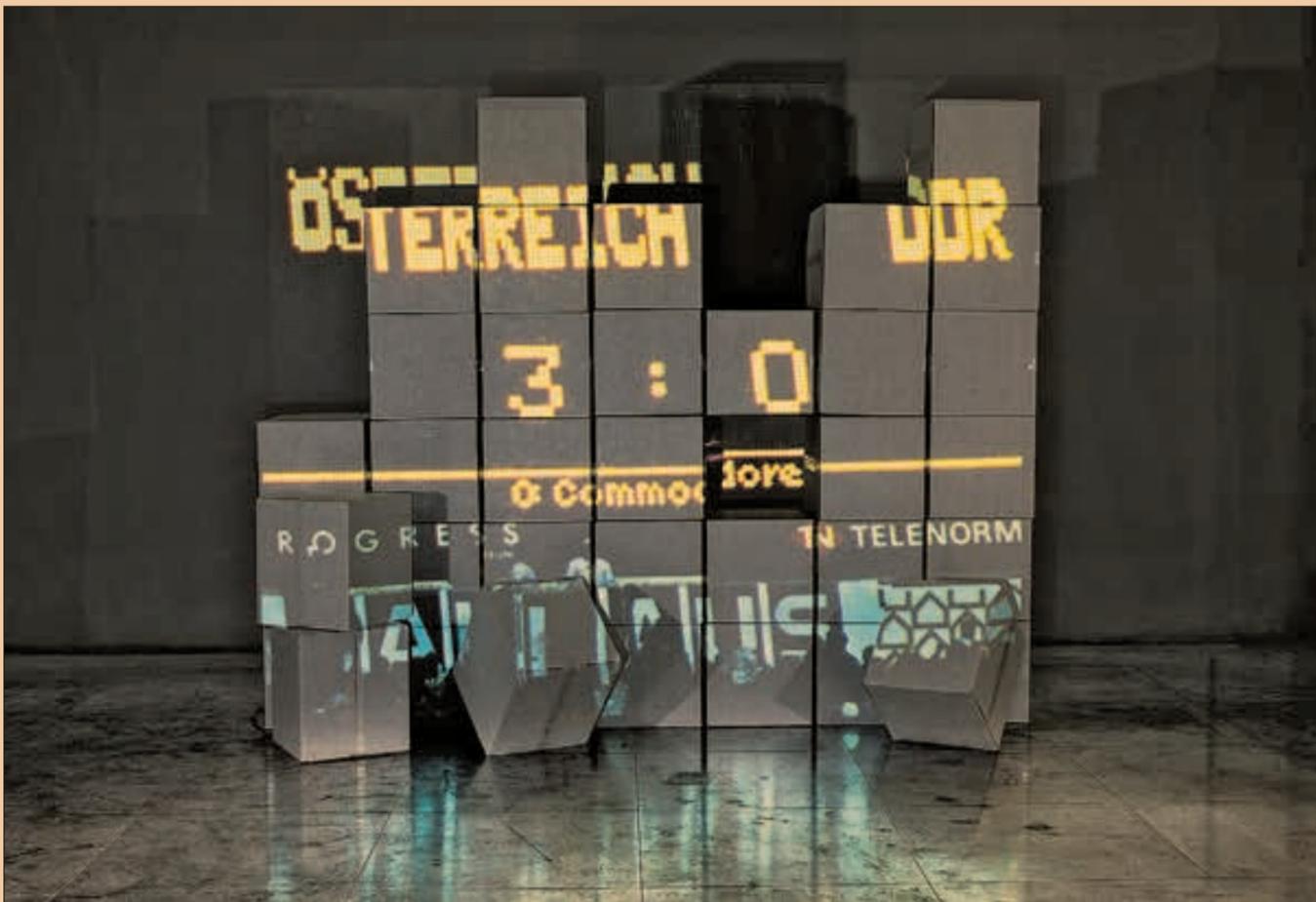


Auf den Bolzplätzen abseits der großen politischen Balzplätze

6

...mal trafen die Nationalteams der DDR und Österreichs aufeinander. Die Bilanz (1:4:1) ist ausgeglichen – dank des allerletzten WM-Qualifikationsspiels, das die DDR bestritt. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 war die Berliner Mauer gefallen. Anton Polster war also am 15. November ein unmittelbarer Wendegewinner, als er in Wien den ostdeutschen Kickern allein ein qualifizierendes 0:3 bescherte. Österreich wurde Zweiter hinter der UdSSR. Ihr allerletztes Spiel bestritt die DDR ein knappes Jahr später, am 12. September 1990 gegen Belgien. Die DDR siegte 2:0. Beide Tore erzielte der heutige Bayer Matthias Sammer.

Konzept, Foto: Lukas Friesenbichler, Simon Klausner // Originalfoto: Votava



Der kurze Weg vom 0:3 in die neue Zeit

Das Jahr der großen Wunder ist in den Jahren davor mit vielen kleinen Wundern angekündigt worden. Nicht nur in Wien. Nicht nur auf der Bühne und im Stadion. Dort aber halt auch. Zum Beispiel beim 3:0-Sieg der grandiosen Ungarn 1985 in Wien.

Wolfgang Weisgram

Wenn die Geschichte sich einmal die Weichen neu und noch dazu zum Guten gestellt hat, dann sind im Handumdrehen auch die Weichensteller da, die das Ganze als eigenes Verdienst ins historische Hauptbuch reklamieren. Das Jahr 1989 war diesbezüglich ein Paradebeispiel. Wer da nicht aller Schuld daran gewesen ist! Vom US-Präsidenten Ronald Reagan, der den Ostblock totgerüstet, bis zum polnischen Papst Johannes Paul II., der ihn gesundgebetet hat.

Ganz falsch ist das ja nicht. Es wäre nur auf ärgerliche Weise unvollständig, würde man es dabei

belassen wollen. Historische Bewegungen werden ja von unzähligen Menschen angetaucht, herbeigeredet, auf zielstrebige Umwege geleitet. Alle, die das achte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts bewusst miterlebt haben, werden sich an kleine, oft periphere Ereignisse erinnern können, in denen das noch ferne Jahr 1989 schon rumorte. Gedämpft zwar und dadurch verzerrt, aber jedenfalls retrospektiv unmissverständlich.

Magyarisches Heimspiel

Bei einigen dieser Ereignisse ist freilich schon im Augenblick klar gewesen, etwas Außergewöhnlichem beigewohnt zu haben. Am 17. April 1985 zum Beispiel im

Hanappi-Stadion gegen Ungarn. Das hat ein wunderbares Team in die WM-Qualifikation für Mexiko 1986 geschickt: Márton Esterházy, Tibor Nyilasi, József Kiprich erzielte in Wien zwei, Lajos Détári ein Tor. Aber nicht die Deutlichkeit des 3:0 war das Außergewöhnliche, sondern dass es fast wie ein Heimspiel für Ungarn gewesen ist. Von den 20.000 Zuschauern kam beinahe die Hälfte von hinter dem Eisernen Vorhang. Und hinter den kehrten sie dann – siegestrunken – auch anstandslos zurück. Ein Wunder!

Eines, das sich nun sukzessive und an allen Ecken und Enden beschleunigen sollte bis hin ins „annus mirabilis“. Die Fanfahrt nach Hütteldorf war sozusagen ein kleiner Finger. Zum Dank wollte man gleich die ganze Hand. Zuerst bloß spielerisch: im Fußball und in dessen erlebnisbezoglicher Wurzel, dem Theater.

Vieles von dem, was sich im so geschlossen wirkenden Ostblock tat, kreuzte sich ja in Wien. Und zuweilen verknüpfte es sich auch. Einer dieser Knotenpunkte war das Theaterbrett, das Nika Brettschneider und Ludvik Kavin den Wienern geschenkt haben als Fenster und Tür zum weiten Land hinterm Eisernen Vorhang. Die beiden Brüner waren Unterzeichner der vom späteren Präsidenten Václav Havel federführend redigierten Menschenrechtscharta 77, in der CSSR etwas Strafbares. Brettschneider und Kavin gründeten mit dem erst vuzierenden, dann bis heute in der Wiener Münzwardeingasse heimischen Theaterbrett nicht bloß eine Bühne, sondern auch einen Treffpunkt für untergrundige Gruppen aus dem real existierenden Sozialismus.

So kam in den 1980er-Jahren auch eine Budapester Pantomimentruppe nach Wien – in eine Stadt, die damals erst begonnen hat, auch in Forint zu rechnen.

Man darf nicht vergessen, dass das Technologieembargo der USA und ihrer Verbündeten über der

sozialistischen Welt hing. Menschen mit gültiger Ausreisewilligung führen also mit Adressen versteckter, für den östlichen Markt sortierter Computergreißler nach Wien. Mit der Schilling-Gage arbeitete man dann die in Budapest erstellte Einkaufsliste ab und vervielfachte sich so das Honorar.

Die erwähnte Pantomimentruppe, Artus hieß sie, tat sich – nicht aus diesen Gründen, aber diese Gründe no na nützend – 1986 mit einer Wiener Partie zusammen. Als „Tanz- und Springtheater“ war man 1987 Teil des „Heftigen Herbst“, den die damalige Kulturstadträtin Ursula Pasterk als „Festival der freien Gruppen“ ins Leben gerufen hatte. Oftmaliges Hin- und Hermüssen brachte schließlich eine permanente Reiseerlaubnis. Und die Sache verdichtete sich zur Gewohnheit. Ungarn gehörten in Wien allmählich ohnehin schon zum Stadt-, mit Artus dann auch erstmals wie selbstverständlich auch zum Bühnenbild.

In dieser Zeit – Eme-se Hunyady trug sich mit dem Gedanken, Österreicherin und dann als solche Eisschnelllauf-Olympiasiegerin zu werden – begannen an den alten Wundlinien auch die Interna des Ostblocks hierzulande sichtbar zu werden. Die bis dahin so uniform wirkenden Länder zeigten Konturen. Und – gerade Ungarn – Ellbogen. Am ökologisch zweifellos ganz besonders irrwitzigen Donaukraftwerkprojekt Gabčíkovo-Nagymaros riskierte schon die sozialistische Regierung, getragen vom allmählich wieder erwachenden Magyarismus, einen offenen Bruch mit der Tschechoslowakei – einen Bruch, der tief im bis heute gärenden ungarisch-slowakischen Missverhältnis wurzelt. 1989 wurde das ungarische Dammprojekt endgültig gestoppt. Gabčíkovo wurde 1992 eröffnet; ein Jahr bevor sich die Slowakei von Tschechien trennte. Da gab es die wunderbare ungarische 86er-Mannschaft – ein verwehender Gruß der „arany

csapát“ der 1950er-Jahre – längst nicht mehr.

Am 15. November 1989 erkämpfte Österreich in Wien mit einem 3:0 gegen die DDR ein Ticket für die WM 1990 in Italien. Die Ostdeutschen hatten da ihren Kopf klarerweise ganz woanders. Nämlich in Berlin, wo ein paar Tage vorher das ganze Jahrzehnt im Mauerfall kulminierte war.

Neue Zeit

Die WM 1990 in Italien war dann eher nicht so erfolgreich. Teamchef Josef Hickersberger war gleichwohl unverdrossen zuversichtlich fürs Kommende – und für den Auftakt in die EM-Qualifikation sogar guter Dinge. Dieser ereignete sich am 12. September 1990. Es ging gegen die Färöer, eine nordatlantische Inselgruppe, von der nie zuvor jemand etwas gehört hatte. Österreich fand einen neuen Angstgegner.

Eine neue Zeitrechnung begann. Nicht nur, aber eben auch.

Good bye, Lenin

Hinterm Heldenplatz, an der Budapester Dózsa György út, wo der Arbeiter- und Bauernstaat zu defilieren pflegte, stand er: bronzen, vier Meter groß. Die rechte Hand steckt – eher nachlässig als lässig – im Mantelsack, die linke zerknüllt die Kopfbedeckung. Nichts Martialisches. Veronnen neigt er den Kopf.

Ich habe ihn zuweilen besucht. Wo die Délibáb utca auf die Dózsa György út trifft, stellte ich mich hin, blickte Lenin in die Augen. Und seit ich erfahren hatte, was Délibáb heißt, hielt ich sogar Zwiesprache mit ihm. Denn délibáb nennen die Ungarn, wozu wir Fata Morgana sagen. Und dorthin, ins délibáb, schaute er!

Jetzt, Anfang Juni 1989, war er plötzlich weg, der so unleni-

nistisch dastehende Lenin. Mein Lenin! 1965 haben sie ihn hier aufgestellt anstelle des bei der Revolution 1956 ritualgemordeten Stalin. Am 16. Juni sollte Imre Nagy, der hingerichtete Revolutions-Ministerpräsident, wiederbestattet werden.

Hunderttausende wurden erwartet. Wer weiß, was die vorhaben mit dem Lenin?

Da hatte dann wer eine Idee, Ende Mai 1989. Dringend müsse er zum Putzen, so an-

geschissen sei er schon. Und daran war viel Wahres. Verschwunden ist mein Lenin freilich nicht. Heute steht er, mit vielen anderen Lenins, im Budapester Szoborpark. Als Memento mori für alle, die ein Délibáb für bare Münze nehmen. Und deren gibt es wieder jede Menge. Wolfgang Weisgram

MEIN '89

1989–2014
DIE NEUE
ANORDNUNG

1994 holte Emese Hunyady Olympia-Gold für Österreich. Eislauen gelernt hat sie in Budapest. Hinterm Lenin. Foto: Picturedesk/Titzler

Schwarz und Weiß gilt nicht mehr

Das Schachbrett ist nach 1989 bunt geworden, gespielt wird rund um die Welt. Von ruf & ehn

1972 war die Welt noch in Ordnung. In Reykjavík besiegte Bobby Fischer, der erste Popstar der Schachgeschichte, den russischen Weltmeister Boris Spasski. Eine Lichtgestalt aus Brooklyn, die hell brannte, hatte im Alleingang, so die gängige Meinung, ein System der Dunkelheit mattgesetzt. Dass es in Wahrheit mit der Unterscheidung von Licht und Dunkel nicht weit her war, dass der sympathische Künstler und coole Bohemien eher Spasski hieß und Fischer ein düsterer, antisemitischer Paranoiker war, war nicht weiter wichtig: Der Kontrast gewährte Orientierung wie die schwarzen und weißen Felder auf dem Schachbrett. In den Siebzigerjahren konnten noch Wettkämpfe wie „UdSSR gegen den Rest der Welt“ veranstaltet werden, sowjetische Spieler räumten regelmäßig die bedeutendsten Turniere des Jahres ab. Für die einen war das ein Beleg für die Überlegenheit des wissenschaftlichen Sozialismus, für die anderen ein Grund, Schach nicht ganz so toll zu finden.

**1989-2014
DIE NEUE
UNORDNUNG**

Nach 1989 ist das Schachbrett der Welt bunt geworden. Heute ist ein junger Norweger Weltmeister, der demnächst seinen Titel gegen einen Inder verteidigen wird. In der Weltspitze beginnt eine Riege junger, nach 1989 geborener Großmeister zu dominieren, unter anderem aus Italien, Frankreich und von den Philippinen. Und niemand hätte gedacht, dass China – noch vor zwei Jahrzehnten im besten Fall Entwicklungsland im Schach – 2014 Olympiasieger wird. Die Sil-

bermedaille gewann Ungarn, mit der groß aufspielenden, kurz danach leider zurückgetretenen Judit Polgar im Zentrum des (Männer-) Teams. Auch die Ordnung der Geschlechter ist also keine verlässliche Variante mehr im Schachspiel. Und das ist gut so.

Ein letzter, kurioser Triumph der alten Ordnung ereignete sich 1995. Die zehnte Fernschacholympiade war 1987 begonnen worden. Fernschach ist eine etwas entrückte Welt der Langsamkeit – die Partien werden per Brief gespielt. Durch die Trägheit der russischen Post ver-

gingen zwischen den Zügen mitunter Wochen. Das Turnier und seine Organisation überstanden den Zusammenbruch der Sowjetunion, das Ende des Warschauer Paktes und den Fall der Berliner Mauer. Am Ende platzierten sich neben England mit der Sowjetunion, der DDR und der Tschechoslowakei drei Nationen an der Spitze, die zum Abschluss des Turniers politisch nicht mehr existierten – ein bizarres Nachbild der Zeitgeschichte.

Die Fernpartie des Jahres 1989 wurde im Übrigen zwischen zwei Unbekannten quer über den Globus gespielt: Manfred Neumann aus der DDR traf auf Grant Lambert aus Australien.

**Neumann – Lambert
Fernpartie 1987/90**

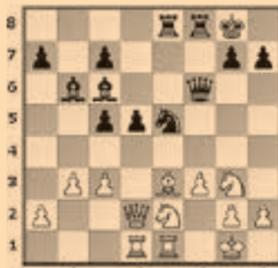
1.e4 e5 2.Sf3 Sc6 3.Lc4 Sf6 4.d4 Im berühmten Zweispringerspiel öffnet Weiß sofort das Zentrum, anstatt sich mit 4.Sg5 auf ein Abenteuer einzulassen. **4... exd4**



Auf der Suche nach Ordnung auf dem Schachbrett wie in der Politik: Regisseur Steve Zaillian widmete 1993 dem „Königsspiel“ den Film „Searching for Bobby Fischer“.
Foto: RSA

5.e5 Nach 5.0-0 kann Schwarz versuchen mit 5... Lc5 6.e5 d5 den Bd4 zu verteidigen oder mit 5... Sxe4 die Partie in eine ganz andere Bahn zu lenken. **5... d5** Am besten. **6.Lb5 Se4 7.Sxd4 Lc5** Dieser scharfe Zug hat das ältere 7... Ld7 abgelöst. **8.Le3** Natürlich geht 8.Lxc6 + ? bxc6 9.Sxc6 wegen 9... Lxf2 + nicht. **8... Ld7 9.Lxc6 bxc6** Schwarz hat zwar das Läuferpaar, doch auch zersplitterte Bauern am Damenflügel. **10.0-0 De7 11.Te1** Deckt wegen der Drohung f2-f3 indirekt den Be5. **11... 0-0 12.f3 Sg5 13.Sd2** Damals ein neuer Zug, bekannter sind 13.f4 oder 13.Dd2. **13... f6** Strebt nach sofortiger Befreiung seines Spiels. **14.exf6!?** Öffnet dem Schwarzen Angriffslinien und gibt den Raumvorteil auf. Subtiler war 14.S2b3 Lb6 15.e6!, während auf 14... Lxd4 15.Lxd4 fxe5 16.Txe5 folgt. Ein Fehler wäre auch 14... fxe5? 15.Sxc5 Dxc5 16.Se6. **14... Dxf6 15.c3 Tae8** Schon steht Schwarz deutlich besser. **16.Sf1** Ein Verlegenheitszug, stärker war noch

immer 16.S2b3. **16... Lb6 17.Dd2 Sf7!** Der Springer strebt nach e5, von wo er kaum ohne Schaffung weiterer neuer Schwächen vertrieben werden kann, während sein weißer Kollege auf d4 jederzeit durch c6-c5 gefährdet ist. **18.Tad1 Se5 19.b3 c5 20.Se2 Lc6 21.Sfg3**



21... Dxf3!! Der Einbruch des Außerirdischen! Schwarz opfert die Dame, nicht jedoch, um sie zurückzugewinnen, sondern um den weißen König mattzusetzen. **22.gxf3 Sxf3 + 23.Kg2 d4!** Öffnet alle Schleusen und begnügt sich nicht mit dem schönen 23... Sxd2. **24.Dc1 Sxe1 + ?!** An diesem Zug erkennt man, dass Computer damals noch keine

wichtige Rolle spielten. Heute spuckt das Schachprogramm Houdini in Sekundenbruchteilen ein Matt in acht Zügen aus: 24... Sg5 +! 25.Se4 (25.Kg1 Sh3 matt) 25... Txe4 26.Sf4 Texf4 + 27.Kg3 Tf3 + 28.Kg4 Ld7 + 29.Kxg5 h6 + 30.Kh5 Th3 + 31.Kg6 Lf5 matt. **25.Kg1** Auch 25.Kh3 führt nach 25... Ld7 + 26.Kh4 Sf3 + zum baldigen Matt. **25... Sf3 + 26.Kf1 dxe3** Das Mattnetz wird geflochten. **27.c4** Das Ende noch etwas hinausgezögert hätte 27.Sg1. **27... Sxh2 + 28.Ke1** Oder 28.Kg1 Tf2 mit Matt in Kürze.



28... Tf1 + ! Die Schlusskombination. **29.Sxf1 Sf3** und Matt durch einen einzelnen Springer.



Ganz leicht 2210
Weiß zieht und setzt in zwei Zügen matt.



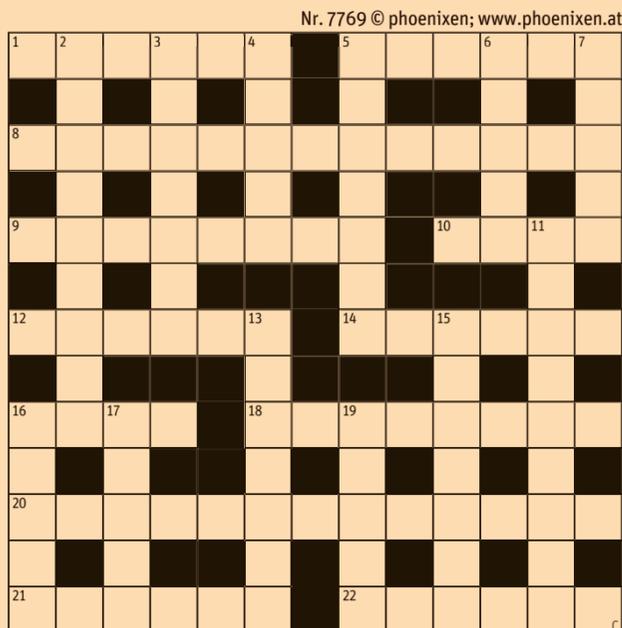
Ganz schön 2211
Weiß zieht und setzt in drei Zügen matt.



Ganz schön schwer 2212
Weiß zieht und setzt in vier Zügen matt.

Lösungen:
2209 (Vorwoche): 1.Tdd4!! Dd7 Oder 1... Kh3 2.Lg8 + Kh2 3.Tf4 + Dxf4 + 4.Tf4 matt (Walter Mummie, Die Schwalbe 1932).
2210: 1.Se1! Sd4 Oder 1... S/befiebig 2.Sf3 matt bzw. 1... Kd4 2.Dc5 matt. **2.Sd3** matt.
2211: 1.Lh8!! Kd7 Oder 1... Kc7 2.Dc2 + Kd6 (2... Kd7 3.Dh7 matt) 3.Dc6 matt. **2.Da1 Kb7 3.Dd7** matt (Heinrich F. Meyer, Kongress des westl. Schachbundes 1862)

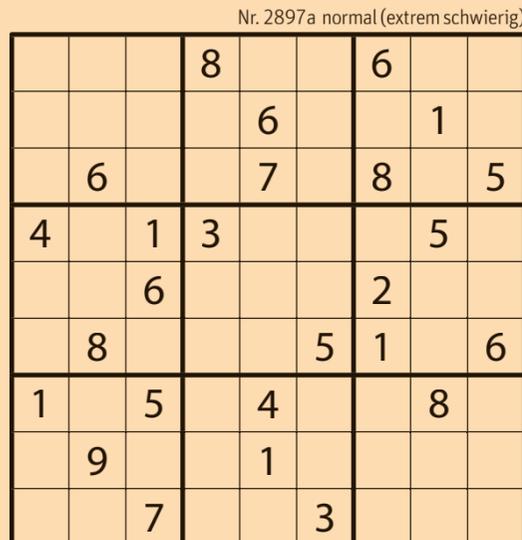
STANDARDRÄTSEL derStandard.at/Raetsel



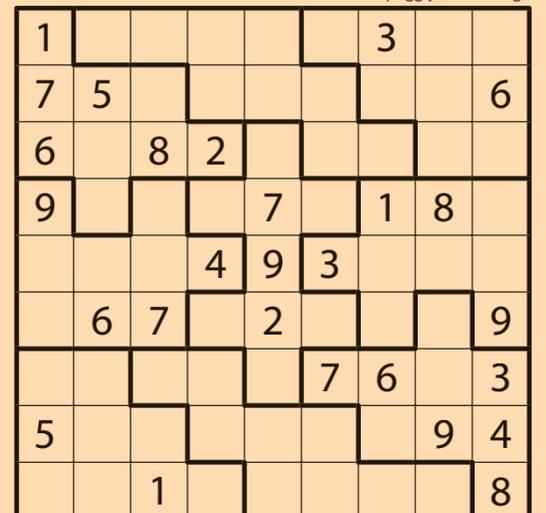
Waagrecht: **1** Über seinen Sattel kannst du die Herberge ansteuern **5** Dass er fürs Germ-anistikstudium von Vorteil ist, davon haben wir einen Wasserdunst **8** Die Erfordernis Muss ja zu Prämissverständnissen führen **9** Lädt sie dich zum Invernessen ein, darfst du nicht ost-wärts fahren **10** Dass er aus einem Ei mit Pseudodotter schlüpfte, wurde mit (k)einem Aussterbenswörtchen erwähnt **12** Wie geh ich mit dem haupt-sächlichen Auswuchs um? **14** Mustergültiger Fetzen: Wodka-riert war wohl der Stoff, / mit dem der Schneider sich - **16** Was schrieb 9 waagrecht einmal in die Annonce? **18** Ists zu billigen, für den Erlenbau was hinzublättern? **20** Vom äußerst hochgeschätzten Publikum gehypt? **21** Gilt unter SelbstdarstellerInnen als super Auffangbecken aus dem Porzellanladen **22** Sie ist ein Anreiz, die Acque Alto Adiges anzuschauen **Senkrecht:** **2** Die Erben lock ich an, ehe sich die Fassade verkümmeln kann? **3** Als solche löste Penthesilea Papageisterung aus? **4** Lange nicht bei der Stange: Man hat den Schluckspecht sehr vermisst, / weil niemand sonst die Fahne - **5** Go gilt die Zusage zum Einfaschen als

fix (bitte von unten aufwickeln!) **6** Was Hades in Hellas, war er als Himmel-Hund in Herculaneum? **7** Ob die Logen in der Scala aus Stradivaribogenholz geschnitzt sind? **11** Über sie kann man bei Auseinandersetzungen abweichender Ansicht sein (Ez) **13** So kommt dir die Audienz im Pianobeisl zu Ohren? **15** Dass sie die Kirchenspitzen wegwehen, finden wir bö-se **16** Ach, Storchenort im Burgen-oder Insel im Göteborgerland! (1-2 Wörter) **17** Gehört für Pascal fortran ebenfalls zum Basic-Wissen des Programmierens **19** Vor Austria wirst du damit von einem Weinviertel nieder einmal nicht ganz high?
Rätselaufklärung Nr. 7768 vom 5. September 2014:
W: 1 KUMMER 4 EDIKTE 9 OSLIP 10 IMPFUNG 11 SUDEL 12 WUEHLEN 13 BESA-ENFTIGT 18 SCHLAFF 20 HEIDE 21 MINOGUE 22 DOSIS 23 STIMME 24 MAGNUM **S:** 1 KLOPSE 2 MELODIE 3 ERPEL 5 DEPPERT 6 KRULL 7 EUGENE 8 EINWAND-FREI 14 AMALGAM 15 GRINSEN 16 ASOMAS 17 PENSUM 19 HANOI 20 HEDDA

SUDOKU



Spielregeln: Das Rastergitter ist so auszufüllen, dass die Zahlen von 1 bis 9 nur je einmal in jeder Reihe, in jeder Spalte und in jedem umrahmten Kästchen (beziehungsweise in jeder Diagonale beim X-Sudoku) vorkommen. Die Auflösung erscheint im nächsten STANDARD und im Internet auf derStandard.at, wo sich das aktuelle Zahlenrätsel auch in einer Onlineversion findet.



Auflösung Sudoku Nr. 2896a
8 4 9 7 1 6 3 5 2
3 1 2 9 4 5 8 6 7
6 7 5 8 3 2 4 1 9
9 2 6 3 7 1 5 8 4
4 3 7 5 9 8 1 2 6
5 8 1 6 2 4 7 9 3
2 5 8 4 6 7 9 3 1
7 6 3 1 8 9 2 4 5
1 9 4 2 5 3 6 7 8

Auflösung Sudoku Nr. 2896b
2 7 8 1 4 3 5 9 6
7 4 9 5 3 6 1 8 2
9 5 1 3 8 2 6 4 7
1 2 3 4 6 5 8 7 9
4 3 6 8 5 7 9 2 1
8 6 5 9 7 1 2 3 4
5 8 7 6 2 9 4 1 3
3 1 4 2 9 8 7 6 5
6 9 2 7 1 4 3 5 8

Wie die Osis Marktwirtschaft lernten Seite 26

Das alte Grenzland als Paradies für Tiere Seite 36

derStandard.at/Wirtschaft

„Es muss ordentlich scheppern im Geldbörstel“

Lahmende Konjunktur, kalte Progression und Arbeitslosigkeit machen die Herbstlohnrunde der Metaller heuer nicht gerade einfach. Metallgewerkschaftschef Rainer Wimmer will, dass es scheppert im Geldbörstel, hält aber nichts von Nettoforderungen wie bei den Eisenbahnern.

Luise Ungerboeck

Wien – Noch 19 Tage bis zum Beginn der Herbstlohnrunde, die traditionell von den Metallern eröffnet wird. Den Anfang macht nach der Forderungsübergabe am 25. September der größte Fachverband des Sektors, die Maschinen-/Metallindustrie (FMMI), der noch am selben Tag die erste Verhandlungsrunde festgesetzt hat. Wiewohl vor dem Start traditionell weder Arbeitnehmer noch Arbeitgeber Forderungen publizieren, macht Metallgewerkschaftschef Rainer Wimmer (Produktionsgewerkschaft Proge) kein Geheimnis aus der Marschrichtung: „Es muss schon ordentlich scheppern im Geldbörstel.“

Mit einer Nettoforderung wie die Eisenbahner vor zwei Monaten wollen die Metallgewerkschafter trotz lauten Rufs nach Steuerreform und Lohnsenkung dennoch nicht operieren. „Wenn ich zweieinhalb Prozent netto fordere, brauche ich fünf Prozent Steigerung. Das wäre Unfug“, heißt es auch im Verhandlungsteam. Wimmer gibt sich bedeckt, aber entschlossen: „Wir brauchen eine ordentliche Lohnerhöhung, sonst fehlt es den Leuten im Konsum. Essen, Lebenshaltung, Mieten – die Mittel des täglichen Lebens sind schließlich auch mit kleinen Einkommen zu bestreiten.“

Die Karten für das traditionell angelegte Pokerspiel sind freilich gemischt. Bereits im Vorjahr stagnierte der Produktionswert der Metallwarenindustrie bei 34,5 Milliarden Euro, im ersten Halbjahr 2014 setzte sich der Abwärtstrend fort. Mittlerweile lahm die Konjunktur ganz offiziell, nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa. Aufträge kämen nur schleppend herein, seien kleiner mit kürzeren Laufzeiten, was zu geringerer Auslastungsdauer führe, schildert ein Industrie-Funktionär, der nicht genannt werden will, das schwer kalkulier- und prognostizierbare Szenario. „Konjunktur? Wo sehen Sie eine Konjunktur?“ Die Auslandsnachfrage sei auch schwach, auch Wechselkurse hätten sich verschlechtert, zum Beispiel das Japan-Geschäft belastet. „Und über all dem hängen die Russland-Sanktionen“, deren Auswirkungen nicht abschätzbar seien. Offiziell Stellung nehmen wollte seitens des Fachverbands Maschinen/Metall niemand, Obmann Christian Knill war nicht erreichbar.

Kreditklemme

Investitionen in großen Stil sind vor diesem Hintergrund nicht zu erwarten. Als wäre das Umfeld nicht schwierig genug, kommen jetzt auch noch Probleme mit Finanzierungen hinzu. Zwar sind Kredite aufgrund des Zinsniveaus vergleichsweise billig, die Banken verlangen allerdings mehr Sicherheiten, Stichwort Kreditklem-



Auch heuer verhandeln Stahlerzeuger und Maschinenbauer getrennt über einen neuen Kollektivvertrag. Herauskommen soll aus Sicht der Gewerkschafter tunlichst die gleiche Erhöhung.

Foto: APA/Gindl

me. Dynamik gebe es in der Sachgüterindustrie ausschließlich bei der Produktivität, allerdings nicht nach oben. Denn bis Jahresanfang war die Beschäftigung stabil geblieben, was die Lohnstückkosten steigen ließ, weil ja die Konjunktur „mau“ und die Produktion leicht rückläufig war.

Gegenüber Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner Österreichs, haben sich die Lohnstückkosten in Österreich leicht verbessert, sagt der Arbeitsmarktexperte des Wifo, Thomas Leoni, gegenüber den anderen Partnern im Euroraum allerdings verschlechtert. Wobei dies einen bitteren Bei-

geschmack habe, denn die Produktivitätssprünge in Krisenländern wie Italien seien vor allem auf den Schrumpfkurs dieser Volkswirtschaften zurückzuführen, betont Leoni. Insgesamt sei die Produktivitätssteigerung in Österreich in der letzten Dekade beträchtlich, sie betrage gut 30 Prozent.

So schlecht, wie sie pro Erwerbstätigen aussieht, ist die Reallohnentwicklung in Österreich übrigens nicht: Der Abbau von Zeitguthaben, Überstunden und Urlauben bremste die Talfahrt, je Stunde ist sie leicht gestiegen. Denn die durchschnittliche Arbeitszeit ist seit der Krise gesunken.

Einig sind die Verhandler immerhin in Sachen Arbeitszeit. Aber nicht, weil der Dauerkonflikt gelöst und neue Modelle fixiert wurden. Im Gegenteil: Man sei in den Gesprächen über Zeitkonten, Gleitzeit (mit längeren Arbeitszeiten in Spitzenzeiten) und vor allem längere Durchrechnungszeiten für Überstunden bis Juni nicht fertig geworden, wolle eine Neuregelung aber nicht mit der Lohnrunde junktieren, sagt ein mit der Materie vertrauter Arbeitgebervertreter. Die Gespräche sollen nach dem Lohnabschluss wiederaufgenommen werden, so der Pakt im Juli. **Kommentar Seite 48**

Ritualisiertes Feilschen um Kommastellen für Metallerlöhne

Wien – Über den sogenannten „Nürnberger Zuschlag“, wie Zuschläge auf Zeitguthaben heißen, die binnen Jahresfrist nicht konsumiert wurden, soll bei der diesjährigen Herbstlohnrunde für rund 180.000 Metaller und Industrieangestellte ausnahmsweise nicht verhandelt werden. Diese „erweiterte Bandbreite“ soll erst nach den Kollektivvertragsverhandlungen (KV) der sechs Metall-Fachverbände in eigenen Arbeitszeitverhandlungen begraben werden.

Ob das Arbeitsstillstand und -kampf wie im Vorjahr obsolet macht, bleibt abzuwarten. Die Termine des ritualisierten Feilschens:

■ **Maschinen/Metallindustrie** Forderungsübergabe und Start der Verhandlungen am 25. September, zweite Verhandlungsrunde am 7. Oktober.

■ **Fahrzeugindustrie** Erste Verhandlungsrunde am 15. Oktober (Vormittag), Fortsetzung am 31. Oktober 2014.

■ **Bergbau und Stahlindustrie** Erste Verhandlungsrunde am 15. Oktober (Nachmittag), Fortsetzung am 3. November.

■ **Gas-/Wärmeerzeuger** Beginn der Lohnrunde am 17. Oktober, Fortsetzung zehn Tage später.

■ **Nicht-Eisen-Metalle** Verhandlungsstart am 20. Oktober, zweiter Termin am 5. November.

■ **Gießereien** 20. und 31. Oktober. (ung)

Der Lieferantenkredit hat eine enorme wirtschaftliche Bedeutung

Der Lieferantenkredit ist zu einem wichtigen Wettbewerbsinstrument geworden. Er gehört aufgrund der problemlosen Handhabung zu den bevorzugten Finanzierungsinstrumenten für alle Arten von Liefergeschäften.

Häufig sind die Konditionen des Lieferantenkredits ausschlaggebend für einen Geschäftsabschluss. In Käufermärkten spielen die Kunden ihre starke Verhandlungsposition gerne aus und drängen den Lieferanten so in eine

prekäre Finanzierungs- oder Risikosituation. Darüber hinaus entwickelt sich beim Verkäufer die Notwendigkeit, die Debitoren möglichst gut zu managen. Schließlich sind Kundenforderungen häufig die größte aktive Bilanzposition.

Aufgrund des seit Jahren anhaltend hohen Insolvenzniveaus im In- und Ausland ist die Gefahr von Zahlungsausfällen ständig gegeben. Auch eine „gute Adresse“ ist mittlerweile keineswegs mehr eine Garantie für den Zahlungseingang. Ganz abgesehen von den Problemen, welche Kunden verursachen, die schleppend bezahlen und daher besonders beobachtet und gemahnt werden müssen.

Als die führende Kreditversicherung Österreichs bietet PRISMA Die Kreditversicherung professionelles Risikomanagement mit individuell auf den Kunden abgestimmten Lösungen an.

Die Kreditversicherung bietet Schutz gegen eines der größten Risiken im Geschäftsleben, der Zahlungsunfähigkeit eines Kunden im In- und Ausland.



Ludwig Mertes, Markenvorstand PRISMA Die Kreditversicherung.

Foto: Prisma

PRISMA-Experten prüfen laufend die Bonitäten und warnen frühzeitig, wenn sich die Zahlungsfähigkeit eines Kunden verschlechtert. „Unsere Kunden informieren wir laufend über die Beurteilungsergebnisse und Bonitätsveränderungen. Die Unternehmer selbst verfügen schließlich ‚nur‘ über subjektive Erfahrungen zum Zahlungsverhalten“, erläutert Vorstand Ludwig Mertes. Über die Euler Hermes Gruppe hat PRISMA Zugriff auf rund 40 Millionen Kundendaten in über 50 Ländern weltweit.

Metaller-Abschlüsse seit 2007

KV-Abschlüsse für das Jahr ..., Steigerung bei Ist-Lohn in %



Quelle: APA, WIFO * gestaffelt nach Einkommen; ** im Schnitt, je nach Einkommen 2,5 bis 3,2 % DER STANDARD

Wie die Ostdeutschen die Marktwirtschaft lernen mussten

50

DDR-Bürger haben am 13. August, dem Jahrestag des Mauerbaus, an einer Demonstration in Budapest teilgenommen, vermerkte ein Bericht des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit kritisch. Am 10. September gab Außenminister Gyula Horn die Tatsache der Grenzöffnung bekannt. Eine Sekunde nach Mitternacht wurde die ungarische Grenze am 11. September 1989 geöffnet. Rund 5000 DDR-Flüchtlinge passierten in jener Sonntagnacht laut Schätzungen die Grenze nach Österreich und reisten von dort in die BRD. Bis Dienstag waren es 15.000. Im Bild zwei DDR-Bürger am Grenzübergang Nickelsdorf am 11. September.



Konzept, Foto: Lukas Friesenbichler, Simon Klausner // Originalfoto: picturedesk.com / APA / Robert Jäger

Viele Ost-Landschaften blühen immer noch nicht

Nach dem Zusammenbruch der DDR mussten die Ostdeutschen Marktwirtschaft lernen. Die Treuhand privatisierte rund 8500 einst volkseigene Betriebe und vernichtete so Millionen Arbeitsplätze. Von den Folgen hat sich die Wirtschaft bis heute nicht erholt.

Birgit Baumann aus Berlin

Man sieht sie auch heute noch, 25 Jahre nach dem Fall der Mauer, wenn man aus Berlin hinaus und ins Brandenburgische hineinfährt: graubraune Produktionsstätten, die immer mehr verfallen und von Unkraut überwuchert werden.

Massive Zäune schützen sie vor ungebetenem Zutritt – es soll sich bloß keiner verletzen. Zu holen gibt es ohnehin längst nichts mehr. Die verrotteten VEBs (Volkseigene Betriebe) sind sichtbare Zeugnisse des Scheiterns

und werden noch Jahre an ein schönes Kapitel der Post-DDR-Geschichte erinnern: an die mühsame Einführung des Kapitalismus. „Kombinate privatisieren, wo möglich. Sanieren, wo möglich, und stilllegen und liquidieren, wo unabweisbar“ – so beschrieb Detlev Karsten Rohwedder, Chef der Treuhandanstalt, einst seine Aufgabe. Gegründet und dem Finanzministerium unterstellt wurde die Treuhand (wie sie später kurz genannt wurde) am 1. Juli 1990. Es war das Jahr, in dem der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) den Ostdeutschen „blühen-

de Landschaften“ versprach. Und eigentlich hatte die Treuhand ja durchaus auch etwas zu verkaufen. Zwar war vieles veraltet, überbesetzt und daher nicht rentabel. Aber dennoch gab es unterm Strich Betriebe im Wert von rund 600 Milliarden D-Mark (306 Milliarden Euro). So viel sei der „ganze Salat wert“, meinte Rohwedder einmal salopp. Doch vereinhalf Jahre später, am 31. Dezember 1994, schloss die Treuhand mit einem Minus von 256,4 Milliarden D-Mark (131 Milliarden Euro).

8490 Unternehmen existierten am Anfang, diese Anzahl stieg durch Firmenentflechtungen auf 12.354. Davon wurden 6946 privatisiert, 1588 reprivatisiert, 310 kommunalisiert und rund 3700

abgewickelt. Zum Schluss waren drei Millionen Arbeitsplätze weg-rationalisiert. Die Ostdeutschen selbst gingen beim großen Ausverkauf der DDR fast leer aus: Sie bekamen nur fünf Prozent der Betriebe. 85 Prozent gingen an „Wessis“, zehn Prozent ins Ausland.

„Seither wurden sehr große Anstrengungen unternommen, um auf westdeutsches Niveau zu kommen“, sagt Axel Lindner vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) zum STANDARD. Der Bund investierte Milliarden in den Ausbau der Infrastruktur, umverteilt wurde vor allem über die Sozialversicherungssysteme, in die die Ostdeutschen aufgenommen wurden. Doch der Prozess der wirtschaftlichen Angleichung

braucht Zeit. In ihrem Jahresbericht zum Stand der Einheit stellt die Regierung fest: „Zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen noch spürbare Unterschiede in der Wirtschaftskraft je Einwohner, den Löhnen und Gehältern fort.“ Das Bruttoinlandsprodukt liegt bei 67 Prozent des Westniveaus (1990 waren es 33 Prozent), die Löhne und Gehälter bei 80 Prozent.

Die blühenden Landschaften, die Kohl versprochen hat, gibt es längst noch nicht flächendeckend. Aber es sind wirtschaftsstarke Regionen entstanden um Dresden (IT), Leipzig (Automobilbranche), Bitterfeld (Chemie) und Jena (Optik und Feinmechanik). Was allerdings oft vergessen wird: Verglichen mit anderen ehemaligen Ostblockstaaten, liegt die ehemalige DDR wirtschaftlich auf dem Spitzenplatz.

1989–2014
DIE NEUE
ORDNUNG

im Kinsky
Auktionshaus

Top Preis für
Weiler

Verkauft um € 101.000



Max Weiler, Windblumen, 1988

Für unsere Auktion **Erlesene Kunstwerke** suchen wir noch hochwertige Gemälde.

Auktionshaus im Kinsky GmbH, Palais Kinsky
1010 Wien, Freyung 4, T +431 532 42 00, www.imkinsky.com

Staatliche Schnäppchenjagd

Privatisierungen haben heute andere Vorzeichen als 1989

Die Welt steht vor einer neuen Privatisierungswelle, wenn man Ökonomen und Experten glauben darf. Doch der Grund für den Abverkauf staatlicher Beteiligungen ist ein anderer als in den vergangenen Jahrzehnten. Nach 1989 waren es ehemalige kommunistische Länder, die sich wie Russland oder die DDR mit Privatisierungen der staatlichen Betriebe entledigten und damit der Marktwirtschaft annäheren. Schwellenländer waren die Verkäufer von teilweise maroden Staatsbetrieben und lukrativen Monopolen, befeuert wurde dieser Prozess von der Asien- und Russlandkrise Ende der 1990er-Jahre. Laut Daten des Ökonomen William Megginson von der Universität von Oklahoma erreichte die erste Privatisierungswelle ihren Höhepunkt 2000, mit knapp 180 Milliarden Dollar an Verkäufen.

Heute stehen Länder, die wegen der Finanzkrise in Schwierigkei-

ten gekommen sind, vor dem Verkauf von beträchtlichen Vermögenswerten. Portugal hat bereits sieben Milliarden Euro über Privatisierungen eingenommen, in Griechenland und Zypern sind ambitionierte Privatisierungsziele Teil der Budgetpläne. Laut Daten des Internationalen Währungsfonds machen die staatlichen Vermögenswerte von Frankreich oder Italien knapp 70 Prozent der Wirtschaftsleistung aus.

Rollentausch

Die heutigen Käufer sind dabei gerade auch staatliche Fonds und Investoren aus den Schwellenländern. So hat der chinesische Energieversorger China Three Gorges den Zuschlag für den staatlichen Anteil an portugiesischen Energieversorger EDP erhalten. Zuletzt hat die mexikanische Telekom-Gruppe America Movil die Macht beim heimischen Konzern Telekom Austria übernommen. (sulu)

Ende der Todeszone

Wenn du meinst, dass die Russen kommen“, sagte mein Großvater und schaute mich fassungslos an. Es war im Jahr 1987, und ich hatte ihm gerade erzählt, dass ich mich entschieden hatte, in Wien Russisch studieren zu wollen. Vor den Russen war er mit seiner Familie geflohen. Meine Großeltern kamen aus Weimar, das ab 1945 sowjetische Zone wurde. Die Russen waren in ihrer Wohnung einquartiert. Alles veränderte sich, vor allem die Gesetze.

Mein Großvater, Jurist, flüchtete nach Westberlin, um dort eine neue Existenz aufzubauen. Seine Frau und die beiden Töchter ließ er offiziell zurück. Alleinstehende Frauen und Kinder „durften raus, weil die ja für die neue DDR zu teuer waren“, erzählte er immer. Kurz vor dem Mauerbau schmuggelte meine Großmutter alles Hab

und Gut mit der S-Bahn über die Station Friedrichsstraße nach Westberlin. Dabei hat sie „ihre Nerven verloren“, hieß es bei den Familientreffen, die dort jede Weihnachten stattfanden. Wir Kinder fanden die Autofahrt durch „die Zone“ aufregend, vor allem den „Todesstreifen“. Darüber konnten wir stundenlang fantasieren. Ostberlin haben wir nie besucht, das war tabu, meine Großmutter wäre vor Angst gestorben. „Die Grenze kann jederzeit zugehen“, war sie über-

zeugt. Heimat, Haus, Freunde, Verwandte: Das haben meine Großeltern „drüben gelassen“ und nie wieder gesehen. Als die Mauer im September 1989 fiel, waren beide schon gestorben. Mein Großvater hat das vereinigte Deutschland um zehn Monate verpasst. Er hatte die Hoffnung darauf allerdings längst aufgegeben. Karin Pollack

MEIN
'89

Wie der Westen den Kalten Krieg ökonomisch gewonnen hat

60

...tausend Soldaten der Roten Armee waren nach 1945 allein in Ungarn stationiert. Mehr als eine halbe Million in der DDR, an die 80.000 in der Tschechoslowakei und bis zu 50.000 in Polen. Am 19. Mai 1989 zog – im Bild zu sehen – ein Panzerregiment der „Roten Arbeiter- und Bauernarmee“ aus Sárobgárd in Ungarn ab. 1991 trat das Land aus dem Warschauer Pakt aus, und im Juni 1991 war der Abzug der Südtruppe der Sowjetarmee komplett. Insgesamt war die Heimkehr der Roten Armee nach Russland eine logistische Großaufgabe. Allein der Abzug aus Deutschland – mit 3000 Kasernen – dauerte drei Jahre und elf Monate.

Konzept, Foto: Lukas Friesenbichler, Simon Klausner // Originalfoto: Robert Newald



Europa kassierte beachtliche Friedensdividende

EU-Europa hat sich durch das Ende des Kalten Krieges hohe Militärausgaben erspart – noch beachtlicher sind die Einsparungen, die Russland und die anderen Nachfolgestaaten der UdSSR erzielt haben.

Conrad Seidl

Der Kalte Krieg war, oberflächlich betrachtet, eine militärische Konfrontation, die auf eine Balance der Kräfte ausgerichtet war – solange keiner gewinnen konnte, würde auch keiner loschlagen, lautete das Kalkül. Weil der „kalte“ Krieg keinesfalls „heiß“ werden sollte, wurde von beiden Seiten immer weiter gerüstet, um das sogenannte Gleichgewicht der Kräfte zu erhalten.

Wenn gekämpft wurde, dann auf Nebenschauplätzen – Kolonialkriege, nationale und soziale Revolten in Südamerika, Asien und Afrika sowie die Konfrontationen in Nahost mochten unangenehme Auswirkungen auf Europa und die USA haben, aber entlang des Eisernen Vorhangs blieb es ruhig.

Zu beachtlichen Kosten: In der Sorge um eine große Blockkonfrontation war die Öffentlichkeit im Westen (und die weniger von der Öffentlichkeit abhängige Politik im Einflussbereich der Sowjetunion) bereit, an einem Wettrüsten teilzunehmen. Auch die vor allem in der Bundesrepublik Deutschland zur Massenbewegung gewordenen Proteste gegen den Nato-Doppelbeschluss von 1979 („Nachrüsten und gleichzeitig über Abrüstung verhandeln“) beeinflussten die Aufrüstungspolitik nicht.

1989–2014
DIE NEUE
ANORDNUNG

Und es hat sich gezeigt, dass die Rüstungspolitik des Westens letztlich erfolgreich war – der Kalte Krieg wurde ökonomisch gewonnen. Die Sowjetmacht brach unter den Kosten ihrer Hochrüstung für die Weltrevolution zusammen. Plötzlich wurde der Slogan „Frieden schaffen mit

weniger Waffen“ realisierbar. Die Tabellen auf dieser Seite zeigen: Es gibt heute weltweit weniger Panzer, Militärflugzeuge und Soldaten unter Waffen – auch die Zahl der Reservisten hat sich massiv verringert, in Westeuropa um knapp acht Millionen Mann.

In der EU wurde also eine beachtliche Friedensdividende lukriert. Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion haben ihre Militär-

budgets sogar in absoluten Zahlen reduzieren können (allerdings bei weiterhin beachtlichen Reserven und einer kaum zu überschätzenden Effizienzsteigerung).

Und es haben sich die weltpolitischen Gewichte verlagert: China hat sein Militärbudget und seine Kampfkraft massiv erhöhen können, überhaup wurde Asien insgesamt stärker – und Europa verliert an Handlungsfähigkeit.

Die Welt unter Waffen – 1989 und heute

Budgets ausgewählter Regionen (Mrd. US-Dollar)

	1989	Anteil 1989	2013	Anteil 2013	Fläche Mio. km ²	Einwohner in Mio.
EU	164,95	22,66 %	260,63	17,93 %	4,4	507
AU	11,26	1,55 %	36,14	2,41 %	29,2	960
NO	57,90	7,96 %	142,38	9,50 %	7,3	387
USA	289,80	39,82 %	647,40	43,20 %	9,6	314
UNASUR	6,29	0,86 %	56,26	3,75 %	17,7	382
R+N	120,00	16,49 %	82,99	5,54 %	22,4	288
CHINA	6,60	0,91 %	102,00	6,81 %	9,6	1.351
IND+PAK	11,29	1,55 %	43,64	2,91 %	4,1	1.440
SOFS	59,70	8,20 %	127,29	8,49 %	5,1	831
Gesamt	727,79	100,00 %	1.489,73	100,00 %		

Gepanzerte Kampffahrzeuge

	1989	Anteil 1989	2013	Anteil 2013
EU	77.286	22,39 %	29.018	15,53 %
AU	13.654	3,96 %	11.020	5,90 %
NO	52.346	15,17 %	36.834	19,71 %
USA	49.298	14,28 %	17.852	9,55 %
UNASUR	4.948	1,43 %	5.217	2,79 %
R+N	110.475	32,01 %	36.769	19,68 %
CHINA	12.000	3,48 %	13.652	7,31 %
IND+PAK	6.400	1,85 %	8.856	4,74 %
SOFS	18.713	5,42 %	27.623	14,78 %
Gesamt	345.120	100,00 %	186.841	100,00 %

Luftfahrzeuge

	1989	Anteil 1989	2013	Anteil 2013
EU	5.857	16,74 %	2.547	12,90 %
AU	2.212	6,32 %	724	3,67 %
NO	3.284	9,39 %	2.923	14,81 %
USA	5.891	16,84 %	3.706	18,78 %
UNASUR	1.200	3,43 %	829	4,20 %
R+N	6.224	17,79 %	2.418	12,25 %
CHINA	5.894	16,84 %	2.244	11,37 %
IND+PAK	1.322	3,78 %	1.334	6,76 %
SOFS	3.106	8,88 %	3.012	15,26 %
Gesamt	34.990	100,00 %	19.737	100,00 %

Stärke (Aktive Truppe)

	1989	Anteil 1989	2013	Anteil 2013
EU	3.926.264	15,11 %	1.584.400	8,46 %
AU	1.521.330	5,85 %	1.800.410	9,61 %
NO	3.584.800	13,80 %	2.687.800	14,35 %
USA	2.124.900	8,18 %	1.520.100	8,11 %
UNASUR	959.750	3,69 %	1.104.390	5,89 %
R+N	4.258.000	16,39 %	2.293.450	6,90 %
CHINA	3.030.000	11,66 %	2.285.000	12,20 %
IND+PAK	1.780.000	6,85 %	1.967.000	10,50 %
SOFS	4.800.500	18,47 %	4.493.700	23,98 %
Gesamt	25.958.544	100,00 %	18.736.250	100,00 %

Stärke (Reserven)

	1989	Anteil 1989	2013	Anteil 2013
EU	9.699.144	10,70 %	1.754.270	4,05 %
AU	738.000	0,81 %	368.050	0,85 %
NO	3.779.000	4,17 %	2.075.400	4,79 %
USA	1.868.900	2,06 %	810.350	1,87 %
UNASUR	2.043.900	2,25 %	1.921.070	4,43 %
R+N	55.000.000	60,66 %	21.857.500	50,41 %
CHINA	1.200.000	1,32 %	510.000	1,18 %
IND+PAK	937.000	1,07 %	1.155.000	2,66 %
SOFS	15.372.900	16,95 %	12.909.200	29,77 %
Gesamt	90.674.844	100,00 %	43.360.840	100,00 %

Wessi werden in Paris

Donnerstagabends war der größte Hörsaal immer voll, das Amphithéâtre Emile Boutmy. Vorn saß Alfred Grosser, wendete seine Zeitungsschnipsel der Woche unter dem gelben Licht einer Schreibtischlampe und erklärte den Lauf der Welt. Der 9. November 1989 war ein solcher Donnerstag. In Ostberlin läuft noch die historische Pressekonferenz des SED-Manns Günter Schabowski, als Alfred Grosser seine Lampe anknipst und im Hörsaal in Paris Ruhe einkehrt.

Der bekannte französische Geschichtswissenschaftler war schon durch mit dem Thema DDR, dem Rücktritt des Politbüros in Ostberlin am Vortag, da geht eine Seitentür des Hörsaals auf, ein Mitarbeiter eilt zum Tisch des Professors und flüstert ihm

ins Ohr. Es gibt noch keine SMS und keine Handys, aber dafür wird Geschichte gemacht. „Meine Damen und Herren, ich höre, die DDR hat die Grenzen geöffnet“, sagt Alfred Grosser.

Eine Woche später kommt schon Besuch aus Ostberlin:

Archivgermanistin, eine Bekannte der Vermieterin. Sie schläft auf einer Matratze im Korridor, mehr Platz ist nicht, kauft Unmengen an Käse und kommt mit den Armaturen im

Badezimmer nicht zurecht. Wir aber werden Wessis, ein Bayer und ein Hamburger, die sich eine Wohnung an der Bastille teilen und nicht recht wissen, was sie mit der Dame aus dem Osten anfangen sollen – und schon gar nicht mit diesem fahnen-schwingenden vereinten Deutschland. Markus Bernath

MEIN
'89

Finnlands Freud und Leid mit dem großen Nachbarn

Wie Gorbatschow einmal in die Zukunft telefonierte

Finnlands Beziehung zum großen Nachbarn jenseits des Eisernen Vorhangs war eine Art mildes Vasallentum. Jetzt versetzt die Ukraine-Krise das Land in eine ähnliche Situation wie Anfang der 1990er-Jahre.

Andreas Stangl

Es war 1989, als just der Russe Michail Gorbatschow zu einem Geburtshelfer des finnischen Wirtschaftswunders wurde. Finnlands Präsident Mauno Koivisto war es gelungen, dem damaligen Kreml-Chef bei einem Treffen in Helsinki eine Art Ziegelstein mit Antenne in die Hand zu drücken. Es war ein Nokia Cityman, mit dem Gorbatschow vor laufenden Kameras in Moskau anrief. Der Legende nach feierte man den Coup in der Nokia-Zentrale mit einer ausufernden Party.

Ein paar Jahre später gab es die Sowjetunion nicht mehr und für Finnland wenig Grund zu feiern. Politisch war Helsinki von einer Art mildem Vasallenstatus befreit. Für die Wirtschaft bedeutete es das Ende jahrzehntelanger Billigimporte von Energie und Rohstoffen sowie den Wegfall eines geschützten Exportmarkts für praktisch alles, was die Industrie produzierte. Die schwerste Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren war Fakt: Die Arbeitslosigkeit stieg auf 20 Prozent, Firmenkonkurse waren Legion, Staat und Bevölkerung standen vor einem Schuldenberg.

1340 Kilometer Grenze

Und jetzt bedrohen die Ukraine-Krise und die damit einhergehenden, beiderseitigen Sanktionen die Volkswirtschaft Finnlands wie wenige andere EU-Staaten. Die Situation ist für das 5,4-Millionen-Volk nicht neu: Das Schicksal Finnlands ist auf vielfache Weise eng mit jenem Russlands verknüpft. Finnland war von 1809 bis 1917 Teil des Zarenreiches, gegen die Sowjetunion führte es zwischen 1940 und 1944 zwei Kriege. Heute hat es eine rund 1340 km lange Grenze zum östlichen Nachbarn.

Nach der „Wende“ schien Finnland, dem in Schweden früher das Attribut *fattig* (verarmt) angehängt wurde, wieder einmal am Ende. Dann setzte der Handy-Boom ein. Der Aufstieg des ehemaligen Gummii- und Kabelfabrikanten Nokia schien unbegrenzt. Auf politischer Ebene geschah eine folgenreichere Weichenstellung: Nachdem Österreich und Schweden in Brüssel um Aufnahme in die Europäische Union angesucht hatten, entschloss sich auch Helsinki zu diesem Schritt. 1995 wurde Finnland – mit klarer Volksmehrheit im Rücken – in die EU aufgenommen.

Die Finnen erwiesen sich als wahre Europa-Enthusiasten. Seit dem 19. Jahrhundert eine extrem nationalbewusste Gesellschaft, war man nun bemüht, innerhalb Europas zum Musterschüler zu werden. Der Erfolg gab ihnen recht: Nummer eins in der Pisa-Studie, Nummer eins beim Korruptions-



Hallo Moskau? Beim Staatsbesuch in Finland vertraute Michail Gorbatschow auf den „Cityman“ von Nokia. Foto: Picturedesk/Ulander

freiheitsindex, erfolgreiche Pop- und Kino-Exporte. Sogar die schwierig zu erlernende Landessprache erfreute sich, vor allem in Deutschland, plötzlicher Beliebtheit bei den Studenten.

Profilieren konnte sich Finnland auch auf diplomatischer Ebene: Während der ersten

EU-Präsidentschaft Finnlands im Jahr 1999 war es Regierungschef Paavo Lipponen, der den Beitrittsprozess der Türkei einfädelt. Der als Staatspräsident blasse Karrierediplomat Martti Ahtisaari vermittelte eine dauernde Friedenslösung für die indonesische Provinz Aceh, führte den Kosovo – wie in einem

Buch seines Ex-Diplomatenkollegen Max Jacobson bestätigt – zu dem im Westen bereits vorher ausgehandelten Ergebnis. Dafür erhielt Ahtisaari zwei Jahre später den Friedensnobelpreis.

Wieder in der Stunde null

Dann verschlief das erfolgsverwöhnte Nokia-Management die Smartphone-Revolution. Das Unternehmen verlor innerhalb weniger Jahre die Marktführerschaft und seinen Nimbus. Die Finanzkrise von 2008/09 versetzte den großteils auf Pump lebenden Unternehmen und Privathaushalten einen erneuten Dämpfer. Seither will die finnische Wirtschaft nicht mehr so recht auf die Beine. Aus den Trümmern des Nokia-Imperiums erwachsen nur wenige erfolgreiche Mittelunternehmen.

Auch sicherheitspolitisch ist man wieder in der Stunde null nach dem Fall des Systems des Kalten Krieges in Europa angelangt. Das jahrzehntelang politisch tote

Thema Nato-Mitgliedschaft ist wegen des Ukraine-Konflikts und militärischer Muskelspiele Russlands im Ostseeraum wieder Gegenstand politischer Debatten.

Ende August fühlte sich Regierungschef Alexander Stubb bemüßigt, eine Markierung zwischen Moskauer Regime und rus-

sischer Bevölkerung und Wirtschaft zu ziehen: „Wegen des Vorgehens des Staates muss man weder alles Russische, noch die in Finnland lebenden Russen noch die russische Sprache verurteilen“, sagte der als „EU-Nerd“ verschriene Ministerpräsident in einem Fernsehinterview.

1989–2014
DIE NEUE
ORDNUNG

Repräsentative Gründerzeithäuser in City Nähe



Zwei prunkvolle Gründerzeithäuser aus Familienbesitz stehen zum Verkauf. Die beiden Liegenschaften befinden sich in ausgezeichneter Lage im 9. Bezirk und haben eine Gesamtnutzfläche von 4.931 m² zuzüglich 954 m² bewilligter Dachgeschossplanung.

- Liechtensteinstraße 5/Kolingasse 1 | 1090 Wien
- Liechtensteinstraße 7/Hörlgasse 12 | 1090 Wien

Die Zwillingshäuser werden in einem strukturierten Bieterverfahren im Paket oder einzeln veräußert. Die Abwicklung erfolgt in deutscher Sprache und unterliegt österreichischem Recht.

Erste Angebotsfrist: 7. Oktober 2014, 17 Uhr (einlangend)
Nähere Informationen zum Bieterverfahren erhalten Sie unter:

EHL Immobilien GmbH
Prinz-Eugen-Straße 8-10, 1040 Wien
01-512 76 90-301 | liechtenstein@ehl.at

www.ehl.at



Wir leben
Immobilien.



Gurken und Stacheldraht

Ich bin mit der DDR aufgewachsen. Für mich als westdeutsches Kind war es schlicht das Reich des Bösen. Ich konnte das beurteilen, schließlich hatten wir Verwandte „drüben“. Die wohnten im selben Haus wie Franziska van Almsick.

Bevor wir sie zum ersten Mal besuchten, stand ich in Berlin vor dem Brandenburger Tor auf einer Aussichtsplattform, von der aus man auf die andere Seite schauen konnte. Mauer, Todesstreifen, Stacheldraht, dahinter alles grau. Ganz anders als die Schweizer Grenze, an der ich aufgewachsen bin. Die Armen.

Einmal hat meine Mutter bei einem Besuch in Ostberlin den Gurkensalat gelobt, der uns aufgetischt wurde. Die Antwort: „Dafür hab ich auch zwei Stunden

angestanden.“ Da herrschte kurz betretenes Schweigen. Von dem Cousin meiner Mutter erfuhr ich bei diesem Besuch, dass er länger auf seinen Trabi gewartet hatte, als ich alt war. „Was, soooo lange?“

Der Eindruck des Schreckens verfestigte sich endgültig, als mein Bruder, damals ein Baby, bei der Einreise nicht registriert wurde und die Grenzbeamten bei unserer Ausreise dachten, wir wollten ihn hinaus schmuggeln. Wir verbrachten Stunden an der Grenze, bis wir fahren durften.

Der 9. November 1989 war deshalb der glücklichste Tag meines jungen Lebens. Ein Sieg des Guten über das Böse. Und endlich, endlich würden sich meine Verwandten so viele Gurken und Autos kaufen können, wie sie wollten. *Julia Raabe*

MEIN
'89

Der Kapitalismus als Systemsieger und seine aktuelle Krise

Der Kapitalismus lebt,
nur das Kapital ist tot

25 Jahre nach dem Ende des real existierenden Sozialismus scheint der Kapitalismus müde zu sein.

Rezession und Ungleichheit können laut Nobelpreisträger Edmund Phelps nur mit neuer Dynamik bekämpft werden.

Lukas Sustala

Der Jubel war groß. 1989 musste sich im Kampf der Systeme der Kapitalismus nicht mehr behaupten, denn der Gegner war ihm abhandengekommen. Mit dem Kollaps der Sowjetunion als sozialistisches Gegenstück zur Marktwirtschaft US-amerikanischer Prägung war nicht nur der Kalte Krieg jäh zu Ende, sondern auch die zentrale Frage, welche Rolle der Staat in der Wirtschaft zu spielen hat. In einem Text für den *New Yorker* fasste der renommierte und mittlerweile verstorbene Wirtschaftshistoriker Robert Heilbroner zusammen: „Weniger als 75 Jahre nachdem er offiziell begonnen hat, ist der Wettbewerb zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu Ende: Der Kapitalismus hat gewonnen.“ Die große Stärke des Kapitalismus, die Produktionsmittel Arbeit und Kapital optimal einzusetzen, habe über die ineffiziente zentrale Steuerung des Wirtschaftsgeschehens triumphiert, so seine Schlussfolgerung.

25 Jahre später werden wieder nagende Fragen gestellt. Wie kann der Kapitalismus sozial bleiben, wenn das Wachstum als wichtige Quelle für sozialpolitische Maßnahmen versiegt? Warum geht die Schere zwischen Arm und Reich auseinander, wie der französische Ökonom Thomas Piketty in seinem Buch *Capital in the 21st Century* kraftvoll postuliert?

Der Ökonom und Nobelpreisträger Edmund Phelps forscht an den Antworten zu diesen Fragen. Er leitet an der University of Columbia das Zentrum für Kapitalismus und Gesellschaft. Bereits seit drei oder gar vier Jahrzehnten zeichne sich ein besorgniserregender Trend ab, warnt der Nobelpreisträger: „Die Dynamik und die Innovationen in vielen Volkswirtschaften, selbst in den USA, nehmen stetig ab.“ Zwischenzeitliche Booms, etwa von Internetunter-

nehmen um die Jahrtausendwende oder auf den Immobilienmärkten danach, würden den Verlust nur kurzfristig kompensieren.

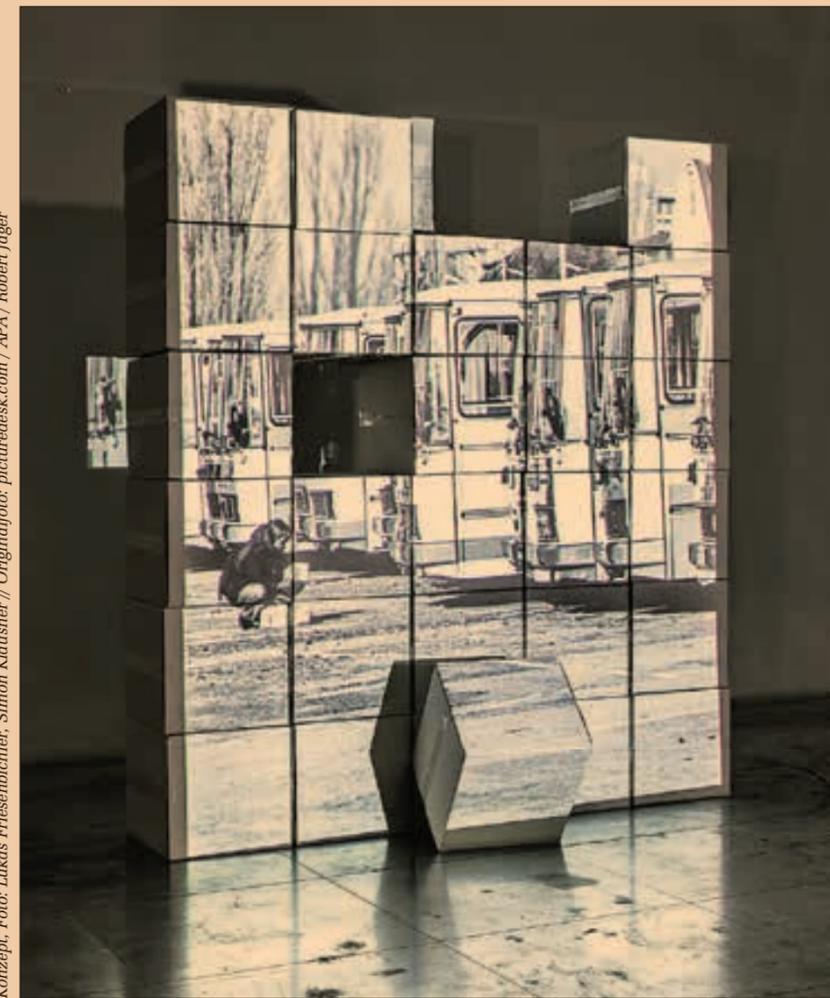
Der Korporatismus als Wirtschaftsmodell ist für Phelps mit Schuld am Verlust der Dynamik. Das enge Verhältnis von Unternehmensverbänden und Arbeitnehmervertretern, sowie die Verknüpfungen mit der Politik, würden zu einer Verknöcherung führen, weil der Wettbewerb zwischen Firmen an Schärfe verliert: „Für etablierte Unternehmen gibt es so viele Steuerbegünstigungen und Ausnahmen, die im Wettbewerb gegen kleine, junge Unternehmen unfaire Vorteile verschaffen.“ Daher sei der Anteil von neu geschaffenen Jobs seit zwei Jahrzehnten deutlich rückläufig, selbst in den USA, aber vor allem in Europa, der Heimat des Korporatismus.

„Insgesamt kann man sagen: Viel von dem heute zur Verfügung stehenden Kapital ist tot“, sagt Phelps. Damit meint er, dass Kapitaleigner viel weniger Unternehmerrisiken eingehen als früher und ihr Geld lieber „sicher“ investieren. Damit sei das Kapital aber tot. So kritisiert Phelps, dass gerade europäische Banken, die viele Jahrzehnte Rückgrat von innovativen kleinen Mittelstandsunternehmen waren, zusehends Geschäfte machen, die kaum mit der Realwirtschaft zu tun haben. „Der einzige Sinn und

Zweck vieler Großbanken scheint es zu sein, Staatsanleihen zu kaufen, das ist weit weg von jeder Innovation.“ Ein wettbewerbsfeindliches System würde auch das Problem der steigenden Ungleichheit verschärfen, betont Phelps. „Wenn die bestehenden Unternehmen und ihre Eigentümer einem scharfen Wettbewerb neuer Firmen ausgesetzt sind, ist auch das Problem einer reichen Elite weniger hartnäckig.“ Mehr Innovation und Unternehmensgründungen würden den Anteil des reichsten Prozents am Gesamtvermögen reduzieren, ist Phelps überzeugt.

Um einen neuen Wachstumsschub in Europa oder den USA herbeizuführen, müsste der Kapitalismus „neu gelebt“ werden, findet Phelps. Seine Hoffnung ist, dass alternative Finanzplattformen wie Crowdfunding – dabei können sich eine Vielzahl von Sparern direkt an Projekten beteiligen – oder Risikokapitalgeber wie Fonds mehr Mittel an kreative Unternehmen geben. Dann könnte wieder gejubelt werden.

1989–2014
DIE NEUE
ORDNUNG



Konzept, Foto: Lukas Friesenbichler, Simon Klausner // Originalfoto: picturedesk.com / APA / Robert Jäger

100

...tausend Besucher aus der Tschechoslowakei waren am 19. Dezember 1989 nach Wien gereist und nutzten die neue Freiheit, um an diesem Dienstag im Advent in der österreichischen Hauptstadt einzukaufen oder nur „Westen schauen“ zu gehen. Im Bild ein Ausschnitt aus einer Phalanx tschechischer Busse, die auf dem Stadion-Parkplatz abgestellt waren.

Schnell, schneller, Schelling.

DAS HAT



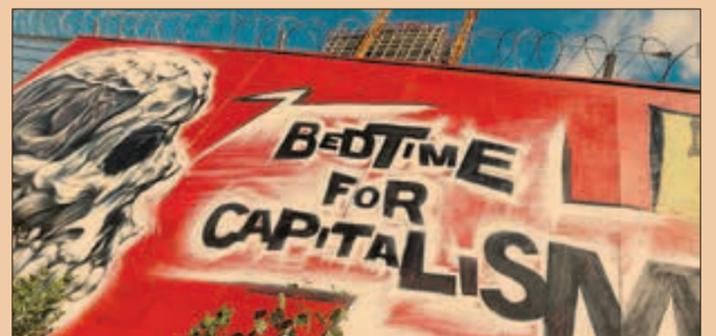
Hans Jörg Schelling:
Der neue Finanzminister und seine Pläne für die Steuerreform.

Gagenstreit:
Arbeiterkammer fordert gesetzliche Obergrenze für Managergehälter.

Jetzt
NEU!

Der Kapitalismus im Dornröschenschlaf? Das Graffiti vor der EZB will den Kapitalismus einschläfern, der Ökonom Edmund Phelps ihn so richtig aufwecken.

Foto: Reuters



Unbändige Freude an der Freiheit

An die Grenzen zu gehen hat mich immer gereizt. Anfang August 1989 war das auch so. Ein Kollege aus Deutschland bat um Hilfe. Er suchte Ostdeutsche, die über Ungarn nach Österreich geflüchtet waren. Es gab Berichte, dass einzelne den Weg durch den Zaun fanden. Von Massenfluchten wie später beim Paneuropa-Picknick war aber noch keine Rede. Wie soll man einzelne Flüchtlinge finden? Ich ging zur deutschen Botschaft in Wien. Wartete am Tor. Irgendwann kamen drei junge Ostdeutsche. Sie hatten keine Zeit, boten aber an, sie später im Hotel zu treffen. Als ich beim Empfang nach ihnen fragte, blätterte der Rezeptionist in einer Liste mit gut 100 Namen. Auf die Frage, wer das sei, sagte er: „Olles Ostdeutsche,

murgn geht's mit dem Zug nach Deutschland!“ Was für eine Auskunft! Die deutsche Regierung schleuste abseits der Öffentlichkeit offenbar massenhaft Leute durch. Von da an war ich von der Redaktion ins Grenzgebiet freigestellt. Die Geschichten der Flüchtenden liebten einen nicht ruhen. Ich wollte wissen, wie das ist: rübergehen. Leute aus Mörbisch zeichneten mir den Weg auf. Vom Zeltplatz in Sopron kamen vier Familien mit, acht Erwachsene, sechs Kinder. Nie werde ich die

Panik und die Angst vergessen, die diese Menschen ergriff, als wir im Grenzwald durch den Stacheldraht krochen. Aber auch nicht ihre unbändige Freude, die Tränen, als wir in Mörbisch angekommen waren.

Thomas Mayer

MEIN
'89

Starke Argumente für schwachen Euro

Europas Wirtschaft kommt nicht in die Gänge, trotz Euro-Abwertung nimmt auch der Export keine Fahrt auf. Bei einem anhaltenden Sinkflug der Währung könnte sich das aber ändern – Anzeichen dafür mehren sich.

Simon Moser

Wien – Mit den am Donnerstag angekündigten Wertpapierankäufen hat die Europäische Zentralbank (EZB) den Euro auf Talfahrt geschickt: Bekam man im Mai für einen Euro noch 1,39 Dollar, so fiel der Kurs Ende der Woche unter die Marke von 1,30. Für Exportbetriebe, die nach Übersee liefern, ist eine solche Änderung nicht unerheblich. Eine österreichische Maschine im Wert von 10.000 Euro hat einen US-amerikanischen Einkäufer vor vier Monaten noch 13.900 Dollar gekostet, jetzt nur mehr 13.000.

Was Exporteure wettbewerbsfähiger macht, freut Auslandsreisende und Konsumenten von Importwaren weniger: Sie zahlen entsprechend mehr. Durch die Verteuerung der Einfuhrware wirkt sich eine solche Veränderung auch auf die Handelsbilanz negativ aus – zumindest kurzfristig. Erst langfristig bringt die Preisensenkung bei Ausfuhrwaren einen Kaufanreiz für ausländische Kunden und einen entsprechenden Anstieg der Exporte.



Dass der Eurokurs fällt, könnte sich für Europa noch als durchaus positiv herausstellen. Langfristig könnte sich dadurch die Exportwirtschaft erholen und zum dringend benötigten Wachstum in der Eurozone beitragen.

Foto: Reuters / Fabian Bimmer

Die Schwächung des Euro zur Ankurbelung des Außenhandels war zwar nicht der eigentliche Grund für die neuerliche Leitzinssenkung der Zentralbank. Denn die EZB betont immer wieder, kein Wechselkursziel zu verfolgen. Trotzdem berücksichtigen die Währungshüter bei ihren Entscheidungen auch die Auswirkungen auf den Wechselkurs. Und der könnte in den nächsten Monaten eine noch deutlichere Schwächung des Euro bringen: Ein solides Wirtschaftswachstum nährt Spekulationen über eine baldige Zinserhöhung in den USA. Das Wertpapierprogramm der EZB hingegen dürfte die Zinsen im Euroraum weiter drücken – und damit auch den Euro.

In welcher Form und wie schnell sich Wechselkursänderungen wie diese auf den Außenhandel auswirken, ist unter Ökonomen nicht unumstritten. Beeinflusst wird die Entwicklung der Ein- und Ausfuhr schließlich auch von zahlreichen anderen Faktoren, etwa Lohnniveau und Produktivität. Dazu kommen Sondereffekte, wie Wirtschaftsforscher Bernhard Felderer erläutert. Eine Schwächung des Euro um beispielsweise zwei Prozent bringe nicht viel, eine um fünf Prozent überproportional stark aus. Der Grund: Wie bei der Änderung einer Menükarte in einem Restaurant fallen bei der Preisumstellung der Exporte Extrakosten an,

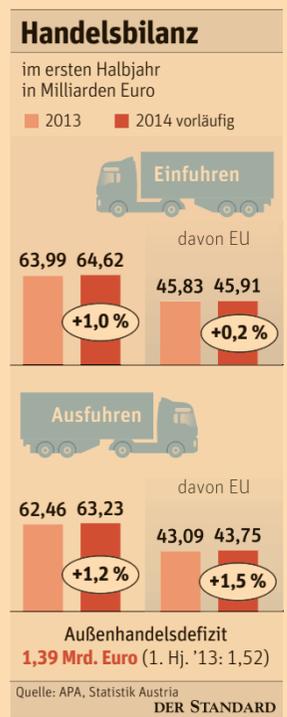
die sich erst ab einer bestimmten Schwelle auszahlen.

Gerade für Österreich gilt außerdem, dass die Wechselkurse zu Währungen osteuropäischer Länder eine mindestens ebenso wichtige Rolle spielen, wie jener zum Dollar. Im Vergleich zum russischen Rubel oder zum ungarischen Forint stieg der Euro zuletzt etwa an.

Christian Keuschnigg, Direktor des Instituts für Höhere Studien (IHS), erwartet durch die Schwächung des Euro nur eine moderate Belebung der Exportwirtschaft, sowohl in Österreich als auch in der Eurozone. „Die EZB hat das aber sicher auch in ihre Entscheidung einfließen lassen. Einerseits als Stimulus für die Konjunktur

über den Export, andererseits auch als Stütze für die Inflation“, sagte Keuschnigg gegenüber dem STANDARD. Denn über teurere Einfuhrwaren „importiert“ man quasi eine höhere Inflation. Dass die Schwächung des Euro den Mitgliedsländern momentan nur zugutekommt, sieht auch Marcus Scheiblecker vom Wifo so. Mit einer weiteren Abwertung sei zu rechnen, so der Ökonom. Felderer meint überdies, dass Europa zu teuer und der Euro noch immer überbewertet sei.

Nach Ansicht der Devisen-Analysten von Goldman Sachs sollen Euro und Dollar in wenigen Jahren sogar gleich viel wert sein. Die Entwicklung der vergangenen Monate sei demnach nur der Beginn einer länger andauernden Talfahrt. Wegen höherer Renditen könnte es Investoren vermehrt in die USA ziehen. Noch scheint ein gleichwertiger Wechselkurs zwischen Euro und Dollar unrealistisch. Tendenziell dürften Analysten und Ökonomen mit ihrer Einschätzung einer weiteren Abwertung aber recht behalten.



Geringeres Handelsdefizit

Erstes Halbjahr bringt leichte Verbesserung

Wien – Der österreichische Außenhandel hat heuer im ersten Halbjahr nur moderat zugelegt, das Defizit konnte aber dennoch spürbar zurückgefahren werden. Die Exporte erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Prozent auf 63,2 Milliarden Euro, während die Importe um nur ein Prozent auf 64,6 Mrd. stiegen. Das zeigen die vorläufigen Daten der Statistik Austria. Das Handelsdefizit sank demnach um 8,6 Prozent auf 1,39 Mrd. Euro. Deutlich kleiner wurde das Defizit vor allem im Handel mit den EU-Mitgliedsstaaten. Hier bilanzierte Österreich zum Halbjahr mit einem Minus von 2,16 Mrd. Euro. In der Vor-

jahresperiode war dieses noch mehr als doppelt so hoch. Die Warenlieferungen ins EU-Ausland erhöhten sich bis Juni um 1,5 Prozent, während die Eingänge mit einem Plus von 0,2 Prozent relativ stabil blieben. Verhalten entwickelte sich der Warenaustausch mit den beiden wichtigsten Partnerländern. Die Lieferungen nach Deutschland nahmen zwischen Jänner und Juni um 0,9 Prozent leicht zu, während die Versendungen nach Italien um 0,7 Prozent zurückgingen. Merkliche Brems Spuren gab es vor allem im Monat Juni zu beobachten: Sowohl Einfuhren als auch Ausfuhren waren rückläufig, besonders jene in die EU. (APA)

PORTRÄT-HOLOGRAMM
Beim Kippen erkennt man das Portrait der mythologischen Gestalt Europa, das €-Symbol, ein Fenster und die Wertzahl.

PAPIER UND RELIEF
Das Papier fühlt sich griffig und fest an. Auf der Vorderseite kann man am linken und rechten Rand erhabene Linien ertasten. Auch Hauptmotiv, Schrift und große Wertzahl haben ein fühlbares Relief.

PORTRÄT-WASSERZEICHEN
Hält man die Banknote gegen das Licht, wird das Portrait der mythologischen Gestalt Europa, ein Fenster und die Wertzahl sichtbar.

SMARAGDZAHL
Beim Kippen bewegt sich ein Lichtbalken auf und ab. Die Farbe der Zahl verändert sich von Smaragdgrün zu Tiefblau.

SICHERHEITSFADEN
Hält man die Banknote gegen das Licht, wird ein dunkler Streifen mit €-Symbol und Wertzahl sichtbar.

www.oenb.at | oenb.info@oenb.at | +43 1 404 20 6666 Stabilität und Sicherheit.

Leaving Yugoslavia

1989 spielte ein gewisser Dejan Savić zum ersten Mal für Roter Stern Belgrad. Nicht nur deshalb sollte sich mein Leben grundlegend ändern. Es war nicht der Fall der Berliner Mauer. Was mich viel eher tangierte war, dass meine Mutter im Mai beschloss, in Salzburg Geld zu verdienen. Unter der Woche im Westen arbeiten, am Wochenende zum Leben nach Jugoslawien fahren, das war der Lebensrhythmus Hunderttausender Arbeiter in Westeuropa. So etwas ließ man sich damals nicht entgehen, auch sie nicht. Ihre Abreise ist meine früheste Kindheitserinnerung: Ich, ein Kleinkind, das weinend einem abfahrenden Auto nachließ. Am selben Tag sprang mein Vater aus einem fahrenden Zug. Die Verab-

schiedung von Mama dauerte zu lange und er wollte nicht erst in Zagreb ansteigen. Kurz darauf bekam er einen Job in Wien. Mein Bruder und ich blieben bei unserer Großmutter in Bosnien. In diesem Jahr lief auch der Wahlkampf zu den ersten Mehrparteiwahlen Nachkriegsjugoslawiens an. Der Nationalismus war nun die vorherrschende politische Vorstellung geworden. Aus „Brüderlichkeit“ wurde Distanz, aus „Einigkeit“ Misstrauen. Und als zwei Jahre später bosniakische Truppen unser Dorf niederbrannten und wir via Serbien fliehen mussten, wechselte „Il Genio“ Savić zum AC Milan. 2001 traf ich ihn zufällig beim Autowaschen in Wien – 1989 sei Dank!
Zarko Janković

MEIN '89

Die neue 10-Euro-Banknote



FÜHLEN – SEHEN – KIPPEN
Drei einfache Schritte, um die Echtheit einer Banknoten zu erkennen.

Bezahlte Anzeige

Warum die Bulgaren erst 25 Jahre nach 1989 auf die Straße gehen

17

Uhr, immer montags: Das war der traditionelle Termin der Friedensgebete in der Nikolai-Kirche und drei anderen Kirchen in Leipzig. Am 4. September 1989 fand im Anschluss daran die erste „Montagsdemonstration“ statt, später auch in anderen Städten. Bei diesen Massendemos – unter dem Eindruck der Massenflucht vieler DDR-Bürger in den Westen – forderten hunderttausende Menschen Reisefreiheit und Menschenrechte. Das Bild ist übrigens auch am 4. September 1989 entstanden: Es zeigt DDR-Flüchtlinge, die es über Ungarn nach Österreich geschafft hatten. Ihre erste Station war eine in ein Bettenlager umfunktionierte Autohalle.

Konzept: Foto: Lukas Friesenbichler, Simon Klausner / Originalfoto: Yotava



Die Bulgaren warten noch auf ihre Demokratie

Bulgarien ist Europas Sonderfall: 89er-Wende ohne jubelnde Massen, Kreml-freundliche Politiker bis heute. Lange waren sie weggesperrt im südöstlichen Eck des Kontinents. Erst heute fordern die Bulgaren mehr Transparenz und wirkliche Demokratie.

Markus Bernath aus Sofia

Frühmorgens, wenn das erste Tageslicht wieder durch die beschlagenen Fenster schimmert und die kleinen, immer noch nicht ganz ungefährlichen Straßentunnel vor der Grenze bewältigt sind, tauchen linker Hand die „Alten Berge“ auf, die Stara Planina. Es ist der Eingang in die vergessene Ecke Europas, in ein verschlafenes kleines Land nach zehn, zwölf Stunden Busfahrt aus Wien.

Im Plattenbau in Sofia wartet das Frühstück, kleine Heferinge, in Öl ausgezogen, mit viel Staubzucker und Marmelade. Unge-

sund, aber gut. Aus dem Küchenradio sind die Nachrichten zu hören, mit sonorer Stimme verlesen. Ist es 1989 oder 2014? Ganz sicher ist man sich in Bulgarien nie.

35 Jahre hat Todor Schiwkow hier regiert. Am Ende war er der am längsten herrschende Parteichef im Ostblock, und als Schiwkow am 10. November 1989 scheinbar mühelos vom Zentralkomitee entlassen wurde, einen Tag nach dem Fall der Mauer in Berlin, blieben die Bulgaren misstrauisch.

Sie glauben nichts auf den ersten Schlag, bis heute. Immer lauert ein Rest an Vorsicht im Umgang mit Fremden und vor allem

mit den eigenen Landsleuten, zum Schutz oft verborgen hinter einem mürrischen Gesicht. Der Eiserne Vorhang, der bald nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs über das Balkanland am Schwarzen Meer fiel, ist nie wirklich ganz verschwunden.

Genau besehen hatte dieser Vorhang auch nur eine Lücke – zur Sowjetunion. Bulgariens Nachbarn im Süden – Griechenland und die Türkei – waren im feindlichen Militärpakt Nato; Titos Jugoslawien war aus dem Ostblock ausgeschert und nicht mehr verlässlich; aber selbst nach Norden, in Rumänien, wo Nicolae Ceaușescu, das selbsternannte „Genie der Karpaten“, herrschte, lag auf beiden Seiten der Grenze eine Sperrzone, wohin Angehörige des Militärs oder Geheimnisträger des Regimes nicht ohne Genehmigung reisen durften.

Ceaușescus Regime ging in Gewalt und Blut unter, der Despot selbst wurde zusammen mit seiner Frau nach einem Schnellverfahren am 25. Dezember erschos-

sen. Ganz anders in Bulgarien. „Die Bulgaren sind ein passives Volk“, hörten westliche Reporter oft, als sie im November 1989 nach Sofia kamen, um auch in diesem Balkanland die Wende zu beobachten: keine Großdemonstrationen, keine Jubelschreie.

Als Eco-Glasnost, eine Umweltbewegung mit demokratiepolitischer Agenda, am 3. November mehrere Tausend Sympathisanten für einen Marsch in Sofia sam-

eln konnte, war das schon viel. Und doch begann Europas Wendejahr 1989 in Bulgarien.

Im Jänner jenes Jahres kommt Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand zu einem Staatsbesuch nach Bulgarien. In der Hauptuniversität in Sofia ist eine Diskussion mit Studenten angesetzt. Was er denn über Länderdenke, wo sich Diktatoren gegen den Willen des Volkes an der Macht halten, will ein junger Mann von dem Franzosen wissen.

Todor Schiwkow sitzt an Mitterrands Seite. Der erwidert listig: „Unter manchen Umständen ist es wichtiger, eine Frage zu stellen, als eine Antwort zu erhalten.“ Am nächsten Morgen lädt Mitterrand zwölf regimekritische Köpfe zum Frühstück in die französische Botschaft. Der Philosoph und spätere Präsident Schelju Schelew ist darunter. Etwas bewegt sich in Bulgarien, wenn auch nur langsam. 25 Jahre später gehen die Bulgaren tatsächlich auf die Straße: gegen die Oligarchen, die Intransparenz, für eine wirkliche Demokratie.

1989–2014
DIE NEUE
ORDNUNG



Graffiti auf Geschichte: Denkmal mit 20.000 Namen von Kommunismus-Opfern in Sofia. F.: Reuters



Offizieller Ausstatter eines guten Morgens!

Hausbrot liefert Ihnen ofenfrisches Brot, Gebäck und süße Backwaren, frisch gepresste Säfte, Fruchtsalate und viele andere feine Wachmacher für einen perfekten Start in den Tag direkt an die Tür. Einfach am Vortag bestellen und am nächsten Morgen genießen.

7 Tage die Woche, exklusiv in Wien.



f /hausbrot.at
www.hausbrot.at



Film ab! QR-Code scannen und mehr über Hausbrot erfahren.

Die Spuren des Eisernen Vorhangs in der Natur

Konzept, Foto: Lukas Friesenbichler, Simon Klausner // Originalfoto: Robert Newald



O

Probleme: Das war es, was Michail Gorbatschow – er war seit 1985 Generalsekretär der Kommunistischen Partei – am 3. März 1989 ankündigte, als ihm der ungarische Premier Miklós Németh mitteilte, dass Ungarn vor habe, die Grenze zum Westen zu öffnen: „Ich sehe da ehrlich gesagt kein Problem.“ Das passte zu Gorbatschows selbstauferlegten Leitmotiven für seine Politik, die auch das Verhältnis zwischen Ost und West entspannen und neu austarieren sollte: „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestroika“ (Umgestaltung). Überreste der Geschichte sind noch da – im Bild eine ungarische Grenzstation bei Hegyeshalom am 15. April 2014.

Eine grüne Brücke zwischen Ost und West

Im Schatten des Eisernen Vorhangs blieben Pflanzen und Tiere oft unbehelligt von Eingriffen. Dort, wo früher Stacheldraht die Menschen trennte, ist ein Grünes Band entstanden: ein Verbund an Biotopen, der vom Eismeer bis ans Schwarze Meer reicht.

Alois Pumhösel

Zumindest da und dort soll die Kutschenitza (slowenisch: Kučnica) wieder wie früher aussehen. Das schmale, einförmige Bächlein, das im südöstlichsten Zipfel der Steiermark auf 20 Kilometern die Staatsgrenze zu Slowenien markiert, schlang sich einst wild mäandernd durch die Wiesen. Die Regulierung kam in den 1960er-Jahren. Der Vertrag zwischen Österreich und dem damaligen Jugoslawien sah sogar vor, dass der Bach nach der Begrädnung mit Panzern überquerbar sein muss, erklärt Johannes Gepp.

Der Ökologe und Vizepräsident des Österreichischen Natur-

schutzbundes hat die Initiative zur Renaturierung der Kutschenitza ins Leben gerufen. Drei Jahre lang wurde geplant und informiert. „Jetzt scheinen wir Gehör zu finden.“ Gepp hofft auf einen Rückbau – zumindest an einigen Stellen. „Seien wir Realisten!“, sagt er abgeklärt.

Die wasserwirtschaftliche Umsetzung wäre ein kleiner Schritt in Richtung einer großen Vision. Die 20 Grenzkilometer der Kutschenitza sind Teil jener 12.500, die Europa einst in Ost und West trennten. Gepp und seine internationale Kollegenschaft wollen den Landstreifen des früheren Eisernen Vorhangs als Grünes Band durch Europa erhalten. Rund um die

scharf bewachte Grenze, im Niemandsland zwischen Minen und Stacheldraht, blieben Pflanzen und Tiere weitgehend unbehelligt von menschlichen Eingriffen. Nur der Kutschenitza half offenbar nicht einmal der Eiserner Vorhang.

Schon zur Zeit der Wende hatten deutsche Naturschützer die Idee, den Bereich der überflüssig gewordenen Mauer mit seinen seltenen Vogelarten als Naturraum zu erhalten, erklärt Gepp, der als Österreich-Koordinator des paneuropäischen Projekts fungiert. Die ehemalige Grenze ist dort nun innerdeutsches Gebiet. Schutzgebiete samt Ökotourismus funktionieren.

25 Jahre nach dem Mauerfall hat sich die Idee auf ganz Europa ausgebreitet. 18 der 24 Staaten mit Anteil am Grünen Band haben eine entsprechende Deklaration unterzeichnet. Auf dem Balkan werden die neuen Staaten eingebunden, Seitenarme des Grünen Bandes entstehen. Russland und Finnland, deren Grenze den längsten Anteil ausmacht, haben sich auf eine eigene Konvention geeinigt, die strenger ist als jene der übrigen Staaten.

Österreichs Anteil ist der zweitlängste: 1218,52 Kilometer. Die Nationalparks Böhmerwald, Thayatal und Neusiedler See sind Teil davon. Ebenso die Grenz-Mur mit ihren Auen, die March, an der sich im Sommer baumbrütende Störche niederlassen, und die Narzissenwiesen der Karawanken; oder der Grenzfluss Malsch im oberen Mühlviertel, wo noch die raren Flussperlmuscheln zu finden sind. Gerade die Flussauen im Schatten der Grenze blieben oft von intensiver Landwirtschaft und Kraftwerksbauten verschont.

Natürlich gibt es auch Lücken: Das Burgenland sei ein Sorgenkind. Monokulturen lassen das Grüne Band verblassen. Wünschenswert wäre ein Korridor von 25 bis 50 Kilometern, wobei vielerorts schon kleine Maßnahmen ausreichen würden: Wildbrücken über stark befahrene Straßen, ein

Heckenband am Ackerrand. Wie so oft geht es auch hier um Fördermittel. Springt der Ökotourismus an, könnte in den Randregionen die Abwanderung der Menschen aufgehalten werden, sagt Gepp.

Zuwanderer gibt es unter den Tieren: Wölfe, Bären und Luchse, denen einst der Grenzübergang verwehrt war. Die Rehe hatten gelernt, Minenfelder zu meiden. Selbst nach der Räumung hätten sich die Tiere mindestens 15 Jahre nicht über die Grenze getraut, erzählt Gepp. Über Generationen behielten sie ihre vom Kalten Krieg geprägten Reviere bei.

Österreich ist durch den großen Anteil zu einer zentralen Schnittstelle für die sechs Nachbarn am Grünen Band geworden. „Man erwartet sich, dass wir da und dort anschieben“, sagt Gepp. Was auch nach hinten losgehen kann. Jahre-

lang habe er sich gegen neue Kraftwerke an den Flüssen des Balkans eingesetzt. Bis ihn dann ein Botschafter warnte, dass er ins Ziel der lokalen Mafia geraten sei.

Trotz der Widerstände entwickelt sich der Grüne Streifen zwischen Eismeer und Schwarzem Meer stetig weiter. Nicht nur im Kleinen wie an der Kutschenitza. Auch im Großen. Noch im September soll eine „Green Net“-Charta zur Förderung des ökologischen Netzwerks zwischen Österreich und seinen Nachbarn unterzeichnet werden. Eine European Green Belt Association soll gegründet werden, die alle beteiligten Parteien an einen Tisch holt. Ein Radweg entlang der Grenze entsteht. Irgendwann soll das Grüne Band zum Unesco-Welterbe werden.

Ein Projekt mit Vorbildwirkung: Gepp empfing bereits eine Delegation aus Südkorea. Die Hoffnung lebt, dass aus dem Minenfeld zwischen Nord- und Südkorea der einst auch ein Grünes Band wird.

1989–2014
DIE NEUE
ANORDNUNG

Aus dem Film in die Natur

Mein 1989 liegt nicht im Jahr 1989. Es liegt an der Donau. Der 13-Jährige aus 1989 war zwar erstaunt, dass Nicolae Ceaușescu, der „böse“ Diktator, tatsächlich hingerichtet wurde. Dass das Volk, so stellte ich es mir vor, über seine Unterdrücker siegte. 1989 war aber im Fernsehen, und was da passierte, war wie im Film.

Viele Jahre später schwang ich mich aufs Fahrrad. Nicht um den ehemaligen Ostblock zu besuchen wie in den 1990ern, sondern um die Donau entlang nach Belgrad zu fahren. Ein Bild von mir vor Ceaușescus monströsem Palast, seinem – welch Ironie! – „Haus des Volkes“, hatte ich schon.

Eine langsame Eroberung des Kulturraums in Ost- und Südosteuropa sollte es sein. Flie-

ßende Übergänge zwischen den Regionen wollte ich erfahren. Dann aber kamen: die Wälder der Hainburger Au, der künstliche Kanal des Kraftwerks Gabčíkovo nach Bratislava, die Gegend um Esztergom – eine Art Wachau Ungarns –, die blühende Puszta nach Budapest, die Minenfelder und zerschossenen Häuser an der kroatisch-serbischen Grenze, die Weingärten der Fruška Gora in der Vojvodina. Und, und, und.

Das war keine langsame Eroberung. Alle 100, alle 50 Kilometer war alles anders. Der Blick vom Fahrrad aus erschloss die Vielfalt, die der Fluss zusammenhält. Eine Errungenschaft von 1989 ist, jenen Linien folgen zu können, die die Natur vorgibt, nicht jenen, die die Politik diktiert. Alois Pumhösel

MEIN
'89

Arbeit ist nicht gleich Arbeit

Ob jemand Arbeiter oder Angestellter ist, macht in einigen Belangen einen Unterschied. Beides klingt sehr ähnlich, ist es aber nicht.

Gudrun Springer

dene Handhabung von vorzeitigen Vertragsauflösungen.

Frage: Gibt es Unterschiede zwischen Angestellten und Arbeitern?

Antwort: Ja. Angestellte, zum Beispiel Bürokräfte, fallen unter die Bestimmungen des Angestelltengesetzes.

Wer Arbeiter ist, ist gesetzlich nicht festgelegt. Unter Arbeitertätigkeiten versteht man einfache bis hin zu hochqualifizierten manuellen Tätigkeiten.

Frage: Was ist der Unterschied?

Antwort: In der Realität bedeutet das unterschiedliche Kündigungsfristen und eine verschie-

Frage: Kann man wechseln?

Antwort: Das muss der Arbeitgeber entscheiden: Für diesen ist es möglich, einen Arbeiter vertraglich in ein Angestelltenverhältnis zu übernehmen, um dessen Rechtsstellung zu verbessern.



präsentiert von DER STANDARD

Die nächste Ö1-Kinderuni am Sonntag um 17.10 Uhr: „Was verdient Schneewittchen? Über die Ursachen von ungleichem Lohn.“ Samstag im STANDARD.

oe1.orf.at
www.kinderuni.at

Der Umbruch im Spiegel der Medien Seite 38

Der Kuss der „Lindenstraße“ Seite 41

derStandard.at/Kultur

Abruptes Ende einer Partnerschaft

Nach nur vier Jahren als Generalmusikdirektor der Wiener Staatsoper legte Dirigent Franz Welser-Möst am Freitag sein Amt zurück. Es habe mit Direktor Dominique Meyer „Auffassungsunterschiede in künstlerischen Belangen“ gegeben.

Ljubiša Tošić

Wien – Schwerer Schlag für die Staatsoper zu Saisonbeginn: Dirigent Franz Welser-Möst hat am Freitag seinen sofortigen Rücktritt als Generalmusikdirektor des Hauses erklärt. Der Grund liege „in den seit längerer Zeit bestehenden Auffassungsunterschieden in künstlerischen Belangen“, so Welser-Möst. Diese seien auch in mehreren Gesprächen nicht auszuräumen gewesen.

Der Oberösterreicher wird demnach auch alle für die aktuelle Saison vorgesehenen Dirigate und Neuproduktionen zurücklegen. Insgesamt hätte Welser-Möst 34-mal am Pult der Wiener Staatsoper stehen sollen. Unter anderem waren mit ihm die Neuinszenierungen von Verdis *Rigoletto* und Strauss' *Elektra* sowie eine Ballettpremiere geplant.

Direktor Dominique Meyer zum für ihn „sehr überraschenden“ Verlust: „Mit großem Bedauern“ habe er am Freitagvormittag „den Brief von Franz Welser-Möst entgegengenommen, in dem er mir den Verzicht auf seine Verpflichtung als Generalmusikdirektor mitgeteilt sowie alle Dirigate in

der laufenden Spielzeit zurückgelegt hat“. Dies sei „natürlich ein großer Verlust – und auch persönlich tut mir dieser Schritt sehr leid, denn ich schätze Franz Welser-Möst als Künstler und Dirigenten sehr.“ Meyer sehe seine Aufgabe nun darin, „so rasch wie möglich Ersatz für die Aufführungen zu finden, die er 2014/15 an der Wiener Staatsoper hätte dirigieren sollen. Gegenüber dem STANDARD äußerte er auch die Hoffnung, „Welser-Möst irgendwann für das Haus wiedergewinnen zu können. Natürlich nicht als Generalmusikdirektor – das ist vorbei.“

Meyer gefasst und ruhig

Welser-Möst über seine Entscheidung gegenüber der APA: „Differenzen über die künstlerische Ausrichtung des Hauses“ seien nicht „von heute auf morgen entstanden. Dominique Meyer ist als Direktor die Nummer eins. Er ist ein sehr netter Mensch und hat in künstlerischen Dingen andere Meinungen. Das steht ihm auch zu. Aber dann muss ich die Konsequenzen ziehen.“ Sein Entschluss sei nicht ad hoc gefasst worden, sondern langsam gereift. „Ich habe den Direktor dann per-



Es geht nicht mehr: Dirigent Franz Welser-Möst (re.) tritt zurück und verzichtet auf alle geplanten Dirigate dieser Saison. Staatsoperndirektor Dominique Meyer (li.) spricht von „großem Verlust“. Foto: APA

sönlich davon informiert und ihm auch mein Rücktrittsschreiben überreicht. Er hat gefasst und ruhig reagiert. Er hat nichts gesagt“, so Welser-Möst. Über Details der künstlerischen Differenzen meint der Dirigent: „Da geht es um Sänger und Dirigenten, da geht es um den ganzen Bereich, der die künst-

lerische Ausrichtung ausmacht.“ Dass er gleichzeitig mit seinem Rücktritt auch seine Dirigate zurückgelegt habe, begründete Welser-Möst damit, „Abstand gewinnen“ zu müssen. „Das kann ich aber nicht, wenn ich im Haus bin. Glauben Sie mir: Das ist eine für mich sehr schmerzliche Entschei-

dung. Gerade nach diesem glücklichen *Rosenkavalier* in Salzburg“ falle es ihm nicht leicht, auf die Zusammenarbeit mit den Wiener Philharmonikern zu verzichten.

Es ist nicht der erste Konflikt zwischen Meyer und Welser-Möst. Bereits in der ersten gemeinsamen Saison musste eine *Così fan tutte*-Premiere abgesagt werden, da Welser-Möst mit Regisseur Jean-Louis Martinoty nach zwei Mozart-Produktionen (*Don Giovanni*, *Figaro*) nicht noch ein drittes Mal zusammenarbeiten wollte. Es schien danach aber ein Modus Vivendi gefunden worden zu sein, der eine tragfähige Zusammenarbeit garantierte.

Seit einer Weile muss es sich jedoch wieder zugespitzt haben: Welser-Möst und Meyer konnten trotz mehrerer Versuche keine Einigung erzielen. Zuletzt hat sich auch Kanzleramtsminister Josef Ostermayer als Vermittler angeboten. Holdingchef Günter Rhomberg deutet nun die Probleme als „Kommunikationskonflikt“. Aber die beiden sind nicht böse aufeinander. „Ob der Posten des Generalmusikdirektors nachbesetzt wird, bleibt offen. Vonseiten der Staatsoper heißt es, für die Beantwortung dieser Frege sei es definitiv noch zu früh.“

Kommentar Seite 48

Der lächelnde Buddha im Klassenzimmer

Disloziert und ins Einkaufszentrum ausgelagert: Die Ars Electronica widmet sich dem Thema Veränderung

Wiltrud Hackl

Linz – Der Parcours erstreckt sich quer durch die Innenstadt, führt u. a. durch Einkaufszentrum und Schule: „Unsere Schüler werden den Beginn dieses Schuljahres ziemlich lebendig in Erinnerung haben“, freut sich Erika Hödl, Direktorin des Akademischen Gymnasiums. Sie hat Schulgebäude samt Innenhof zur Verfügung gestellt, am Montag, dem ersten Schultag, wird der Höhepunkt der Festivalschiene U19 *Create Your World* sein.

Das gesamte zweite Obergeschoß beherbergt *Buddha on the Beach*. Die Installationen, Liveperformances und visuellen Arbeiten taiwanesischer Künstler setzen sich mit verändernden Lebensbedingungen ihres Heimatlandes auseinander. „Sit down and see the Buddha in you“, lächelt Yi-Ping Hung. Seine Installation *Smile Buddha* konfrontiert derart Geköderte mit einem Mosaik aus Gesichtern, das auf Blicke reagiert; fremde Gesichter durch das eigene und schließlich durch viele lächelnde Buddhas ersetzt.

Eine Ecke weiter erkunden Peter Androsch und Anatol Bogenfelder mit *Sonotopia* den barocken Bischofshof als Klangraum. Ergebnis ist u. a. die Aufführung einer Partitur, die sich aus den ermittelten Frequenzen einzelner Räume des 1722 errichteten Palais ergibt.

Auch in einem Einkaufszentrum sind Projekte ausgestellt, auf Monitoren in Schaufenstern zwischen Geschirr, Kleidern oder Tee zeigen Videos der Ausstellung *Change Gallery* Projekte, die verändern. In der Mitte der Mall ein



Antonin Fournau: zeichnen mit wassersensitiven LEDs. F.: FotoFilip

Schlagzeugroboter, alles in allem eine Bespielung, die sicher für ein spezielles Einkaufserlebnis sorgt. An innerstädtische Schräglheit haben sich Menschen aus und rund um Linz längst nicht nur gewöhnt,

sie fordern sie, um den Daheimgebliebenen von der Wildheit der Stadt berichten zu können.

Eher schon ist dieser langgezogene Ton geeignet, Irritation hervorzurufen: Er entfährt zwei hölzernen Dudelsackpfeifen, die an einer Luftmatratze befestigt sind. „Viele Menschen fragen, wie das gesteuert wird“, lacht Ivan Petkov und pumpt weiter Luft in die Matratze, damit die beiden Pfeifen weiterdudeln – ein rein mechanisches Projekt bei der Ars Electronica. Petkov ist Teil der Studierendenausstellung des Masterlehrgangs *Interface Cultures*, der im Rahmen des Festivals mit Ausstellungen und Gesprächen sein zehnjähriges Bestehen feiert.

Mit den Cyberarts werden im Kulturquartier Nicas Auszeichnungen und Anerkennungen des

Prix Ars Electronica präsentiert. Die Schau zeigt etwa ein balancierendes Sofa, einen kommunizierenden Küchenmaschinenpark oder eine Arbeit, die das steuernde System der Cayman Islands hackt und zugänglich macht (und deshalb mittlerweile verboten wurde).

Außerdem im Offenen Kulturhaus: eine schöne Werkschau des Audiokünstlers Bill Fontana. Empfohlen sei auch die Bespielung in und rund um den Mariendom, der zur Eröffnung mit einer poetischen, interaktiven Arbeit (Tomáš Dvořák, Dan Gregor) zum Leuchten gebracht wurde.

www.aec.at

DAS GROSSE MUSEUM im GARTENBAUKINO

TIPP SPEZIAL

VERANSTALTUNG

1. Biologicum Almtal
9. bis 12. Oktober 2014
Grünau im Almtal in Oberösterreich

„Gefühle. Warum wir fühlen wie wir fühlen. Die Biologie der Emotionen.“

Vorträge, Workshops, Exkursionen



Programm, Info & Anmeldung
www.biologicum-almatal.at
OBERÖSTERREICH

VERANSTALTUNG

Katalogpräsentation und Konzert Dorit Chrysler

Sa, 20. 9. 2014
18 Uhr: Katalogpräsentation „Gregor Schmall. Orbis Pictus“ inkl. einer Kurzführung durch die Personale mit der Kuratorin der Ausstellung, Stephanie Damianitsch, und dem Künstler Gregor Schmall

20 Uhr: Konzert der Theremin-Virtuosin Dorit Chrysler

Eintritt 17 EUR / 15 EUR (ermäßigt)
Katalogpräsentation frei
Anmeldung unter office@kunsthalles.at oder
02732/90 80 10

Kunsthalle Krems, www.kunsthalle.at
NIEDERÖSTERREICH

bezahlte Anzeigen

Informationen: T: 01/531 70-133 und -410, F: -479
E-Mail: kulturanzeiger@derStandard.at

KABARETT

»Tralala« Herbert Steinböck & Thomas Strobl

Wer kennt das nicht? Man erinnert sich nur an die ersten ein, zwei Zeilen eines Liedes und dann ... Tralala ... gähnende Leere im Hirn. Keine Ahnung wie's weitergeht. Das Duo Steinböck & Strobl singt, schmalzt, trällert und witzelt sich durch die gesamte Musikgeschichte.

1. 10. 2014 um 20 Uhr

Kulisse, 17., Rosensteingasse 39
Karten: T: 01/485 38 70, www.kulisse.at

WIEN

Journalistische Seismografen und mediale Fehldeutungen

242

Erstunterzeichner unterstützten die am 6. Jänner 1977 in der französischen Tageszeitung *Le Monde* veröffentlichte Proklamation der „Charta 77“, die auf die Nichteinhaltung der Menschenrechte in der damaligen ČSSR aufmerksam machte. Einer der Initiatoren war der Schriftsteller Václav Havel, der am 21. Februar 1989 verhaftet, am 17. Mai freigelassen und am 29. Dezember 1989 zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Trotz der repressiven Haltung der tschechoslowakischen Staatsführung fiel auch dort der Eisenerne Vorhang – im Bild vom 17. Dezember 1989 bauen Soldaten den Zaun auf der Höhe von Laa an der Thaya ab.

Konzept, Foto: Lukas Friesenbichler, Simon Klausner // Originalfoto: Robert Newald



Als die erste Welle der UnOrdnung hereinbrach

Vierzehn europäische Zeitungen deuteten den Umbruch

Gerfried Sperl

Timothy Garton Ash, damals 45 Jahre und mit dem Buch *Ein Jahrhundert wird abgewählt* (Hanser) bekannt geworden, sagte 1990 in einem Interview, das Adelbert Reif für den STANDARD mit ihm führte: „In der Europäischen Gemeinschaft gibt es so viele Regierungen und Institutionen, dass der ganze Apparat undurchsichtig wird. Wir erleben hier das Paradoxon der Nachteile der Demokratie: Unsere Politiker reagieren mit einer solchen Geschwindigkeit auf öffentliche Meinungen und Stimmungen, dass sie das Geschehen nicht mehr führen, sondern von den genannten Phänomenen geführt werden.“

Und er nannte für diesen Befund ein Beispiel, das heute durchaus als prophetisch gelten kann: „Diese Art der Politik erschwert natürlich ein nüchternes und den Realitäten angemessenes Verhalten zu den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen in der Sowjetunion und in Ostmitteleuropa.“

Vierzehn europäische Zeitungen hatten sich damals als *World Media* unter dem Dach der Pariser *Liberation* zusammengeschlossen, um die Umbrüche seit 1989 zu deuten. Mehrere Jahre erschienen u. a. im STANDARD, in der *Irish Times*, in *El País* und im britischen *Guardian* umfangreiche Beilagen und Serien. Die erste, im Dezember 1990 gestartete und im Jänner 1991 als Sonderbeilage zusammengefasste Serie hatte den Titel *Die neue Welt-Unordnung*.

Der Zerfall der Sowjetunion war damals bereits evident, die Jugoslawien-Kriege standen Europa noch bevor. Unter den vielen prominenten Autoren war der ungarische Uni-Professor Imre Marton. Er sagte, nach einer Periode der Schwächung und einer neuen Identitätsfindung werde es in Osteuropa zu einer Wiedergeburt des Nationalismus kommen.

Wie recht er hatte – seine Ein-

schätzung betraf nicht nur Russland, sondern auch seine eigene Heimat Ungarn. Der damalige italienische Außenhandelsminister Renato Ruggiero interpretierte diese Entwicklung so, dass er Spannungen und Eruptionen an den jeweiligen Rändern der neuen Republiken vorhersah. Georgien und heute die Ukraine erwiesen sich als Beispiele.

Fast alle Kommentatoren nannten den Nahen Osten als Krisengebiet für die nächsten Jahrzehnte. Jacques Attali, der linke französische Politiker, damals erster Chef der neuen Europabank in London, weitete ebenso wie Horst Teltschik, der deutsche Politikberater, die Explosionszonen auf die Golfregion und auf Pakistan/Indien aus.

Einer, der sich in fast allen seinen Voraussagen irrte, war der heute zum Konservativen gewandelte ehemalige Sicherheitsberater von Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski. „Die USA bleiben die einzige Weltmacht“, erklärte er (China übersah er), und von der UdSSR und ihren Nachfolgestaaten behauptete er: „Die sind heute schon Mitglieder der Dritten Welt.“ Er sagte eine Abnahme der Macht des Militärischen voraus und behielt nur in einem recht: „Der Balkan ist ein Krisenherd.“

„Kultur der Unruhen“

Relativ bescheiden fiel damals die Analyse des Islam aus. Unter dem Titel „Fundamentalismus oder: Saddam und die Fackel des Islam“ schrieb der 2009 verstorbene französische Arabist Bruno Étienne, Saddam Hussein habe versucht, eine Vormachtstellung zu erringen. Eher als das werde es aber eine „Kultur der Unruhen“ geben.

Immerhin zwei von 32 Seiten widmen sich der Migration. Gil das Simons Hauptargument: Solange ihre Ursachen nicht behoben seien (Ungleichheit, Kriege, Klimawandel), werde sie weiter wachsen.

1989–2014
DIE NEUE
UNORDNUNG



Historische Vorboten und Rück-schauen auf 1989 im STANDARD.

Die weniger offensichtlichen Adern des Zeitgeschehens

Wie das ALBUM die Phasen des Umbruchs wahrnahm

Michael Freund

Ich hasse mathematisch konstruierte Geschichten: Es waren die ersten Worte im ersten ALBUM des STANDARD, Anfang März 1989. Der Regisseur Barry Levinson sagte sie im Interview. Sie könnten auch dafür stehen, welche Richtung die Wochenendbeilage nehmen sollte. Chefredakteur Gerfried Sperl wünschte sich eine überraschende Mischung – jedenfalls keine mathematischen Konstruktionen –, natürlich mit Politik und Zeitgeschehen.

Die sollten schneller Material liefern, als wir uns damals vorstellten. Immerhin, bereits in dieser ersten Nummer hieß es aus dem noch einigermaßen intakten Jugoslawien: „Bedrückender Nebel über Slowenien.“

Im Sommer 1989 – ich hatte gerade die Leitung des ALBUM übernommen – berichteten wir über die weniger tagesaktuellen Auswirkungen der Unruhen im Osten, die von politischen Seismografen als kleines Zittern eher ignoriert wurden. Burkhard Müller-Ullrich besuchte „Europas kleinsten Presse-Multi“ Antonin Liehm, den Gründer der grenzüberschreitenden *Lettre Internationale*. Ich nahm in einer Glosse etwas wahr, das den „Ostblock“ als Bühne für neue Konflikte ahnen ließ: einen Aufkleber auf einem ungarischen Auto in Wien mit den Worten „Freedom for Hungarians in Transylvania!“.

Noch im September schrieben wir über Ausschreitungen in Kreuzberg, „an der Berliner Mauer“ als etwas für alle Zeiten Gegebenen. Andererseits sahen wir kurz vorher schon ein Land „in Bewegung geraten, zwischen Devisenverlockungen und Unabhängigkeitswünschen eingekeilt“, nämlich Polen, auf der Suche nach „Beziehungen, die nicht zum Würgegriff werden.“

Dem Duo Christian Seiler (Text) und Manfred Klimek (Fotos) gelangen zwei so aktuelle wie pro-

phetische Porträts: Ende August zeigten sie den Ostberliner Pastor und Bürgerrechtler Rainer Eppelmann noch mit einem „Schüttelfrost der Resignation“ – kurz danach wurde er in der ersten frei gewählten DDR-Regierung Minister und dann Mitglied des deutschen Bundestages.

Kurz vor dem Mauerfall

Im September besuchten sie Václav Havel im nordtschechischen Hradčec. Havel war bekannt als Bürgerrechtler, Literat, Dissident, Persona non grata. Drei Monate später, als ob sie's geahnt hätten, war er Präsident der ČSSR.

Der Fall der Berliner Mauer war nur noch fünf Tage entfernt, als wir uns, sozusagen ganz im Gegenteil, den von Ceaușescu angeordneten Wahnsinnsbauten scheinbar für alle Ewigkeit mitten in Bukarest widmeten. Als das Brandenburger und andere Tore dann wirklich geöffnet wurden, war schon Redaktionsschluss fürs ALBUM. Daher hatten wir ein Interview mit Billy Joel im Blatt. Immerhin ging's auch um Glasnost ...

Was danach geschah: Die Wochenendbeilage spürte weiterhin wie eine Wünschelrute die weniger offensichtlichen Adern des Zeitgeschehens auf. Gábor Ocsóvai berichtete vom jahrzehntelang vertuschten Schicksal der Karpatenungarn und deren Protesten, Birgit Flos von der beginnenden Kunstszene an und auf der Berliner Mauer, Petra Steiner und Thomas Mitterer von Bürgerinitiativen in Brno.

Material für Resümees im letzten Dezemberheft gab es also mehr als genug. Sperl konstatierte, gegen Fukuyama, „die Wiederkunft der Geschichte“. Ich sah die „große Unordnung“ der Gegenwart in der Ausstellung „Imitation“ gespiegelt. Und Josef Kirchengast machte auf die „Ära der Fundamentalisten“ aufmerksam – immerhin ein gutes Jahrzehnt vor 9/11. Das ALBUM blieb dran.

Das Jahr 1989 war und ist ein beliebter Filmstoff

2

Stunden Fernsehprogramm pro Tag sendete das rumänische öffentlich-rechtliche Fernsehen im Revolutionsjahr 1989. Da war Nicolae Ceaușescu seit 22 Jahren Diktator, und Rumänien sollte das blutigste Kapitel des Jahres 1989 schreiben. Begonnen hatte der Aufstand in Timișoara (Temeschwar), der zweitgrößten Stadt des Landes, mehrere Unruhen waren blutig niedergeschlagen worden, schließlich schwappte die Revolution über auf Bukarest. Am 22. Dezember wurde Ceaușescus Sturz verkündet. Das Bild entstand zu Weihnachten in Timișoara. Einen Tag später, am 25. Dezember, wurde das Ehepaar Ceaușescu hingerichtet.

Konzept, Foto: Lukas Friesenbichler, Simon Klausner // Originalfoto: Votava



Die Regeln eines längst verlorenen Spiels

Der Dokumentarfilm kehrt immer wieder zu den historischen Ereignissen von 1989 zurück und unterzieht dabei auch die Bilder einer Revision. Von verlorenen Revolten, vorlauten Papageien und Derbys im Schneetreiben.

Dominik Kamalzadeh

Gerade steht man noch an der Spitze eines Staates, zwei Jahre später ist man schon eine Witzfigur. Der Dokumentarist Marcel Ophüls geht in seinem 1991 realisierten Film *November Days* mit Egon Krenz nicht zimperlich um. Verstrickt sich der letzte DDR-Staatschef in Widersprüche, montiert der Regisseur einen Papagei dazwischen, der einzelne Wörter verballhornt. Des Vogels Stimme, der eigentlich dem Parteigenossen Günter Schabowski gehört, ist eindeutig jene von Ophüls selbst. Er duldet die

Relativierungen von Krenz nicht, der sich noch immer ein wenig wie ein Staatsmann fühlt.

November Days, der mit BBC-Aufnahmen vom 9. November beginnt, ist der Film eines Mannes, der von außen auf einen verschwundenen Staat zurückblickt. Ophüls interviewt Zeitzeugen, systemtreue Literaten wie Stephan Hermlin, Intellektuelle wie Heiner Müller, aber erst an Technokraten wie Krenz, Schabowski oder dem Stasi-General Markus Wolf wird deutlich, dass er wie ein leicht boshafter Komödienregisseur vorgeht. Die Nomenklatur stellt er infrage, indem er ihren

Vertretern unbequeme Fragen stellt oder Aussagen mit Filmausschnitten karikiert.

Interessanterweise war es sonst dem Spielfilm vorbehalten, mit Komik auf die Ereignisse von 1989 zurückzublicken (*Good Bye Lenin*). Im Dokumentarfilm, zumal jener Regisseure, die in der DDR aufgewachsen sind, herrscht die höher entwickelte Sensibilität für den Umbruch vor. Thomas Heise filmte in den Novembertagen von 1989 in einer Imbissbude auf dem Bahnhof Lichtenberg in Berlin. Die Angestellten bereiten in *Imbiss spezial* Würstchen zu, kochen Erbsensuppe. Auf der Tonebene wird die Bedeutung des historischen Moments über das Stimmkonzert erfahrbar, in dem sich Staatsfunk mit Gesprächen von

Passanten mischt. Am Ende steht: „Aus Ideen werden Märkte. Deutsche Bank“ – eine Systemablöse.

Mit *Eisenzeit* verwirklichte Heise zwei Jahre später einen erschütternden Film über die „Lost Generation“ der DDR: Fragmentarisch werden die Biografien innerhalb einer Freundschaftsgruppe aus Eisenhüttenstadt rekapituliert, für die es in der Diktatur keinen Platz, keine Würde gab. Auch die Wende war keine zu einem glücklicheren Leben.

Je länger der historische Zeitpunkt zurückliegt, desto erratic, gespenstischer wirkt das historische Bildmaterial in den Filmen. Dies veranschaulichen etwa zwei Arbeiten aus Rumänien. Andrei Ujicäs Film *Die Autobiografie von Nicolae Ceaușescu* (2010) montiert Archivaufnah-

men, welche die Laufbahn des rumänischen Staatschefs von 1965 bis zu seiner Erschießung 1989 zeigen, zu einer surreal wirkenden Reise in das Regime eines Despoten. Er zeigt damit auch die totalitäre Qualität der Bilder auf.

Cornelium Porumboiu beschränkt sich in seinem Film *The Second Game* (2014) dagegen auf ein einziges Fußballspiel aus dem Winter 1988. Steaua spielt gegen Dinamo, der Verein der Armee gegen den der Securitate. Es schneit, der Ball ist kaum zu sehen. Porumboiu filmt das Spiel von einem VHS-Band in Realzeit ab und unterhält sich dabei mit seinem Vater, der es gepfiffen hat. Dieser ließ den Ball laufen, gab öfters Vorteil, als man es heute täte.

Klar wird dabei, dass man die Nuancen der Spielregeln kennen muss, um den Verlauf der Geschichte zu verstehen. Das Match ging damals unentschieden aus.

1989–2014
DIE NEUE
ANORDNUNG

Gewinnspiel

DAS RADIOKULTURHAUS UND "DER STANDARD" PRÄSENTIEREN:

LIVE@RKH

BO CANDY & HIS BROKEN HEARTS
+ THE SADO MASO GUITAR CLUB

16.09.2014

--- Großes Sendesaal – 20:00 Uhr – Eintritt: EUR 17,-

Mit ORF RadioKulturhaus-Karte 50% Ermäßigung.

AboVorteil für STANDARD Abonnenten 10%.

KARTEN UND INFOS: <http://radiokulturhaus.ORF.at>Gewinnen Sie mit dem
STANDARD

5 x 2 Eintrittskarten.

Teilnehmen unter:

derStandard.at/Gewinnspiele

Fax: 01/531 70-9216 oder

DER STANDARD

Vordere Zollamtsstraße 13,

1030 Wien

Einsendeschluss:

Freitag, 12. September 2014,

12:00 Uhr

derStandard.at/Gewinnspiele

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Infos zu dieser Veranstaltungsreihe bieten: „HEIMSPIEL“ – das RadioKulturhaus-Magazin, radiokulturhaus.ORF.at und derStandard.at/AboVorteil

Jubel von der ČSSR bis Chile

Mitte Dezember 1989 saß ich auf der sonnigen Terrasse eines Hauses an der Pazifikküste Chiles. Mich riss die im Land herrschende Feierstimmung mit: Wenige Tage zuvor war mit dem Christdemokraten Patricio Aylwin ein Präsident gewählt worden, der die seit 1973 das Volk unterdrückende Militärdiktatur beendete. 1989 war für Südamerika ein Wendejahr wie für Europa. Auch in Brasilien wurde mit Fernando Collor de Mello im November erstmals seit 29 Jahren ein Präsident vom Volk gewählt.

Im chilenischen Fernsehen lief eben eine Übertragung aus Prag, wo die Tschechische Philharmonie zu Ehren von Václav Havel und der siegreichen Samtenen Revolution die *Ode an die Freude* von Beethoven spielte. Im November stand ich, als tief

beeindrachter Reporter, selbst auf dem eiskalten Wenzelsplatz in der Menschenmenge, die, von Havel ermutigt, ihre schon schwachen kommunistischen Machthaber nach Hause schickte. Der Eiserne Vorhang ging auf.

Nicht überall endete das Jahr so friedlich. In Rumänien stand noch ein blutiger Umsturz mit 1000 Toten bevor, eine Warnung, dass die Gewalt nicht für immer überwunden war. Aber 1989 kämpften engagierte Bürger aller politi-

schen Richtungen – eher linke in Lateinamerika, eher rechte in Osteuropa – einen kurzen historischen Moment lang für dieselben Ziele: 1. Rechtsstaat, 2. Freie Wahlen, 3. Soziale Gerechtigkeit, 4. Saubere Umwelt, 5. Ein gutes Bildungswesen. So hatte es das Prager „Bürgerforum“ definiert. Erhard Stackl

MEIN
'89

Wieso die „Lindenstraße“ den Mauerfall verschlafen hat

„Endlich die ehemalige DDR erobern“

1500 Folgen zählt die „Lindenstraße“ bald. Produzent **Hans W. Geißendörfer** erinnert sich und erklärt, warum den „Ossis“ das Münchner Soziotop bis heute fremd geblieben ist. **Doris Priesching** fragte.

STANDARD: In der 1500. Folge der „Lindenstraße“ am 28. September kommt ein alter, sehr schrecklicher Bekannter – Robert Engel. Wieso haben Sie ihn wieder gebraucht?

Geißendörfer: Weil er nach wie vor eine sehr starke Fangemeinde hat und weil so eine Serie „das Böse“ braucht. Und wir brauchen sie ja auch, die Figur, die das trägt und auch gerne spielt. Schauspieler interpretieren ja lieber gute und nachahmenswerte Figuren.

STANDARD: Haben Sie Schwierigkeiten, „das Böse“ für die „Lindenstraße“ zu finden?

Geißendörfer: Nach meiner Berufserfahrung spielen Schauspieler gerne den Bösen, wenn es zeitlich begrenzt ist. In einem Kinofilm oder einem Fernsehspiel hat niemand etwas dagegen. Bis auf den Kinderschänder, der ist tabu. Bei einer Serie wie der *Lindenstraße* zögern die Darsteller, weil sie sagen, der Zuschauer identifiziert sie eins zu eins mit der Figur.

STANDARD: Robert Engel ist ja eine Figur der späten 1980er, die die atmosphärische Kälte der Vorwendezeit widerspiegelt. Ist sein Wiedereinstieg eine Botschaft zur Zeit?

Geißendörfer: So hätte ich es nicht gedacht. Robert Engel ist zeitpolitisch nicht wiedergekehrt. Aber Sie haben recht, es gibt Geschichten in der *Lindenstraße*, die entstehen, weil die Atmosphäre es verlangt. Da ist ein politischer Mief im Land, da entstehen Geschichten wie die von Robert Engel in den 1980er-Jahren.

STANDARD: Wie kam die Wende in der „Lindenstraße“ vor?

Geißendörfer: Verzögert. Wir waren so überrascht, dass wir erst gar nicht daran dachten, dass wir etwas tun müssen. Dann haben wir aber sehr gründlich reagiert, indem wir schnell Schauspieler der ehemaligen DDR geholt haben.

STANDARD: Die Blumenverkäuferin Claudia Rantow. War sie eine beliebte Figur?



Produzent **Hans W. Geißendörfer**.



Geißendörfer: Das war sie, und eine tolle Schauspielerin. Später verliebte sie sich in Olaf Kling, und dann kam es zur Katastrophe.

STANDARD: Er hat sie geschlagen, und sie ging.

Geißendörfer: Gewalt in der Ehe ist ein Dauerthema, auch zu zeigen, wie man wieder rauskommt. Später haben wir eine Studentenkommune in Dresden aufgebaut. Wir wollten damit nicht nur zeigen, dass Deutschland größer geworden ist, sondern auch die neuen Bundesrepublikaner zur *Lindenstraße* verführen.

STANDARD: Ging die Rechnung auf?

Geißendörfer: Überhaupt nicht. Bis heute gibt es im ehemaligen Osten Deutschlands ganz wenige *Lindenstraße*-Fans. Wir denken viel darüber nach, auch wie wir es zum dreißigjährigen Jubiläum schaffen, endlich die ehemalige DDR zu erobern.

STANDARD: Für die aktuellen Bezüge ist die „Lindenstraße“ berühmt. Wie entsteht so ein Einwurf?

Geißendörfer: Dafür haben wir eine Aktualisierungsredaktion. Es ist schwierig: Sie müssen eine fertige Szene aufmachen, die Figuren in der gleichen Aufmachung

und Frisur wie vor sechs bis acht Wochen einbauen und den neuen Inhalt mit dem alten vermischen. Die Aktualisierung ist eine meiner Lieblingserfindungen, ich halte sie für verdammt wichtig und für den Zuschauer erfreulich.

STANDARD: Derzeit ist eine Moschee Thema in der Serie. Wie bestellt kamen Proteste. Wie gehen Sie damit um?

Geißendörfer: Mir war klar, dass das Thema provozieren wird. Das ist typisch *Lindenstraße*: Als wir in den 1980er-Jahren den ersten schwulen Kuss hatten, war die Aufregung so groß, wie wenn wir jetzt eine Moschee da reinstellen.

STANDARD: Wie hat sich das Fernsehmachen seither verändert?

Geißendörfer: Die digitale Welt hat uns verändert, und sie hat das Fernsehen verändert. Wir können mit den billigsten Handys Fernsehen machen.

STANDARD: Was ist schlechter geworden?

Geißendörfer: Weniger Geld. Früher haben die Sender nicht über ihre Schulden geklagt, sondern höchstens darüber, dass die Gebühren zu niedrig sind. Heute klagt jeder Sender über angeblich viele Millionen Euro Schulden. Wir haben in der *Lindenstraße* auch ein Sparprogramm.

1989–2014
DIE NEUE
MORDUNG

Berühmtestes Bild aus der „Lindenstraße“: Carsten Flöters Kuss mit Robert Engel wühlte das vereinte Deutschland Anfang der 1990er-Jahre auf.

Fotos: WDR

Geißendörfer: Ja. Wir haben die Kalkulation den Erfordernissen angepasst.

STANDARD: Bis 2016 ist die „Lindenstraße“ gesichert. Dann ist Schluss?

Geißendörfer: Nee. Ich bin sehr optimistisch, dass wir noch einmal dreißig Jahre schaffen. Aber ich habe für die Nachfolge gesorgt. Meine Tochter wird noch ein paar Jahre lernen und dann den Laden übernehmen.

STANDARD: Daneben basteln Sie an der Videoplattform „Alles Kino“. Wird das schon genutzt?

Geißendörfer: Wir haben Partnerschaften mit *Spiegel.de* und *Arte*. Auf www.alleskino.de kann man das deutsche Filmerbe eines Tages hoffentlich insgesamt abrufen.

HANS WERNER GEISSENDÖRFER (73) produziert Filme und führt Regie, etwa „Die gläserne Zelle“ (1978) und zuletzt „In der Welt habt ihr Angst“.

Falsche Zeit, falscher Ort

Es gibt das Phänomen, zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu sein, aber das bedingt, dass auch das Gegenteil vorkommt: zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein. 1989 war ich das. Denn wer in den 80er-Jahren in Oberösterreich jugendlich war, ist noch in dem Glauben aufgewachsen, dass „go west“ der einzige Weg in Richtung Freiheit war. Als ich 1989 die Matura hinter mir hatte, lag Amerika vor mir. Konkret in Form von zehn Monaten Chicago, in denen ich bei der Exfrau meines Vaters lebte, einer Art coolen Ersatz-Mum, die mir aber keinerlei Vorschriften machte. Vorher war ich mit meinem Vater durch Texas gereist und hatte einen Freund in New York besucht, der ein Loft (!) in Brooklyn hat-

te. In Chicago hatte ich einen Babysitter-Job bei den Töchtern eines emigrierten ostdeutschen Arztpears, und ich besuchte Kurse am Art Institute. Ich war gerade 18. Was wollte ich mehr? Als im November ein eisiger Wind über den Michigan Lake blies, fegte in Europa der „wind of change“ den Eisernen Vorhang davon. Von einem Kingsize-Bett aus sah ich im US-Fernsehen die Berliner Mauer fallen. Natürlich heute ich wie ein Schlosshund, aber nicht nur aus Rührung, sondern auch darüber, dass so nah am Zuhause so viel Aufbruch in Richtung Freiheit passierte. Erst im Frühsommer 1990 hieß es für mich: Go east. Ich fuhr sofort nach Prag. Dort spielten schon die Rolling Stones. *Mia Eidhuber*

MEIN
'89

Weniger Fellner bei der News Network

Webplattform soll in Verlagsgruppe eingebracht werden – Dann auch „Kurier“ an Bord

Wien – 13 Jahre und sechs Geschäftsführer brauchte die News-Gruppe, um ein unternehmerisches Handicap zu beseitigen: Der Magazinkonzern und seine Online-Plattform News Network sollen nach STANDARD-Infos unter ihrem neuen Manager Horst Pirker dieselben Gesellschafter bekommen.

Hier wie dort hält bisher der deutsche Magazinriese Gruner + Jahr (Bertelsmann) die Mehrheit. Hier wie dort sind die Gründer der marktbeherrschenden Magazingruppe beteiligt – die Familie Fellner.

Da werden die Gemeinsamkeiten deutlich dünner. Denn der Ku-

rier, dem seit der Megafusion der Magazine 2001 am Verlag von *News*, *tv-media*, *Woman* und *Gusto* 25,3 Prozent gehören, ist nicht an der Network beteiligt.

Die – 2001 noch deutlich erfolgreichere – Online-Plattform gehört auch heute noch Gruner + Jahr (75 Prozent) und den Fellners. Deren 25 Prozent sichern ihnen mehr Gewicht bei der Network als beim Verlag. Ihre rund 18,7 Prozent am Verlag mussten sie auf eine Finanzbeteiligung ohne Mitspracherechte reduzieren, als sie, obwohl noch News-Gesellschafter, 2006 die Zeitung *Österreich* mit zunächst üppigen Magazinteilen starteten.

Nun soll die Network nach Infos des STANDARD in die Verlagsgruppe News eingebracht werden. Schon um die Verrechnung von Leistungen zwischen den beiden Firmen zu erleichtern – oder auch die wechselseitige Werbung. Bisher könnte sich der *Kurier* beschweren, wenn die News-Gruppe die Network bewirbt, an der er nicht beteiligt ist.

Die *Österreich*-Macher Fellner wird ein bisschen Extrageld für die Anteilsverschiebung nicht stören. Branchenkenner bewerten die Network im niedrigen Millionenbereich.

Die Beteiligten schweigen vorerst über den geplanten Deal. (fid)



Perspektive
wechseln

www.datum.at/abo

DATUM
Magazin für Politik
und Gesellschaft

Das Kapital der Demokratie im 21. Jahrhundert

Von Impulsen zur Steigerung des Wachstums seit den 1980er-Jahren profitierten vor allem obere Einkommensschichten.

Das hat nicht nur Auswirkungen auf das Kapital, sondern auch auf das politische System.

Joseph E. Stiglitz

Die Aufmerksamkeit, die das jüngste Buch von Thomas Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, in den Vereinigten Staaten und anderen Industrieländern erhielt, lässt auf wachsende Besorgnis bezüglich der steigenden Ungleichheit schließen. Das Buch betont besonders die bereits jetzt überwältigenden Beweise für die zunehmende Konzentration von Einkommen und Reichtum in den obersten Einkommensschichten.

Weiterhin werden die etwa dreißig Jahre nach der Großen Depression und dem Zweiten Weltkrieg aus einem anderen Blickwinkel dargestellt, und zwar als historische Anomalie, die möglicherweise Folge eines durch umwälzende Ereignisse erzeugten ungewöhnlichen sozialen Zusammenhalts war. In dieser Ära schnellen Wirtschaftswachstums wurde der Wohlstand breit verteilt, und alle Gruppen machten Fortschritte, auch wenn diejenigen ganz unten prozentual am wenigsten profitierten.

Piketty wirft auch ein Licht auf die von Ronald Reagan und Margaret Thatcher in den 1980ern als Wachstumsverstärker verkauften „Reformen“, die allen zugutekommen sollten. Nach diesen Reformen gingen das Wachstum und die weltweite Stabilität zurück, und von dem Wachstum, das tatsächlich stattfand, profitierten vor allem die obersten Einkommensschichten.

Aber Pikettys Arbeit wirft auch grundsätzliche Probleme der Wirt-



Ihre Schritte in den 1980er-Jahren werden heute kritisch betrachtet: Margaret Thatcher und Ronald Reagan (rechts), unterstützt von Helmut Kohl, verkauften Reformen als „Wachstumsverstärker“. Foto: EPA

schaftstheorie und der Zukunft des Kapitalismus auf. Er beschreibt große Steigerungen im Verhältnis von Wohlstand zu Produktion. In der Standardtheorie würden solche Steigerungen mit nachlassenden Kapitalerträgen und steigenden Löhnen in Verbindung gebracht. Aber in letzter Zeit scheinen die Kapitalerträge nicht zurückgegangen zu sein, dafür aber die Löhne. In den USA fielen die Durchschnittslöhne in den letzten vier Jahrzehnten um etwa sieben Prozent.

Die naheliegendste Erklärung dafür ist, dass die gemessene Steigerung des Reichtums nicht mit einem Anstieg des Produktivkapitals einhergeht – und die Daten scheinen diese Interpretation zu stützen. Diese Zunahme von Reich-

tum stammt zu einem großen Teil aus der Wertsteigerung von Immobilien. Vor der Finanzkrise von 2008 gab es in vielen Ländern eine Immobilienblase, und bis heute fand möglicherweise keine vollständige „Korrektur“ statt. Die Wertsteigerung kann auch Folge eines Wettbewerbs der Reichen um „Statusgüter“ wie Häuser am Strand oder Apartments in New York Citys Fifth Avenue sein.

Manchmal liegt eine Steigerung des gemessenen finanziellen Reichtums an kaum mehr als einer Verwandlung von „ungemessenen“ in gemessenen Reichtum. Ein solcher Wandel kann einen Rückgang der allgemeinen Wirtschaftsleistung widerspiegeln. Wenn die Macht der Monopole zunimmt oder Unternehmen (z. B. Banken) bessere Methoden zur Ausbeutung normaler Konsumenten entwickeln, äußert sich das in höheren Profiten und in kapitalisierter Form als Zunahme des finanziellen Reichtums.

Aber in diesem Fall nehmen natürlich das Wohlbefinden der Ge-

samtgesellschaft und die wirtschaftliche Effizienz ab, selbst wenn der offiziell gemessene Reichtum steigt. Wir beziehen lediglich den gleichzeitigen Wertverlust des Humankapitals – des Wohlstands der Arbeiter und Angestellten – nicht mit ein.

Wenn Banken darüber hinaus erfolgreich ihren politischen Einfluss nutzen, um Verluste zu verstaatlichen und mehr und mehr ihrer fragwürdigen Gewinne zu behalten, steigt im Finanzsektor der gemessene Reichtum. Der damit einhergehende Verlust des Reichtums der Steuerzahler wird nicht gemessen. Auch wenn Konzerne die Regierung dazu bringen, zu viel für ihre Produkte zu bezahlen (wie es die großen Pharmakonzerne erfolgreich getan haben), oder Zugang zu öffentlichen Ressourcen zu weniger als dem Marktwert erhalten (wie es bei Bergbauunternehmen der Fall war), steigt der dokumentierte finanzielle Reichtum, auch wenn der Wohlstand der Bürger abnimmt.



Stiglitz: Steigender Reichtum bringt nicht immer Wohlstand.

Foto: AP

ANTONIO FIAN

Der Geist aus dem Sumpf

(Sumpflandschaft. Umherirrende Gestalten. Glibbern und Blubbern, Brabbeln und Plappern. Der Geist des „profil“ tritt auf, steigt auf einen mitgebrachten Schemel, breitet die Arme aus und beginnt zu sprechen. Die Umherirrenden bemerken ihn nicht.)

GEIST: Michael Spindelegger ist endlich zurückgetreten! Er hat sich uns und dem Land gegenüber respektlos verhalten. Unfähigkeit zur Kommunikation, schlechtes Benehmen, Inkompetenz, Unehrlichkeit, das war es, was er verkörpert hat. (Lauter:) Ja, ich gebe es zu, wir bei „profil“ hatten besonders wenig Freude mit Michael Spindelegger. Der Vizekanzler pflegte zwar einen amikalen, bisweilen schmeichlerischen Ton im Umgang mit diesem Magazin, aber ich kann mich nicht erinnern, dass er mir persönlich jemals auch nur angedeutet hätte, was er wirklich über uns denkt! (Wieder leiser, mit einem Anflug von Trauer:) Wie wenig er uns mag. Warum er uns verachtet. (Wieder lauter, mit erhobenem Zeigefinger:) Dass er uns vor allem niemals verzeihen würde, was wir über den privilegierten Wechsel seiner Ehefrau von einem EU-Job in Brüssel nach Wien berichtet hatten! All das hörten wir nur, weil Spindelegger sich an allen Ecken beschwerte!

(Kurze Pause. Er beugt sich nach vorn und spricht eine der umherirrenden Gestalten direkt an, wird jedoch nicht bemerkt.)

GEIST (mit einem mitleidigen Lächeln): Recht rührend daher auch Spindeleggers Plan, „profil“ als Medium zu negieren. Bei den regelmäßigen Versicherungen, er werde uns selbstverständlich ein Interview geben, mussten wir bisweilen bitter lachen. (Lacht bitter. Da die erste Gestalt weitergegangen ist, wendet er sich an eine andere. Sie bemerkt ihn nicht.) Er hielt seine Versprechen nie. Wäre er nicht zurückgetreten, dann hätten wir in den nächsten Wochen zwei weiße Seiten publiziert mit der Überschrift: „Hier das vom Finanzminister versprochene Interview“. (Lacht sarkastisch. Blickt sich um. Keine Reaktion. Richtet den Blick zum Himmel und breitet die Arme aus:) Jetzt also Reinhold Mitterlehner. Was wird kommen?

(Pause. Keine Reaktion. Geist ab. Glibbern und Blubbern, Brabbeln und Plappern. Vorhang)

Material: Christian Rainer, „Eine Volkspartei“ – „profil“, 30. 8. 2014

Das war Ihr 1989: Freudentränen, Trabis und keine Currywurst

Wie haben Sie 1989 erlebt?, fragte derStandard.at Ende August und bat: „Erzählen Sie uns von Ihren Erlebnissen rund um die weltpolitischen Umbrüche ab dem Jahr 1989.“

Bis Freitag taten dies mehr als 430 Userinnen und User.

Walter Kaiser etwa schreibt: „Das ist einfach: Ich bin pausenlos mit offenem Mund vor dem Fernseher gesessen.“

Unter dem Nickname **Eireamon** wird von Tränen der Freude berichtet: „Nachdem die Mauer und ich beide 1961 das Licht der Welt erblickten, konnte ich es gar nicht fassen, dass ich sie locker überlebt hatte.“

User **Nicolas Castillo** hat sein 1989 „nachts in Berlin“ verbracht: „100 DM Begrüßungsgeld abgegriffen und meine ersten Adidas-Turnschuhe für 99 DM gekauft. Currywurst war da nicht mehr drin. Lustig war eine Verkäuferin bei Wertheim, die hielt Schinkenstückchen zum Probieren auf einem Tablett und

meinte, ich solle ruhig mal zugreifen, kenne ich ja nicht, wo ich herkomme. Darauf habe ich ihr dann gesteckt, dass eigentlich Bananen und nicht Schinken unser Problem waren.“

„Unvergessen“ bleibt für **Araquin** ein Morgen in Wien: „Ich fuhr zeitig in der Früh am 10. September 1989 auf der Simmeringer Hauptstraße zum Flughafen – die A4 gab es noch nicht – und an diesem Tag hatte Ungarn die Grenzen für alle DDR-Bürger geöffnet. Auf Höhe Zentralfriedhof kamen mir die ersten DDR-Trabis entgegen. Ich war unheimlich gerührt, hupte, winkte, viele vor und hinter mir auch.“

User **Der Li-La-miese-Launebar** ist Ende 89/Anfang 90 mit zwei Freunden erstmals „über nach Westberlin. Wir haben uns dafür durch Löcher in der ramponierten Mauer gezwängt, weil man nur mit Ausweis die Grenzübergänge passieren durfte.“

Nadine Krier näherte sich der Mauer von Westen her. Damals



Foto: Nadine Krier

18 und fotobegeistert, „bettelte“ sie ihren Vater an, mit ihr in den Weihnachtsferien nach Berlin zu fahren, „wo meine erste Fotoreportage entstand“ (Bild oben). Die Fotografie wurde ihr Beruf, seit 2001 ist Krier Medizinische Fotografin in der Chirurgie der Unizahnklinik Wien. (nim) derStandard.at/1989

Was aus den großen Chancen des Jahres 1989 geworden ist

41

Jahre war die Grenze zwischen Österreich und Ungarn geschlossen. Am 19. August 1989 – beim „Pan-europäischen Picknick“ – sollte sie sich für drei Stunden öffnen. Wer da noch nicht flüchtete, feierte, wie geplant, bei Pörkölt, Wurst und Speck, mit Wein und Bier mit den Veranstaltern von der Paneuropa-Union und dem Ungarischen Demokratischen Forum. Auch in den Tagen danach kamen viele DDR-Bürger via Ungarn und Österreich in die BRD – im Bild zwei Flüchtlinge mit einem westdeutschen Pass am 21. August 1989. Das Picknick hatte ein Holztor in den Westen für drei Stunden geöffnet – und noch viel mehr.

Konzept, Foto: Lukas Friesenbichler, Simon Klausner // Originalfoto: Votava



Europa – ein Kontinent, der seine Ziele verrät

1990 sind den Europäern unwiederbringliche Chancen eröffnet worden, in Freiheit und Sicherheit leben zu können. Russland galt als Schlüsselland. Was ist daraus geworden? Derzeit sind die Beziehungen zwischen Ost und West ein politischer Scherbenhaufen.

Horst Teltschik

Es begann vor 25 Jahren. Im August 1989 wählte Polen seine erste demokratische Regierung. Im September öffnete Ungarn alle seine Grenzen. Im November fiel die Mauer in Berlin. Das war der Anfang einer friedlichen Revolution. Sie veränderte Deutschland, Europa und die Welt, ohne dass ein Schuss gefallen ist.

Deutschland wurde geeint. Alle Nachbarstaaten, einschließlich der UdSSR, haben zugestimmt. Bundeskanzler Helmut Kohl konnte damals im Bundestag sagen, dass Deutschland zum ersten Mal in seiner Geschichte keine Feinde mehr hat. Er fügte aber auch hinzu, was die gegenwärtige politische Debatte in Deutschland bestimmt: dass das größere Deutschland zukünftig mehr internationale Verantwortung übernehmen müsse, nicht militärisch, sondern politisch und wirtschaftlich. Es war erst die rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer,

die die Bundeswehr erstmals in militärischen Konflikten außerhalb des Nato-Gebietes – im Kosovo und in Afghanistan – einsetzte.

Europa war nicht länger geteilt. Der Warschauer Pakt löste sich friedlich auf. 500.000 sowjetische Soldaten kehrten aus Mitteleuropa nach Russland zurück. 1991

zerfiel die UdSSR in fünfzehn souveräne Republiken. Der Kalte Krieg war zu Ende. Das bipolare Welt-system der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion mit ihren jeweiligen Bündnis-systemen Nato und Warschauer Pakt und ihren antagonistischen Gesellschaftssystemen beherrschte nicht länger die internationale Politik. Präsident George Bush senior forderte zu einer neuen Weltordnung auf.

Kein Wunder, dass die Bürger in Europa nach dieser friedlichen Revolution eine Friedensdividende erwarteten. Sie wurde ihnen auch in Aussicht gestellt. Im November 1990 trafen sich alle 35 Staats- und Regierungschefs der

Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) in Paris und unterzeichneten eine „Charta für ein neues Europa“. Sie wollten eine Friedens- und Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok schaffen, das „gemeinsame europäische Haus“, von dem Michail Gorbatschow immer gesprochen hatte. Mit der Pariser Charta sollte „ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit“ eingeleitet werden. Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas sei zu Ende gegangen.

Gemeinsame Leitlinien wurden vereinbart, nach denen das neue Europa gestaltet werden sollte. Mit der KSZE, der heutigen OSZE, sollte ein Mechanismus entwickelt werden, um Konfrontationen zu vermeiden, Krisen zu beherrschen und Konflikte friedlich zu beenden. Vorge-sehen waren z. B. ein jährliches Außenminister-Treffen und die Einrichtung eines Konfliktverhütungs-zentrums.

Welch eine Vision! 1990 ist uns Europäern zum ersten Mal in der Geschichte die vielleicht unwiederbringliche Chance eröffnet worden, ein gemeinsames europäisches Haus zu bauen, in dem jedem Mitglied Freiheit und Sicherheit garantiert werden sollte.

Heute – 24 Jahre später – müssen sich alle OSZE-Staaten fragen, was sie aus dieser Perspektive gemacht haben. Die OSZE ist mehr oder weniger zu einem Wahlbeobachtungsverein verkümmert. Angesichts der aktuellen Ukraine-Krise wird bisher vergeblich versucht, die OSZE als Kriseninstrument wiederzubeleben. Im Grunde stehen wir im Augenblick in den Ost-West-Beziehungen vor einem politischen Scherbenhaufen. Er wäre sicherlich vermeidbar gewesen, wenn alle Seiten aufeinander zugegangen wären.

Den politischen Verantwortlichen von 1989/90 war klar, dass die Entwicklung der Beziehungen zu Russland der Schlüssel für einen dauerhaften Frieden war. So hat die Bundesregierung von Helmut Kohl 1990 insgesamt 22 Verträge und Abkommen mit der UdSSR abgeschlossen, darunter den bedeutenden Vertrag über Partnerschaft und Zusammenarbeit. Dieser Vertrag enthält wichtige sicherheitspolitische Vereinbarungen. Auf diese Weise wollte die Bundesregierung den russischen Sicherheitsinteressen bewusst Rechnung tragen.

Das ist eine wichtige Erfahrung. Die russischen Sicherheitsinteressen waren und sind häufig maßlos übertrieben, aber wir müssen sie ernst nehmen. Die Perzeption von Politik ist häufig wichtiger als die Realität. Aus diesem Grund haben Helmut Kohl sowie Gerhard Schröder versucht, ein enges Vertrauensverhältnis zu ihren russischen Partnern aufzubauen. Präsident Clinton hat mit seiner Initiative der „Partnerschaft für den Frieden“ vertrauensbildende Maßnahmen eingeleitet und gegenüber Präsident Jelzin sogar von der Möglichkeit gesprochen, dass Russland in der Zukunft Mitglied in der Nato werden könnte. Selbst der polnische Außenminister Sigorski hatte das nicht ausgeschlossen.

Im Mai 1997 unterzeichneten Russland und die Nato eine „Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit“, in der es ausdrücklich heißt: „Die Nato und Russland betrachten einander nicht als Gegner.“ 2002 wurde der Nato-Russland-Rat gegründet. 2007 erklärte Bundeskanzlerin Merkel, dass darüber hinaus die Beziehungen zwischen der Nato und Russland weiterentwickelt werden sollten.

Die EU schloss 1994 ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland, das 2007 auslief und seitdem der Erneuerung harret. Eine gesamteuropäische Freihandelszone – ein Vorschlag von Kommissionspräsident Prodi – ist selbst nach dem Beitritt Russlands zur WTO nie in Angriff genommen worden. Präsident Putin sollte Recht behalten, als er 2001 im Bundestag sagte: „Wir sprechen von einer Partnerschaft. In Wirklichkeit haben wir aber immer noch nicht gelernt, einander zu vertrauen.“

Vieles hat auch er zu verantworten: Den Georgienkrieg 2008, die eingefrorenen Konflikte in Transnistrien/Republik Moldau, um Nagorny Karabach, die Auseinandersetzungen um Syrien und jetzt den Konflikt in der Ukraine. Wenn Moskau nicht aktiv und schnell zur Befriedung in der Ostukraine beiträgt, wird das Vertrauen in Russland für eine nicht absehbare Zeit zerstört, und die Vision einer gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung wird erst einmal verspielt sein. Die Verantwortung dafür trägt dann vor allem Russland und die Folgen die russischen Bürger.

HORST TELTSCHIK, geboren 1940 im damaligen Sudetenland, war der außenpolitische Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU). Er war maßgeblich an den Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung beteiligt. Von 1999 bis 2008 leitete er die Münchner Sicherheitskonferenz.

1989–2014
DIE NEUE
WELTORDNUNG



MIT WELCHEN WAFFEN
KANN MAN DEM
TERRORISMUS BEGEGNEN,
ALLWISSENDER ?



DAS IST EINFACH !
MAN MUSS SICH NUR
ZWISCHEN FAMILIE LUTZ,
DEM INDER UND DEM
BÖRSERL ENTSCHEIDEN .



Cartoon: Rudi Klein (www.kleinteile.at)

AUSTRALISCHES URAN FÜR INDIEN

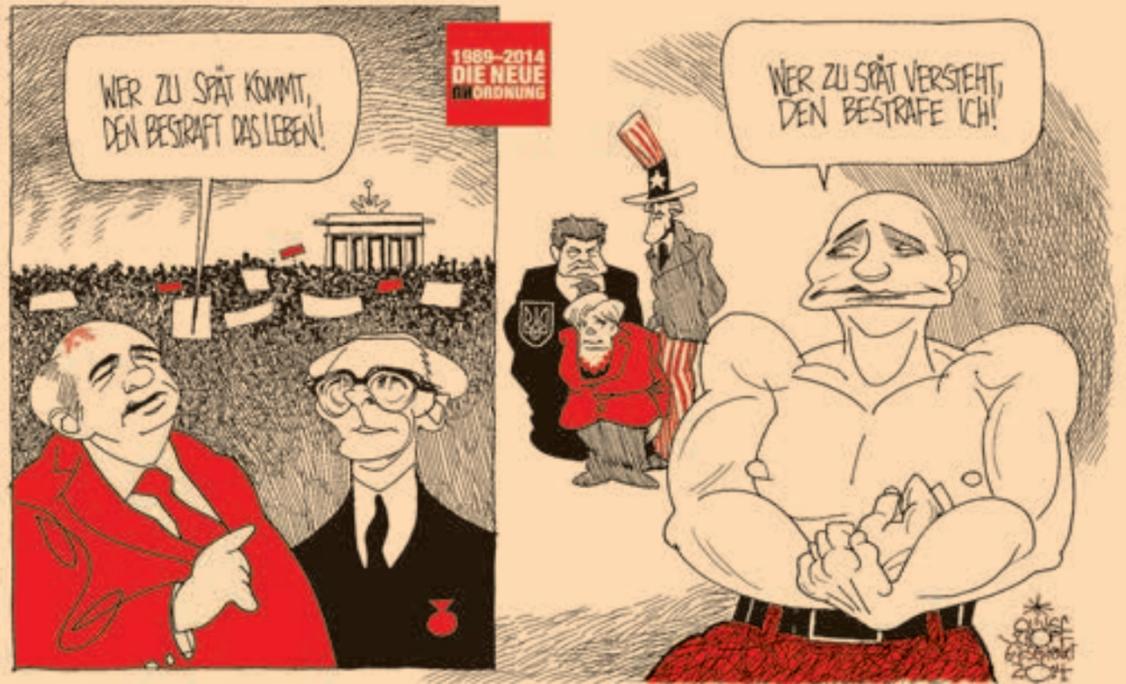
Nukleare Extrawurst

Gudrun Harrer

Der Atomwaffensperrvertrag (Non-Proliferation Treaty, NPT) beruht auf einem relativ einfachen Prinzip: Die Unterzeichnerstaaten verzichten auf Atomwaffen und haben dadurch das Recht auf zivile Atomtechnologie. Und die fünf offiziellen Atomtöchter USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich haben sich zu Verhandlungen zur vollständigen Abrüstung verpflichtet.

So weit, so schlecht, denn das halten sie nicht ein. Aber der NPT wird auch anders ausgehebelt – und nicht nur von Unterzeichnern, die trotzdem die Bombe wollen, wie früher der Irak oder Libyen (Iran ist nicht nachgewiesen). Hier ist wenigstens die Rechtslage eindeutig: Das dürfen sie nicht. Aber darf man mit einem Staat, der den NPT nicht unterschreibt und Atomwaffen hat, auf nuklearem Gebiet kooperieren? Die USA – und nach ihnen immer mehr Staaten, zuletzt der Uranlieferant Australien – sagen Ja.

Die US-Regierung von George W. Bush hat international durchgesetzt, dass Indien außerhalb des NPT nukleare Extrawürste gebraten werden können, was nun etliche Staaten tun. Die Befürworter argumentieren, dass Indien als Teil des Pakts wenigstens seine zivilen Anlagen – welche, entscheidet es selbst – unter die Kontrolle der Atomenergiebehörde IAEA stellt. Ein schwacher Nutzen, wenn man es mit dem Schaden gegenrechnet, den der Atomwaffensperrvertrag erleidet. Wenn das Modell Schule macht, wird er auf dem Misthaufen der Geschichte landen.



derStandard.at/Cartoons

LOHNRUNDE

Lähmende Steuerreform

Andreas Schnauder

Wenn sich die Metaller heuer wieder einmal mit großem Trara in die Lohnverhandlungen stürzen, wird das Säbelrasseln laut sein. Doch neben den traditionellen Argumenten – Arbeitgeber pochen im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit auf Zurückhaltung, Arbeitnehmer mit Blick auf den Konsum auf Kaufkraftstärkung – sitzt heuer ein unsichtbarer Mitverhandler am Tisch. Er heißt Regierung und spielt mit seiner Abgabehoheit eine wesentliche Rolle in der Tarif-Beziehung. Denn gute Abschlüsse werden abgesehen von der Inflation von Steuern, insbesondere von der kalten Progression, konterkariert.

Nun steht zwar eine Entlastung ganz oben auf der Prioritätenliste der erneuerten alten Regierung. Das Timing spielt den Metallern allerdings nicht in die Hände, wird doch über eine (allfällige) Steuerreform erst im März entschieden, während die Tarifpartner im Herbst abschließen sollten. Das lähmt die Lohnrunde, die ohnehin schon vom Konjunkturabschwung und nachlassender Exportnachfrage überschattet wird. Mit dem bloßen Versprechen einer späteren Entlastung wird sich die Gewerkschaft nicht abweisen lassen. Ihr stehendes Argument: Fünf Jahre Reallohnverluste sind genug, und die Binnennachfrage könnte eine Belebung gut vertragen.

Die Arbeitgeber sollten sich darauf einstellen – und im Gegenzug herauschlagen, dass die Verteilung der Lohnanpassung stärker auf betriebliche Ebene verlagert wird.

WELSER-MÖST VERLÄSST STAATSOPER

Heikles Führungsmodell

Ljubiša Tošić

Sehr schade. Der Rücktritt von Franz Welser-Möst als Generalmusikdirektor der Wiener Staatsoper hinterlässt eine ziemliche Lücke. Nicht nur dass Direktor Dominique Meyer ganze 34 Abende dieser Saison mit neuen Maestri bestücken muss. Welser-Mösts starke Hauspräsenz nicht nur bei Premieren, sondern auch im Opernalltag war ein Mitgarant für Qualität. Welser-Möst war sich nicht zu schade, falls nötig, spontan bei Vorstellungen einzuspringen. Und er hatte dazu Potenzial und Werkkenntnis. Wie Meyer nahm er das Wort „Repertoiretheater“ ernst und sorgte dafür, dass auch ganz normale Abende mitunter Glanz versprühten. Schade, dass er alles hinwirft.

Dass es im künstlerischen Bereich Differenzen zwischen ihm und Meyer geben musste, war ob des Modells „Doppelspitze“ bald klar. Auch wenn der Direktor Letztentscheider in Sachen Künstlerengagements ist, ist es logisch, dass ein Musikdirektor mit Gestaltungswillen auch Grundsätzliches mitentscheiden will. Dafür nährte das letztlich doch amikale Verhältnis zwischen den beiden die Hoffnung, Differenzen würden produktiv gelöst. Offenbar unmöglich – wodurch auch das Tandemmodell fragwürdig erscheint.

Deshalb: Welser-Möst hinterlässt eine Lücke, die nicht zwingend durch eine Person geschlossen werden muss. Ein Ambitionierter würde womöglich ähnliche Probleme wie Welser-Möst bekommen. Oder es käme ein anspruchsfreier Jasager. Beides braucht die Staatsoper nicht.

Worte statt Waffen

Das besonnene Vorgehen von Nato und EU schafft auch für Russland Spielraum

Alexandra Förderl-Schmid

The world is a mess“, befand jüngst die ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright. Tatsächlich ist die Welt in Unordnung geraten. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Berliner Mauer fast vergessene Begriffe wie Kalter Krieg und Abschreckung tauchen in Europa wieder auf. Die von beiden Seiten nach 1990 als Partnerschaft bezeichneten Beziehungen zwischen Russen und Europäern gibt es in dieser Form nicht mehr.

Was war der Auslöser für die Verhaltensänderung von Russlands Präsident Wladimir Putin? Sein Plan von einem Neurußland ist ein Teil der Erklärung, ein anderer der Sturz des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch und die Furcht davor, dass sich in unmittelbarer Nachbarschaft Nato und EU noch weiter ausbreiten.

Die Nato, die nach dem Ende der Blockkonfrontation auf der Suche nach einer neuen Rolle war, präsentiert sich in diesen Tagen geeint als Verteidigungsallianz. Dass die Staats- und Regierungschefs beim Nato-Gipfel in Wales vor Kampffliegern aus Pappmaché posierten, hatte Symbolcharakter: Die aufgebaute Drohkulisse sollte militärische Stärke demonstrieren. Rhetorische Aufrüstung wurde unterlassen und Provokationen in Richtung Russland wurden klugerweise vermieden. Die nun beschlossene „Speerspitze“ innerhalb der Nato-Eingreiftruppen soll vor allem abschreckend wirken. Eigentlich hätte man annehmen können, dass ein Verteidigungsbündnis seine Eingreiftruppe ohnehin binnen weniger Tage mobilisieren kann.

Schon seit Monaten verfolgt die Nato diese Strategie: Worte statt Waffen. Die im April angekündigte Stationierung von Nato-Truppen im Baltikum, in Polen und Rumänien ist bisher nicht in dem Ausmaß wie damals angekündigt geschehen. Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen sprach von einer „Rotation in hoher Frequenz“. Dies ist einerseits ein Signal, dass die Nato ihre Beistandspflicht gegenüber den baltischen und den anderen osteuropäischen Staaten ernst nimmt. Andererseits hält sich die Allianz damit weiter an die Nato-Russland-Grundakte von 1997, die besagt, dass es in den neuen Nato-Staaten keine umfangreichen und dauerhaften Truppenstationierungen geben soll.

Vor konkreten Schritten wie einer Aufnahme der Ukraine in die Nato schreckte das Bündnis auch in Wales zurück, obwohl der ukrainische Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk am vergangenen Freitag ankündigte, sein Land werde die Bündnisneutralität aufgeben und den Weg in die Nato anstreben. Die Verteidigungsallianz signalisiert Unterstützung lieber verbal statt real. Wäre die Ukraine Mitglied, würde dies die Beistandspflicht auslösen. Ein Krieg wie jener in der Ostukraine und auf der Krim würde bedeuten, dass sich das Bündnis kollektiv zur Wehr setzen muss.

Das besonnene Vorgehen der Nato-Vertreter und die Entscheidung der EU, Sanktionen schrittweise vorzunehmen, ist klug und auf die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel zurückzuführen: Damit hat auch Russland Spielraum für seine Handlungen.

Nicht auf volle Konfrontation zu setzen hat sicher dazu beigetragen, dass die von Russland unterstützten Separatisten und die Ukrainer am Freitag einen Waffenstillstand vereinbarten.

Wie eine Lösung für die Ukraine aussieht, ist entscheidend für die plötzlich wieder aktuell gewordene Frage „Krieg oder Frieden in Europa?“.

KOPF DES TAGES

Ohne Chance auf „Frauenbonus“ an die Spitze



Ewa Kopacz soll Polens Premierministerin werden. Foto: EPA

vor einigen Tagen die Nominierung als EU-Ratspräsidentin an.

Kopacz, die seit 2011 das Amt der Sejm-Marschallin (Parlamentspräsidentin) bekleidet, würde in den wichtigsten politischen Fragen für Kontinuität sorgen. Dies ist wichtig, da sich die rechtsnationale Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) unter Jarosław Kaczyński schon vorgenommen hat, die bald „verwaiste“ Regierung so unter Beschuss zu nehmen, dass deren Mitglieder sich bis zu den Wahlen 2015 völlig zerstreuen und möglicherweise sogar zur PiS überlaufen.

Auf eine Art „Frauenbonus“ braucht Kopacz nicht zu hoffen. Im Gegenteil: Ihre Gegner werden sie mit Häme überschütten, wie sie schon Tusk als „unfähig, entscheidungsarm, faul, hochnäsiger und verlogen“ bezeichneten – und sie vielleicht noch als „hässlich, zu dick und schlecht geschminkt“ verunglimpfen. Sie braucht eine sehr dicke Haut und viele gute Parteifreunde.

Diese stärken ihr jetzt jedenfalls den Rücken und sprechen sich mit großer Mehrheit für sie als neue Regierungschefin aus. Das letzte Wort hat jedoch Präsident Bronisław Komorowski. Er machte deutlich, dass das Recht auf den Auftrag zur Regierungsbildung bei ihm liege. Aber an Kopacz wird er kaum vorbeikommen. Gabriele Lesser

Unternehmensprogramme über Ländergrenzen hinweg

453

Kilometer lang war der Eiserne Vorhang zwischen der ehemaligen Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und Österreich. Die Grenzanlagen zur damaligen Bundesrepublik Deutschland erstreckten sich über 356 Kilometer. In der Regel standen dort zwei Zaunreihen – teilweise unter Starkstrom – mit mehreren Metern Abstand plus Wachtürmen. Allein zwischen der CSSR und Österreich kamen binnen 40 Jahren 129 Menschen beim verbotenen Grenzübertritt ums Leben.

1989–2014
DIE NEUE
ORDNUNG

Konzept, Foto: Lukas Friesenbichler, Simon Klausner // Originalfoto: Votava



Mörbischer Bananen

Mit am bemerkenswertesten waren die Bananen: Sie wurden, im August 1989 mitten im burgenländischen Mörbisch, von einer Gruppe Einheimischer auf offener Straße den DDR-Bürgern angeboten, die aus dem Wald gestolpert kamen – und diese freuten sich sehr.

Mit den gelben Früchten in der Hand, die „im Osten“ – wie dieser damals noch hieß – Mangelware waren, posierten sie vor der Presse. Für Bilder, die ihrem Image als, aus deutscher Perspektive, arme Verwandte von drüben durchaus entsprachen.

Das beobachtend, hatte ich, eine österreichische Journalis-

tin bei einem der ersten Reportageeinsätze für die neue AZ, ein irgendwie flaves Gefühl. Die Euphorie der Männer, Frauen, Kinder, die – das kurzfristige Wegschauen der Ungarn nutzend – durch ein Loch im Zaun in die, wie sie damals bis genau dorthin hieß, freie Welt geklettert waren, machte mich nachdenklich.

In der Bundesrepublik würden sie sich aufs Shoppen freuen, erklärten viele der Entkommenen. Rasch würden sie dort einen Job finden. Mir fielen wieder die Bananen ein, mit ihren Schalen, als Symbole in einem Fall deutsch-deutscher Rutschgefahr. Irene Brickner

MEIN
'89

Fünf Länder, eine Weiterbildung

Lebensmittelhändler Spar setzt auf international einheitliche Qualifizierungen

Gudrun Ostermann

Mit der Ostöffnung boten sich für die österreichische Wirtschaft auch neue Märkte, heimische Unternehmen aus den unterschiedlichsten Branchen expandierten in diese Länder. Seit der Wirtschaftskrise scheinen die Boomjahre in den östlichen Nachbarländern vorbei zu sein, und viele Betriebe haben bereits den Rückzug angetreten.

Zwar hat auch die Lebensmittelkette Spar im August ihre rund 50 Filialen in Tschechien verkauft, aber mit mehr als 1000 Filialen und rund 34.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist der

Lebensmittelhändler nach wie vor stark in den Ländern Ungarn, Slowenien, Kroatien und Italien vertreten.

Damit auch das Know-how und die Kompetenzen der Mitarbeiter gleich sind, wurde mit einer einheitlichen Trainerausbildung in allen Ländern, in denen Spar Geschäfte betreibt, begonnen. Gemeinsam mit dem Wifi und seinen Partnern in diesen Ländern wurde 2013 das dreistufige Qualifizierungsprogramm Train-the-Trainer-Programm für firmeninterne Fachtrainer über Ländergrenzen hinweg eingeführt.

Am Anfang standen gemeinsame Workshops mit dem gesamten in- und ausländischen Trainer-

team, in denen die Werte des Unternehmens exakt in die jeweilige Sprache übersetzt wurden. Auf dieser Basis wurde dann das länderübergreifende Weiterbildungsprogramm entwickelt.

Insgesamt wurden mehr als 140 Trainerinnen und Trainer aus fünf Ländern nach den gleichen Standards, aber in ihrer Muttersprache, ausgebildet. „Bei uns geben hausinterne Fachexperten ihr Wissen laufend an Mitarbeiter weiter“, sagt Raimund Lainer, Leiter der Konzern-Personalentwicklung bei Spar. Dass hier alle Trainer die gleichen didaktischen und methodischen Kompetenzen haben, sei ein wichtiges Anliegen, ergänzt Lainer.

JOBSPLITTER

Geförderte, qualitätszertifizierte Ausbildungen und Jobvermittlung zum/zur

Pharmareferenten/in und Medizinproduktberater/in:

nächster Infoabend am 10.09.2014
www.pharma-education.at
Tel.: 01/9441326

Promotion-Agentur mit internationalen Kunden sucht motivierte HAK- AbsolventIn mit Organisationstalent als

REZEPTIONISTIN/ ASSISTENTIN

Jahresgehalt ab € 23.000,- brutto. Bewerbungen bitte an office@pluspromotionsales.com.

Caritas & Du

Die Caritas der Erzdiözese Wien sucht für ein neues Tageszentrum des Teilbereichs Obdach und Wohnen ab 01.11.2014

Sozialarbeiter/innen 38 WoStd.

mit abgeschl. FH für Soziale Arbeit oder Sozialakademie sowie mit Erfahrung und Bereitschaft zu engagierter Arbeit mit Menschen in Multi-problemlagen. Gehalt für 38 WoStd. ab € 2.341,40 brutto. Informationen unter www.caritas-wien.at/mitarbeit-bildung

Bitte senden Sie Ihre Bewerbung an Herrn Mag. Günter Wimmer Pazmanitengasse 7, 1020 Wien gunter.wimmer@caritas-wien.at

Das ORIGINAL:
www.petertreichl.com

Werden Sie FranchisenehmerIn als PartnervermittlerIn!

Tel 069911401242

DER STANDARD

JobSplitter

Nähere Infos und Bestellungen bei Sonja Schneider unter 01/53 170 DW 291 oder karrieren@derstandard.at

Erfahrene/r BuchhalterIn

mit Lohnverrechnungskennnissen für 40h zum sofortigen Eintritt gesucht. Voraussetzung ist selbständiges Arbeiten und kompetenter Umgang mit Menschen. Es erwartet Sie ein angenehmes Arbeitsklima, Weiterbildungsmöglichkeiten und leistungsgerechte Bezahlung. Gehaltshöhe je nach Qualifikation ab € 1.800,-

Steuerberatung Mag. Angelika Heinrich, Tel. 585 64 48, office@steuerberatung-heinrich.at

Filmarchiv Austria sucht

IT-System Administrator (m/w)

Aufgabenbereich: Systemadministration und Weiterentwicklung zentraler IT-Systeme, Unterstützung der MitarbeiterInnen, Technische und kaufmännische Koordination von IT-Projekten, Erstellung eines ausfallsicheren Betriebskonzepts, Aufbau einer technischen Dokumentation

Qualifikation: Abgeschlossene Ausbildung im Bereich IT, Fundiertes Know-how in der Netzwerktechnik und in PC- und Server-Betriebssystemen, Erfahrung mit Datenbankanwendungen und Programmierung 40h/ Mindestgeh. € 2200,-/Bereitsch. zur Überzahlung, bewerbung@filmarchiv.at



Ihre Karriere bei Steuerprofi.com

BOHMANN

Als großes Medienunternehmen suchen wir MitarbeiterInnen, die das Verlagsteam in folgender Funktion unterstützen:

VIDEO-JOURNALIST/IN

Anforderungsprofil: stilichere Kameraführung, rechercheintensive Praxis, souveräner Schnitt, SprecherInnen-ausbildung. Auf freiberuflicher Basis oder ggf. im Angestelltenverhältnis. Interessierte, die zudem teamfähig, flexibel und belastbar sind, schicken ihre Bewerbung samt Lebenslauf mit Foto und Referenzen an pr@bohmann.at. Im Angestelltenverhältnis bieten wir Ihnen ein Bruttogehalt von EUR 1.900,- bei 38 Stunden/Woche, wobei eine qualifikations- und erfahrungsabhängige Überbezahlung möglich ist.

Das Direktorat wissenschaftliche Koordination und Management der **Danube Private University, Krems an der Donau**, sucht ab sofort eine **Assistenz**

Zu den Aufgaben gehören:

1. Erstellen von Listen und Statistiken des Materialeinkaufs der Universität (.xlsx und .doc)
2. Koordination der Senatssitzungen
3. Organisatorische Mithilfe bei der Erstellung der Universitäts-Jahresberichte
4. Organisatorische Mithilfe bei Kooperationsverfahren mit in- und ausländischen Institutionen

Fremdsprachenkenntnisse sind sehr willkommen. Bei native speakern (insb. Mandarin) sind auch leichte Defizite im Deutschen zu verzeihen.

Mindestgehalt sind laut Kollektivvertrag 1300,00 EUR netto.

Bewerbungen bitte an robert.wagner@dp-uni.ac.at



Bezeichnen sich selbst als solche – und es ist besonders wertschätzend gemeint: Knallköpfe Brezina und Hengstschläger beim Morawa in der Wiener Wollzeile.

Foto: R. Hendrich

Kongress für einen Innovations Schub für die HR-Community

Im Seewinkel – Die Suche nach Innovationen und die sich damit eröffnenden Möglichkeiten im Bereich Human Resources stehen beim ersten Personalkongress des Personalberaters Eblinger & Partner Ende Oktober im Burgenland auf dem Programm. Die ausgewählten Themen der Veranstaltung wollen die aktuellen sowie die zukünftigen Herausforderungen der HR-Manager widerspiegeln. Visionär Dietmar Dahmen, Genetiker Markus Hengstschläger, Hirnforscher Bernd Hufnagel, Innovationsexpertin Gertraud Leimüller und die Ashoka-Länderdirektorin Marie Ringler gehören ebenso zu den Vortragenden wie etwa Philosoph Leo Hemetsberger oder WU-Wissenschaftler Dieter Scharitzer.

Preis für HR-Innovation

Erstmals wird in diesem Rahmen auch ein Innovationspreis für HR-Projekte verliehen werden. Es sollen die besten und innovativsten Ideen, Projekte oder Aktionen für Human Resources vorgestellt und einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden.

SCHWERPUNKT
Innovationen fördern

All zu oft, so Initiator Florens Eblinger, bleiben moderne und zukunftsorientierte HR-Aktivitäten in den Unternehmen verborgen, sodass nur wenige von den Erfahrungen profitieren können. Das will er auf diesem Wege ändern. (red)

28./29. Oktober, St.-Martins-Therme im Seewinkel, Teilnahmegebühr Euro 790,-, sämtliche Infos:

www.uberall-scene.com/hrcongress

Knallköpfe gegen den Gleichschritt

Der Genetiker Markus Hengstschläger hat gemeinsam mit dem Kinderbuchautor Thomas Brezina ein Buch geschrieben. Verpackt als Kinderbuch und in Rap-Sprache geschrieben, lautet die Botschaft: Es lohnt sich, anders zu sein.

Karin Bauer

Wien – Am Dienstag im kleinen Kreis in der Buchhandlung Morawa in Wien: Markus Hengstschläger erinnert an seine Thesen in seinem Buch *Durchschnitts-*

falle: 1.) Individualität ist die einzige Chance in einer unbekannteren Zukunft. 2.) Der Nachteil von heute kann der Vorteil von morgen sein – als Beispiel bemüht der Biologe den Birkenpanzer in der Farbe der Birkenrinde. Für hungrige

Vögel ist er so schwer zu finden. Das seltene schwarze Exemplar dagegen: Schnapp und weg! Außer es handelt sich um industriell total verrottete Birkenstämme, die, solcherart schwarz eingefärbt, dem schwarzen Birkenpanzer die bestmögliche Tarnung bieten.

Hengstschlägers Mission wendet sich gegen den Gleichschritt, gegen das Gleichmachen und die entsprechende Erziehung dazu, respektive die Selektion. „Individualität hört immer die schlechtesten Argumente der Welt: ‚Das war immer schon so‘ und ‚Wir sind mehr als du‘.“

So – es bleibt unausgesprochen, steht aber dafür umso deutlicher im Raum – ist weder Weiterentwicklung noch Innovation möglich. So weit ist die Erwachsenen-Community aus Hengstschlägers Büchern informiert. Nun wollte er offenbar den Nachwuchs stärken und aus den engen Bahnen des Pfllegeleichten und Angepassten befreien.

Aus eigener Erfahrung

Jetzt kommt Thomas Brezina mit seiner Reputation im Kinder- und Jugendbereich ins Spiel. Er liefert Modus und Verpackung für die Botschaft: „Es lohnt sich, anders zu sein.“ Er selbst habe das erlebt, weil er, statt Fußball zu spielen, Waschmittelkartons gesammelt und daraus Puppentheater gebaut hat.

Die Drehbücher folgten. Seine ersten Drehbuchpreise (mit 15) übrigens wurden im Schulbericht nicht einmal erwähnt, erzählt er. „Das war nicht einsam. Sogar

manchmal grausam. Ich fühlte mich als Außenseiter.“ Es folgt ein Dank an seine Eltern, „dass sie ausgehalten und sogar gefördert haben, dass ich so ein Knallkopf bin.“ Langer und lauter Applaus.

Gemeinsam haben sie überlegt, wie sich ein Buch machen ließe, das belegt, dass alleinig das Anderssein zu Erfolg, zu Besondere führt und auch noch der Umwelt hilft. Folgender Plot kam raus: Die Außenseitertruppe einer Schule – allesamt mit einem oder mehreren sogenannten Defiziten behaftet, von der Pollenallergie über Hyperaktivität bis zur Legasthenie – retten nur aufgrund dieser ihrer „Defizite“ die Welt vor Killer-Klobrillen. Letzte sind quasi aus dem All in den Schulkeller gekommen.

Dass Brezina im Rap-Modus geschrieben hat, habe sich in einem kleinen Theater in London plötzlich ergeben – dort startete ein Stück so.

„Werd endlich normal“ kriegt nach der Lektüre keinen guten Beigeschmack, die Aufwertung, ja die Notwendigkeit des Andersseins erfährt ihren Lobpreis. Und natürlich: Es kommt nur daher wie ein Kinderbuch und ist als solches auch geeignet – dass aber mindestens zur Hälfte Erwachsene, Erziehungsberechtigte, angesprochen sind, versteht sich von selbst.

Brezina/Hengstschläger, *Warum nur Knallköpfe die Welt vor Killer-Klobrillen retten können*, Ecowin 2014, 84 Seiten mit Illustrationen, Euro 16,95

ISO 29990 certified

Englisch für Ihren Erfolg

- Alle Lehrer Native Speaker
- Lernzielgarantie, gratis Wiederholung
- Alle Lernniveaus, Anfänger bis Proficiency
- Täglich starten, online und zeitflexibel lernen

www.cambridge.at THE CAMBRIDGE INSTITUTE
Terminvereinbarung zur kostenlosen Einstufung: 01/5956111 English for Life

HIER BILDEN SICH AUCH NEUE KOMPETENZEN BILDUNG. FREUDE INKLUSIVE.

TAG DER OFFENEN TÜR:
12.9.2014, 14–20 Uhr
www.bfi-wien.at/offenertuer

ZERTIFIZIERTE AUSBILDUNGEN FÜR WIRTSCHAFT & MANAGEMENT

Lehrgang Arbeitsrecht
Start: 16.10.2014 bzw. 24.11.2014

Diplomlehrgang PersonalmanagerIn
Start: 17.10.2014

Lehrgang PersonalverrechnerIn
Start: 21.10.2014

Besuchen Sie unsere Infoveranstaltungen am Tag der offenen Tür!

Lehrgang Professionelle Managementassistentenz
Informationsabend: 15.09.2014 · Start: 14.10.2014

information@bfi-wien.or.at • 01 81178-10100 • www.bfi-wien.at

TIPP

UNIVERSITÄTS- / DIPLOMLEHRGÄNGE

<p>»Leadership & Soziales Management« – M.A. Infoseminar: 15. Sept, 18.30 Uhr, ARGE-Haus Start: 23. Oktober 2014</p>	<p>»Psychotherapeutisches Propädeutikum« Infoseminar: 9. Sept, 18 Uhr, ARGE-Haus Start: 9. Oktober 2014</p>
<p>»Mediation & Konfliktregelung« – MSc Infoseminar: 11. Sept, 18 Uhr, ARGE-Haus Start: 24. Oktober 2014</p>	<p>»Psychosoziale Beratung / Lebens- & Sozialberatung« – MSc Infoseminar: 11. Sept, 18 Uhr, ARGE-Haus Start: 21. November 2014 <i>Nützen Sie den Frühbucherbonus!</i></p>

ARGE Bildungsmanagement
T: 01/263 23 12-0, Fax-DW 20
www.bildungsmanagement.ac.at
office@bildungsmanagement.ac.at

Sigmund Freud PrivatUniversität

Berufsbegleitend studieren – praxisorientiert – universitäre Standards
WIEN – INNSBRUCK – GRAZ – LINZ – KLAGENFURT – MERAN/SÜDTIROL

MEIN '89

Ein Hauch von Weltgeschichte in der DDR-Provinz

Es waren nicht viele österreichische Journalisten vom 5. bis 12. November 1989 in der DDR. Ich war einer davon. In dieser Woche war alles in Bewegung, nur der DDR-Geruch nach Braunkohle und Zweitaktmotoren war vertraut. Niemand hatte einen Überblick, und so sammelte man wahllos Informationen: in der Gethsemane-Kirche, Zentrum der Berliner Opposition, oder bei der Freien Deutschen Jugend.

Besser beurteilbar wurde die Dimension der Entwicklung mit Distanz zur Hauptstadt. In Rostock – etwa so groß wie Graz – waren 50.000 Menschen auf der Straße. Damit war klar: Dieser Prozess ist unumkehrbar. Den Handelnden selbst schien das nicht immer so bewusst. Harald Terpe vom oppositionellen Neuen Forum in Rostock sagte, die Wiedervereinigung stehe nicht zur Diskussion. Terpe sitzt heute für die Grünen im Bundestag.

Der Bericht über die DDR-Herbststürme erschien im KPÖ-Organ *Volksstimme*. Die Dynamik hatte auch dort alle überrannt; es gab keinen Versuch, auch nur eine Zeile zu ändern. *Thomas Neuhold*



Martin Leidenfrost, österreichischer Schriftsteller mit Wohnsitz in der Slowakei, investiert statt in die Plattenbauwohnung lieber in seine Europabildung.

Foto: Lisi Specht

Wohnen ist für mich da, wo ich nicht hingehöre

Der Schriftsteller **Martin Leidenfrost** lebt in Devínska Nová Ves in der Slowakei. Seinen Plattenbau findet er erotisch, seine Liebe zu fremden osteuropäischen Ländern erachtet er als unendlich. **Wojciech Czaja** besuchte ihn.

„Ich habe früher in Wien gelebt, bin wahrscheinlich an die zehn- bis 15-mal umgezogen, und dann, so beim elften bis 16. Mal, wollte ich einfach nicht mehr. Also habe ich beschlossen, Wien zu verlassen und in den post-sozialistischen slawischen Raum zu ziehen. Nachdem ich die Nähe zu Wien jedoch nicht ganz aufgeben wollte, habe ich mir jenen Ort ausgesucht, der sowohl geografisch als auch verkehrstechnisch Wien am nächsten liegt. Die Wahl fiel auf Devínska Nová Ves. Das ist eine Kleinstadt mit 20.000 Einwohnern direkt an der March, rund 15 Kilometer von Bratislava entfernt.

Die Slowakei an sich ist jetzt nicht mein absoluter Favorit. Das ist eher so ein Nicht-Fisch-nicht-Fleisch-Land, was die Slowaken übrigens gar nicht gerne hören, obwohl sie insgeheim wissen, dass es genauso ist. Aber dafür bin ich ein Fan von Devínska Nová

Ves. Das ist eine Plattenbausiedlung, die jüngste und letzte ihrer Art, 1988 errichtet, also kurz bevor der Kommunismus zusammengekracht ist. In genau so einem Plattenbau bin ich daheim. Dazu muss man wissen, dass ich Plattenbauten in gewisser Weise – das ist eine lange Geschichte – erotisch finde. Schau dir mal diese Platte da vis-à-vis an! Ist das nicht geil?

Meine Wohnung hat 78 Quadratmeter, und ich zahle 480 Euro Warmmiete. Die Vermieter sind heilfroh, dass sie mich haben. Die Slowaken mieten nämlich nicht gerne, sie sind klassische Eigentümer. Als Mieter ist man in der Slowakei Abschaum. Das ist eine Notlösung, und man will so schnell wie möglich wieder raus. Ich will nicht raus. Ich will bleiben. Vorerst noch.

Ich gebe zu: Ich habe kein Händchen fürs Wohnen, und ich weiß auch nicht, was das ist. Das ist mir zu abstrakt. Ich nutze einfach das Vorgefundene. Da bin ich nicht wählerisch. Aber auf der Wohnzimmertür klebt ein Cover der rumänischen Zeitschrift *Dilema Veche*, und da ist

ein wunderschönes Cicero-Zitat zu lesen: ‚Hast du einen Garten und eine Bibliothek, so hast du schon alles, was du brauchst.‘

Ob ich Cicero schon gerecht werde? Die Bücher werden immer mehr und mehr, und was die Zimmerpflanzen betrifft, so entstammen diese alle einer Urpflanze, die ich von meiner ehemaligen äthiopischen Mitbewohnerin übernommen habe. Eine Zeitlang grundel-

te das Grün so vor sich hin, doch seitdem ich ein bisschen Weihwasser aus Czestochowa in den Blumentopf geschüttet habe, ist das Wuchern nicht mehr aufzuhalten. Ich hatte sogar schon mal eine Fledermaus zu Besuch. Sie hat ein paar Tage bei mir gewohnt.

Lieber als in die Wohnung investiere ich mein Geld in meine Bildung. Ich möchte klüger werden. Ich möchte ein guter Europäer werden. Das meiste Geld fließt ins Benzin und in Kaschemmen. Da lernt man Menschen kennen, da ist das Leben. Heute, 25 Jahre nach der Wende, kann ich mir das Leben nach eigenen Wünschen eigentlich ganz gut erschließen. Manche Grenzen sind offener als damals, andere sind dafür wieder zugegangen.

Wenn ich nicht aus Wien rausgezogen wäre, wenn ich nicht diesen Schritt gewagt hätte, dann wäre ich vielleicht Reisejournalist geworden. Doch nun bin ich Schriftsteller und habe verstanden, dass die eigentliche Reise das Leben ist. Wohnen, das ist für mich da, wo ich nicht zu Hause bin, wo ich nicht hingehöre. Als nächstes möchte ich nach Chişinău in Moldawien. Da wird Russisch und Rumänisch gleichzeitig gesprochen. Da ist es schön. Das ist mein Traum.

1989–2014
DIE NEUE
ORDNUNG

Martin Leidenfrost, geboren 1972, ist in Niederösterreich aufgewachsen. Er besuchte eine Klosterschule und studierte Film und Slawistik in Wien und Babelsberg. Er wohnte in Wien, Berlin, Kiew und Brüssel, ehe er 2004 nach Devínska Nová Ves (Slowakei) zog. Zu seinen Büchern zählen *Die Welt hinter Wien: Fünfzig Expeditionen* (Picus, 2008), *Die Tote im Fluss* (Residenz, 2009) und *Brüssel zartherb* (Picus, 2010). Außerdem schreibt er in diversen Zeitungen im deutschsprachigen Raum und in der Slowakei regelmäßig über Europa.

www.leidenfrost.net

STANDARD EXKLUSIV

mitten_{im}
11_{ten}

3-Zimmer-Eigentumswohnung WIEN 11 Franz-Haas-Platz 6



Wohnen

Jetzt Termin vereinbaren!

M >>>> Infobox

- » 3-Zimmer-Eigentumswohnung, 2. Obergeschoß
- » ca. 75m² zzgl. ca. 26m² Balkon und Loggia
- » Kaufpreis: € 251.352,50
- » Garage in der Anlage
- » Passivhaus-Standard, Heizwärmebedarf 8
- » barrierefreies Freiraumkonzept: Grünbereiche, Spielplätze
- » Generations- und Gemeinschaftsgarten
- » Mischek-Line-Ausstattung, Ökopass, Energieausweis

Man lebt nur einmal. >>> Mischek



EHL
IMMOBILIEN
MANAGEMENT

Ihr
perfekter
Partner für
Verwaltung,
Facility Management
und Baumanagement!

www.ehl.at



Wohnline 0800 20 10 20

www.mischek.at



Essay: Über vier Versuche in Buchform, die komplexe Welt nach dem **Wendejahr 1989** zu erklären. A 3

Architektur: Eine Belgrader Architektin will ihre Stadt vor der kompletten Privatisierung bewahren. A 6

Ich frage mich: Der Autor und Videoblogger **Robert Misik** fragt sich: Was ist schlecht an Effizienz? A 10



Junge Pioniere der DDR beim Pioniergruß: eine Szene aus „Helden wie wir“, der Verfilmung (1999) des Wenderomans von Thomas Brussig.

„Ich wollte Freiheit statt Führung“

Ein halbes Leben im Osten, ein halbes im Westen: Als junge Frau verlässt die Schriftstellerin **Angelika Klüssendorf** die Enge der DDR. Warum sie in Westberlin zunächst Angst vor parfümierten Menschen hatte, erklärt sie **Birgit Baumann**.

STANDARD: Sie beschreiben in Ihren Büchern „Das Mädchen“ und „April“ eine sehr eigenwillige Frau. Diese erlebt Kindheit, Jugend und Erwachsenwerden unter schwierigen sozialen Bedingungen in der DDR und geht schließlich in den Westen. Würden Sie Ihre Romane als Ostromane sehen?

Klüssendorf: Teils, teils. Das Mädchen spielt in den Siebziger- und Achtzigerjahren. Diese Biografie habe ich gewählt, weil sie mir vertraut ist. Es könnte aber eigentlich überall leben, auch in Westdeutschland. Das Mädchen und auch das Buch April sind zuallererst der Sprache verpflichtet.

STANDARD: Parallelen zur eigenen Biografie sind unverkennbar. Das Mädchen wird später auch Schriftstellerin.

Klüssendorf: Natürlich gibt es autobiografische Züge. Auch ich habe meine Kindheit in Leipzig verbracht, und die von mir dargestellten Verhältnisse sind mir zumindest nicht fremd. Auf meinen Lesereisen werde ich übrigens auch immer wieder gefragt, ob ich ostdeutsche Romane schreibe.

STANDARD: Was antworten Sie?

Klüssendorf: Ich frage dann zurück, ob sie diese Fragen auch einem westdeutschen Autor stellen würden. Es gibt für mich keine Ost- oder Westromane, kein Buch verdient diese Kategorie und sollte weit darüber hinausreichen. Wenn über die DDR geschrieben wird, dann interessiert mich nicht das Historisierende, sondern das Relevante für die heutigen Weltverhältnisse. Inzwischen ist die DDR ja ein abgeschlossenes Gebiet, und solche Gebiete werden besonders gern erforscht oder benutzt – wie eine bestimmte Zeit aus der US-amerikanischen Geschichte für den Westen.

STANDARD: In „April“ wird die DDR dann aber doch deutlicher beschrieben.

Klüssendorf: Ja, April ist schon mehr mit der DDR verhaftet. Es ist schwer vorstellbar, dass sie woanders lebt. Sie lebt dort ja auch in ihren Strukturen, wird immer wieder psychisch und sozial aufgefangen. April ist in der Lage, sich Hilfe zu holen, und es wird ihr auch immer wieder geholfen.

Man kann sagen: Sie und ich haben großes Glück gehabt. Aber sie lernt auch den Obrigkeitsstaat kennen.

STANDARD: Welche Kindheitsereignisse an den Osten haben Sie heute noch?

Klüssendorf: An Gerüche. Das ist wie bei Marcel Proust, der sich gut dann an seine Kindheit erinnern konnte, wenn er Madeleines, das Gebäck seiner Kindheit, aß. In den Ostländern finde ich manchmal noch diesen Benzingeruch und auch überall ein bestimmtes Unkraut, das in der Heide, aber auch an den Straßenrändern wächst. Ich streife im Vorübergehen oft die winzigen Blüten ab.

STANDARD: Wann kamen Sie zum ersten Mal mit den Repressalien der DDR in Berührung oder bemerkten Einschränkungen?

Klüssendorf: Ich selber hatte keine Westverwandten und bekam daher auch nie Westpakete. Aber bei

uns im Haus lebte eine ältere Dame, die wurde von ihrer Enkelin aus dem Westen besucht. Wir Kinder spielten miteinander und verabredeten, dass ich sie eines Tages auch besuchen würde. Aber es war mir als Siebenjähriger damals schon völlig klar, dass das erst im Rentenalter sein würde, weil ich ja vorher nicht hätte ausreisen dürfen. Das war ein irrealer Moment.

Man bekam also schon sehr früh ein Gefühl für die Enge, die in der DDR vorherrschte.

STANDARD: Haben Sie damals gefragt, warum das Mädchen aus dem Westen reisen durfte und Sie selber nicht?

Klüssendorf: Nein, damals nicht. Kinder nehmen so etwas ja als gegeben hin. Später dann, in der Schule, habe ich mich schon gefragt, warum der Kapitalismus so dämonisch dargestellt wird. Oder warum ein Kapitalist böse sein soll, weil er ein Auto besitzt, schließlich gab es auch im Osten Autofahrer. Das waren so ganz naive Kinderfragen, aber sie sind

mir nie wirklich schlüssig beantwortet worden.

STANDARD: Sie – wie später auch April im Buch – stellten dann einen Ausreiseantrag, der nach zwei Jahren positiv beschieden wurde. Warum wollten Sie aus der DDR weg?

Klüssendorf: April und ich haben ein großes Unrechtsbewusstsein. Ich wollte mir einfach nicht diktieren lassen, in welchem Land ich zu leben habe. Oder mir von den Vopos (Volkspolizisten, Anm.) sagen lassen: Du darfst hier nicht raus. Der Gedanke, dass hier ein ganzes Land von einer Mauer umschlossen ist, war unerträglich. Ich wollte auch der „Erzieherhaltung“ entkommen und mich nicht mehr betreuen lassen. Statt Führung wollte ich Freiheit probieren.

STANDARD: In Leipzig haben Sie das Untergrund-Literaturblatt „Anschlag“ herausgebracht und einmal ein Zitat von Voltaire auf die erste Seite gesetzt: „In manchen Ländern hat man angestrebt, dass es einem Bürger nicht gestattet ist,

▷ Fortsetzung auf Seite A 2

1989–2014
DIE NEUE
ORDNUNG



Foto: AP

Den Mauerfall am 9. November 1989 bekam die ehemalige Ostdeutsche Angelika Klüssendorf nur beiläufig und via Fernsehbilder mit – „Ich bin nicht zur Mauer gegangen, diese Bilder von den glücklichen Menschen haben mich mit Scham erfüllt“, sagt die heute 55-jährige Schriftstellerin.

▷ Fortsetzung von Seite A 1
die Gegend, in der er zufällig geboren ist, zu verlassen.“

Klüssendorf: Ich habe die Untergrundmappen nicht zuallererst aus politischen Gründen herausgebracht, sondern um etwas gegen die Langeweile in meinem Leben zu unternehmen. Ich wollte bunte Farbe in meinen Alltag bekommen. Erst später, als ich meine Stasi-Akten einsah, merkte ich, dass die Staatssicherheit das alles sehr wohl sehr ernst genommen hat. Das war mir so nicht klar gewesen.

STANDARD: Zu bleiben und sich in der DDR-Opposition zu engagieren, hatten Sie nie im Sinn?

Klüssendorf: Nein. Ich weiß, dass viele Oppositionelle daher auf diejenigen, die Ausreiseanträge stellten, nicht gut zu sprechen waren, weil sie dachten, wir lassen sie im Stich. Aber für mich stand im Vordergrund das Recht, dorthin gehen zu können, wo ich hinwollte. Ideologien haben mich immer misstrauisch gemacht. Auch hat mich in den „Künstlerzirkeln“ die Doppelbödigkeit der Gespräche gestört – oft wurden für die

einfachsten Mitteilungen verquaste Metaphern benutzt, die ich einfach nicht entziffern konnte.

STANDARD: 1985 gingen Sie mit Ihrem Partner und Ihrem kleinen Sohn nach Westberlin. Warum dorthin und nicht nach München oder Hamburg?

Klüssendorf: Westberlin konnte man sich weiterdenken. Die Straßen dort führten zwar zur Mauer, aber dahinter geradewegs nach Ostberlin. Das war mir damals schon wichtig.

STANDARD: Welche Erinnerungen haben Sie an Ihre Ausreise? Sie wussten, dass Ihnen danach der Weg zurück versperrt war.

Klüssendorf: Ich wurde kurz vor meiner Ausreise noch von der Polizei aufgegriffen, weil ich mit blauer Haarfarbe aus dem Westen Zahlen an eine Hauswand sprachte. Die waren als Abschiedsgruß für einen Freund gedacht, aber die Polizei hielt das für geheime Parolen. Sie verhörte mich stunden-

lang, ließ mich dann aber laufen, als ich ihnen erklärte, ohnehin eine Ausreisegenehmigung zu haben. Ich war einfach nur noch froh, im wahrsten Sinne des Wortes davongekommen zu sein. Und vor dem Westen hatte ich zunächst einmal Angst.

STANDARD: Warum und wovor?

Klüssendorf: Natürlich war die ganze DDR-Propaganda auch an mir nicht spurlos vorübergegangen. Ich stellte mir den Westen sehr kalt vor, die Wände gekachelt, die Menschen parfümiert, ganz ohne Eigengeruch. Das bezog sich allerdings nur auf Westdeutschland. Spanien habe ich mir damals schon deutlich schöner vorgestellt. In den ersten drei Monaten, als ich in Berlin-Marienfelde im Aufnahmelager lebte, hatte ich großes Heimweh – auch nach meiner Leipziger Leberwurst.

STANDARD: Versuchten Sie, Ihre Freunde in der DDR zu besuchen?

Klüssendorf: Klar habe ich versucht, meine Freunde zu besuchen, wurde aber immer wieder abgewiesen. Wie ich in meinen Akten später nachlesen konnte, hätte dieses Verbot noch Jahre angehalten.

STANDARD: 1989 wurde der Unmut der DDR-Bürger immer größer. Wie haben Sie das – und danach den Mauerfall am 9. November – mitbekommen?

Klüssendorf: Zuerst nur sehr beiläufig über die Fernsehbilder. Als die Mauer dann fiel, war das schon eine Mischung aus Freude und Unglauben. Aber ich bin nicht zur Mauer gegangen. Denn ich habe, wieder im Fernsehen, diese Bilder von den glücklichen Menschen gesehen, und das hat mich mit Scham erfüllt. Die dachten alle, jetzt laufen sie in die große Freiheit. Aber dass da noch viele Komplikationen kommen würden, wollte niemand sehen.

STANDARD: Für viele war dieser November 1989 einfach nur ein großartiger Moment, an den sie nicht mehr geglaubt haben.

Klüssendorf: Aber diese Wahrnehmung hatte ich erst später: dass Politiker aus dieser Freude wenig gemacht haben. Wenn man sich heute noch einmal diese Bilder ansieht – was für ein Potenzial und welche Begeisterung da waren –, dann denke ich mir, da hätte man mehr draus machen können. Die Dinge langsamer angehen, die Ostdeutschen besser in den Einigungsprozess integrieren. Westdeutsche kamen in den Osten, besetzten mit einem Selbstbewusstsein, das den Ostdeutschen noch fehlte, die Plätze. Später dann holten die Westdeutschen die Westdeutschen nach, das war ein ungueter Kreislauf.

STANDARD: Wollten Sie nach der Wende irgendwann wieder zurück in den Osten?

Klüssendorf: Nein, um Gottes willen. Ich hatte mir Westberlin erobert, das waren zum Teil auch sehr harte Zeiten. Das wollte ich nicht mehr aufgeben. Es ist auch die einzige Stadt in Deutschland, in der ich leben möchte. Und Heimat ist für mich sowieso dort, wo die Post ankommt.

STANDARD: Jetzt wohnen Sie in einem kleinen brandenburgischen Dorf, also doch wieder im Osten.

Klüssendorf: Man kann von dort schnell nach Berlin fahren, aber es ist natürlich viel ruhiger auf dem Land. Mein Dorf ist sehr sozialisiert, es gibt ein Jägerfest, die meisten haben Arbeit, und man muss seine Zäune von Unkraut freihalten. Das ist ganz wichtig! (lacht)

STANDARD: Was ist für Sie von der DDR geblieben?

Klüssendorf: Das legendäre Spülmittel Fit und die wunderschönen Landschaften im Osten Deutschlands. Mir ist es unverständlich, dass viele Westdeutsche dort überhaupt noch nie waren. Andererseits erlebe ich auf meinen Lesungen eine große Neugierde und nach wie vor großes Interesse an der DDR. Ich lese ja mehr im Westen, weil jetzt generell im Westen mehr gelesen wird. Früher war das anders, da war der Osten vorne. Aber die Leute kaufen dort nicht mehr so viele Bücher wie früher, die haben immer noch Nachholbedarf an allem anderen. Allerdings gibt es im Westen auch immer noch recht unglaubliche Vorstellungen über die DDR.

STANDARD: Welchen Klischees begegnen Sie nach wie vor?

Klüssendorf: Manche Leute glauben, dass in der DDR die Straßen immer voll mit Stasi waren, die alles ständig im Blick hatte. Das ist natürlich Blödsinn. Auch in der DDR hatten die meisten Bürger einen völlig unspektakulären Alltag. Aber am meisten nerven mich die Alt-68er im Westen, die immer noch finden, dass der Sozialismus das bessere System ist.

Angelika Klüssendorf (55) wuchs in Leipzig auf, lernte Zootechnikerin und arbeitete zunächst in einer Melkanlage. 1985 verließ sie die DDR und ging nach Westberlin. 2011 wurde ihr Roman

„Das Mädchen“ (Kiepenheuer & Witsch) für die Shortlist des Deutschen Buchpreises nominiert. „April“ (Kiepenheuer & Witsch) kam im August 2014 auf die Longlist.



Birgit Baumann, geb. 1970 in Linz, ist seit 1999 Deutschland-Korrespondent in Berlin. Seit 2005 schreibt sie für den STANDARD.

ALBUM

Mag. Christoph Winder (Redaktionsleitung)
E-Mail: album@derStandard.at

1989–2014
DIE NEUE
ORDNUNG

Beschleunigte Geschichtsdynamik

Ein Aufsatz von Francis Fukuyama und drei Bücher von David Engels, Dan Diner und Saskia Sassen:
Über vier Versuche, die komplexe Welt nach dem Wendejahr 1989 zu erklären. Von Bert Rebhandl

Vom Aufbruch zum Untergang dauert es oft nur einen historischen Wimpernschlag. 1989 staunte die Welt darüber, was alles möglich sein kann. 2014 möchte sie das lieber nicht mehr so genau wissen, denn es zeigt sich, dass der Weltgeist wildere Haken schlägt denn je. Das Buch der Stunde (das nicht notwendigerweise ein gutes Buch sein muss) stammt von einem deutschen Althistoriker, der in Brüssel lehrt: David Engels beschreibt in *Auf dem Weg ins Imperium* (Europa-Verlag Berlin) eine Verfallsgeschichte der EU mit Parallelen zum Römischen Reich. Bei den Römern kennt er sich aus, das ist sein Spezialgebiet. Daneben gibt Engels aber noch ein anderes Interesse an, das ihn dazu befähigt, Geschichte auch in einem größeren Maßstab zu deuten: Geschichtsphilosophie zählt er zu seinen Arbeitsgebieten, wobei er, jetzt wird es richtig komplex, auch an der Geschichte der antiken Geschichtsphilosophie interessiert ist.

Nebenbei ist er Gegenwartsdiagnostiker, der aus Beobachtungen des europäischen Individualismus auf Folgerungen für die Verfassung des Gemeinwesens kommt. Das hat er mit Vladimir Putin und anderen Europa-Skeptikern gemein, die aus dem öffentlichen Auftreten von Homosexuellen auf die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften schließen zu können glauben. *Auf dem Weg ins Imperium* wurde in Deutschland gerade zum Sachbuch des Monats gewählt, was man selbst als Zeichen jener Freizügigkeit nehmen kann, die manchen inzwischen zu weit geht.

Doch ist Engels ein gutes Beispiel für die Schwierigkeiten bei intellektueller Verarbeitung des Wendejahres 1989, das ja mit der Überwindung der Ost-West-Spaltung erst ein „imperiales“ Europa möglich machte. Zwei Faktoren spielen dabei vor allem eine Rolle: eine Überschätzung der Politik gegenüber der Ökonomie und eine Versuchung durch die Größe des Ereignisses, das geradezu nach starken Interpretationen zu verlangen schien.

Francis Fukuyama kam mit seinem Aufsatz über *Das Ende der Geschichte* (der ironischerweise in einer Zeitschrift mit dem Namen *The National Interest* erschien) 1989 gerade zur richtigen Zeit, und er tappte in beide Fallen. Der „unabashed victory of economic and political liberalism“, den Fukuyama verzeichnete, also einen uneingeschränkten Sieg des öko-

nomischen und politischen Liberalismus, fand vor dem Hintergrund der überwundenen Totalitarismen des Faschismus und des Kommunismus statt.

In dem Maß, in dem Fukuyama damals meinte, dass die Welt mit dem 20. Jahrhundert auch die gewalttätigen Großversuche hinter sich lassen könnte, stieg der Optimismus, dieses Geschehen in epochalen Kategorien denken zu können. Unverhohlen spielte Fukuyama auf Hegel an, den letzten Philosophen, der Weltgeschichte noch als Prozess einer vereinheitlichenden Idee denken zu können glaubte. Damals arbeitete sich die Welt auch gerade an den Folgen einer Revolution ab, der Französischen, die in Wellen der Restauration führte.

Die Auseinandersetzung mit Fukuyama ist seither ausführlich und manchmal auch ein wenig zu höhnisch geführt worden. Es lohnt sich aber, bei den interessanten Büchern zu 1989 und den Folgen ein wenig neben der Spur zu suchen. Schon 1993 erschien ein Band, der gar nicht ausdrücklich auf das Wendejahr einging, der aber Texte enthält, die gerade heute wieder enorme Brisanz gewinnen: *Weltordnungen. Über Geschichte und Wirkungen von Recht und Macht* (Fischer-Verlag, vergriffen) von Dan Diner, damals Professor in Essen und Tel Aviv, heute in Jerusalem und Leipzig. Ein deutsch-jüdischer Historiker und Intellektueller, der hier Untersuchungen vorwiegend aus den 80er-Jahren zusammenfasste, die zum Teil von bestürzender Aktualität sind.

Vor allem ein Text über Imperialismus und Universalismus sucht nach einem tieferen Verständnis zweier Schlüsselbegriffe für die Welt nach 1989. Das Buch von David Engels bestätigt einen Befund, mit dem Diner beginnt: „Der Begriff Imperialismus ist vor allem ein hochgradig negativ besetztes Wort politischer Rhetorik.“ Danach macht er aber deutlich, dass die Rede von Imperialismus (und das gilt seit 1989 unter den Bedingungen der Globalisierung umso mehr) vor allem auf eine ungenügend verstandene Beziehung zwischen Politik und Ökonomie zurückgeht. Den territorial verfassten Staaten steht ein Weltmarkt gegenüber, oder genauer: diese sind Teil eines solchen, der mit der Rechtsordnung der lokalen Gemeinwesen nicht vollständig erfasst wird bzw. dessen Dynamiken diese Ordnungen vor immer neue Herausforderungen stellen (die aktuellen Ver-



Dieser Herr wusste im Jahr 1989 noch, wohin die Reise geht – inzwischen haben sich viele Gewissheiten über die historischen Fahrtrichtungen als Chimären erwiesen: Ein DDR-Flüchtling überquert am 10. September den Grenzübergang Klingenberg.

Foto: Picturedesk/APA/Jäger

handlungen um das transatlantische Freihandelsabkommen sind so gesehen ein Beispiel für eine vorgegebene Verrechtlichung von wechselseitig versuchten Übervorteilungen).

Ungeahnte Schärfe

Eine Pointe bei Diner ist, dass die westliche Strategie eines Imperialismus der „tauschförmigen Durchdringung“ gerade als Universalismus ausgegeben wird, während die „gewaltförmige Expansion“, die Russland gerade wieder gangbar zu machen versucht, dahinter zurückfällt. Wenn Diner daran erinnert, dass der Imperialismus sein klassisches Zeitalter zwischen 1882 und 1914 hatte, dann bekommen die Parallelen zwischen 1914 und 2014 erst eine ungeahnte Schärfe. Der Konflikt zwischen Weltmarkt und Staatenordnung, der sich bei Diner in dem Konflikt zwischen islamischem „Außenrecht“ und gottesstaatlichem Expansionismus spiegelt, wird derzeit wieder verstärkt kulturalisiert. Aber es bleibt die gleiche Konstellation.

Ähnlich wie Dan Diner beschäftigt sich Saskia Sassen in *Das Paradox der Nationalen* (2006, deutsch bei Suhrkamp, 2008) mit den komplexen Logiken, denen die Staatlichkeit in einer Welt ohne Systemkonkurrenz (Kalifate einmal ausgenommen) unterliegt. Bei Fu-

kuyama war die Gleichung relativ einfach: Markt und Demokratie gingen Hand in Hand, je mehr Markt durch den Wegfall der riesigen sozialistischen Enklave wurde, mit desto mehr Demokratie war zu rechnen. Bei Sassen tauchen Phänomene auf, die zu „neuen Organisationslogiken“ und einer „Demontage des Nationalen“ führen. Auch hier könnte man auf den ersten Blick wieder annehmen, dass eine solche Demontage eigentlich fortschrittlich sein müsste. Doch in Wahrheit ist die Sache ungeheuer komplex. Nicht zuletzt deswegen, weil Sassen sich auch sehr stark für die private Sphäre interessiert, deren Verhältnis zur öffentlichen für jede Zivilgesellschaft von entscheidender Bedeutung ist. Grob gesprochen wenden sich die Märkte an uns ja als an private Subjekte, und gerade in den letzten fünf, zehn Jahren erleben wir eine rapide Beschleunigung von Dynamiken, die zu einer internationalen (auch steuerlich die nationale Souveränität aushebelnden) Bewirtschaftung von Privatheit geführt hat.

Dies ist gleichsam die Kehrseite dessen, was Sassen unter dem Stichwort von „Assemblagen eines globalen digitalen Zeitalters“ beschreibt. Sie stellt dabei fest, ähnlich wie Diner bei seiner Analyse des Weltmarktes, dass zum Beispiel die globalen Finanzmärkte

sich keineswegs der Gesetzgebung entziehen. Sie sind ja, nicht zuletzt an konkreten Orten wie London, New York oder Hongkong, an territoriale Zusammenhänge gebunden. Da jedoch die Staaten zueinander in Konkurrenz stehen, entstehen jene Bedingungen, die einen entfesselten Weltmarkt etwa von Finanzprodukten mit sich bringen, mit dem private Interessen für sich eine Umgebung schaffen, die sich um das Gemeinwohl nicht mehr kümmert.

Sassen spricht von unterschiedlichen „Zeitlichkeiten“ und einer speziellen Zeitlichkeit des Nationalen. Hier kommt 1989 noch einmal eine herausragende Bedeutung zu, weil das Datum auch verschiedene Erfahrungen erzählbar macht. Die osteuropäischen Länder wissen etwas, was der Westen, vor allem die beiden „imperialen“ Nationen USA und England, schon vergessen hat: dass Unterdrückung eine reale Möglichkeit und Befreiung niemals vollständig ist. Die Ukraine mit schon zwei Revolutionen seit 1989 ist tatsächlich das Land, auf das die Welt schauen sollte. Denn hier sucht ein Gemeinwesen zwischen verschiedenen aktuellen „Imperialismen“ nach einer tragbaren Rechtsordnung. 1989 ist so gesehen noch immer in vollem Gange, und die besten Bücher dazu sind erst noch zu schreiben.



DA MUSS MAN DURCH

Die Krisenkolumne von Christoph Winder

Privatsauereien nur auf Polaroid! Die Folgen des Sex-Super-GAUs in Hollywood

Superschockierende Meldung aus den USA! Ein Hacker hat die iCloud von Apple ruchlos angezapft und von dort gamsige Fotos von über hundert Filmstars entwendet! Dass just Hollywood betroffen ist, jenes für seine Keuschheit und menschliche Zurückhaltung renommierte Künstlergrätzeln in Los Angeles, macht die Sache besonders bitter.

Wenn es ganz blöd hergeht, ist die Internationale der Online-

Spechtler demnächst haargenau über die Mumu von Jennifer Lawrence und den Gebärvater von Johnny Depp informiert. Kein Wunder, dass sich die Betroffenen seit Wochen schlaflos in den Eiderdaunen wälzen und weder aus noch ein wissen. Gegen diesen Sex-Super-GAU war Nipplegate ein Krippenspiel!

Ein interessanter Aspekt des Skandals: Die Weltöffentlichkeit ist offenbar falschen Vorstellungen vom Freizeitverhalten der Stars aufgesessen. Das sind ja Leute, die die Mittel hätten, sich täglich ein paar Dutzend Straßen in die Nase zu ziehen und eine Orgie nach der anderen zu veranstalten. Was aber machen sie stattdessen? Selfies!

Hier ein Miezkatzen-Selfie, da ein Piephahn-Selfie, und ab und zu ein Schnappschuss in die Kerbe, um nachzusehen, ob das Rosettenlifting auch wirklich so cool geworden ist, wie es der Beauty-Doc versprochen hat. Und dann ab mit dem ganzen Plunder in die Cloud, damit auch die Jungs von der NSA auf ihre Kosten kommen! Die schauen sich nämlich gern einmal zwischendurch ein paar Bilder aus dem Land des vertikalen Lächelns an, um von dieser ewigen Abhörerei auszuspannen. Geheimdienste sind schließlich auch nur Menschen.

Seltsam auch, dass es sich noch nicht bis Hollywood herumgesprochen hat, dass auf Diskretion

bedachte Menschen, die ihre Nacktfotos in die Cloud stellen, dieselben ebenso gut am Times Square in Manhattan affizieren könnten.

Wer auf Nummer sicher gehen will, dem bleibt nur der Griff zu jenem technologischen Hilfsmittel, das dem hausgemachten Porno schon vor Jahrzehnten mächtig auf die Sprünge geholfen hat, weil es fürderhin nicht mehr nötig war, sich bei seinen Privatferkeleien im Fotogeschäft von sabbernden Laboranten zuschauen zu lassen: Wir sprechen natürlich von der Polaroidkamera. Was für eine tolle Kombination: Kopulieren, fotografieren und zu hundert Prozent sicher sein, dass kein Schwein zuschaut.



Foto: Ministarstvo prostora

Das „Raumministerium“ kümmert sich um alles, was die Regierung verabsäumt, z. B. darum, aus dieser Belgrader Straße eine Straßengalerie zu machen.

„Squatten? Das klingt so illegal!“

Die Belgrader Architektin **Iva Čukić** will die Stadt vor der kompletten Privatisierung bewahren. Deshalb gründete sie vor einigen Jahren das „Ministarstvo prostora“, das Raumministerium. **Wojciech Czaja** traf die „Premierministerin“ letzte Woche in Alpbach.

STANDARD: Lesen Sie gerne Comics?

Čukić: Und wie! Sehr gern sogar. Ich bin nur etwas verwirrt über den Gesprächsbeginn.

STANDARD: Es gibt eine Science-Fiction-Comic-Serie von Warren Ellis und Chris Weston aus dem Jahr 2001. Die heißt „Ministry of Space“.

Čukić: Na echt? Die kenne ich gar nicht! Jetzt verstehe ich.

STANDARD: 2010 haben Sie das „Ministry of Space“ gegründet. Was genau kann man sich darunter vorstellen?

Čukić: Das „Ministarstvo prostora“ heißt nicht nur so, sondern ist auch tatsächlich ein Raumministerium. Wir sind ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Belgrad, und wir übernehmen all jene Agenten, die die serbische Regierung mangels Interesse, Sensibilität und Kompetenz in den letzten Jahren verabsäumt hat. Wir setzen uns mit öffentlichem Raum auseinander, erforschen und entdecken, wo es ungenutzte Ressourcen gibt, nutzen diese und geben der Bevölkerung ihren städtischen Raum zurück.

STANDARD: Wie das?

Čukić: Leute, kommt, das ist euer Raum! Nutzt und verwendet ihn! Das ist unsere Message.

STANDARD: 2011 haben Sie die alten Belgrader Inex-Filmstudios gesquattet.

Čukić: Squatten klingt so illegal. Sagen Sie das nicht! Wir haben die alte, abgefuckte Betonruine, in der früher Inex-Film beheimatet war, ausgemistet, renoviert und wieder instand gesetzt. Heute befinden sich darin Ausstellungsräume und sogar ein paar ganz einfache Wohnungen, die wir an bedürftige Menschen vergeben. Außerdem veranstalten wir auf dem Inex-Areal immer wieder Festivals und Feste.

STANDARD: Weiß der Grundstückseigentümer darüber Bescheid?

Čukić: Mittlerweile ja. Eines Tages ist plötzlich ein fremder Mann

aufgetaucht, hat sich das Haus angesehen und hat sich sehr genau nach allem erkundigt. Erst am Ende hat er seine Identität gelüftet. Seitdem mögen wir uns. Wir haben ein Übereinkommen, dass wir das Grundstück so lange nutzen dürfen, bis er dafür eine andere Nutzung gefunden hat.

STANDARD: Arbeitet das Raumministerium denn legal oder illegal?

Čukić: Beides. Schreiben Sie das so rein? Ach, ist doch egal. Das wissen eh schon alle. Aber ganz im Ernst: Wo es geht, bemühen wir uns auf ganz offiziellem Wege um Bewilligungen für Projekte und Veranstaltungen sowie um Sponsorengelder. Und wo es nicht geht, legen wir eine Art freundliche Guerillataktik an den Tag.

STANDARD: Die wie aussieht?

Čukić: Hingehen, aufbauen, Strom anzapfen und loslegen.

STANDARD: Welche Taktik ist Ihnen lieber?

Čukić: Ganz ehrlich? Guerilla-Style! Wir sind vier Minister, wobei ich die Premierministerin bin, wenn Sie so wollen, aber wir haben dutzende bis hunderte Helfer – abhängig vom jeweiligen Projekt. Auf illegale Weise geht alles viel schneller. Auf diese Weise hatten wir bisher am meisten Erfolg.



Foto: Luiza Puiu

Raumministerin aus Belgrad: Iva Čukić will dazu beitragen, Belgrad vor der kompletten Privatisierung zu retten.

STANDARD: Sind Sie schon einmal in Schwierigkeiten gekommen?

Čukić: Nein, noch nie. Außer dass mich ein Grundstückseigentümer schon einmal verprügeln wollte.

STANDARD: Arbeiten Sie auch mit dem einen oder anderen echten Ministerium zusammen?

Čukić: Wir sind ein echtes Ministerium! Wir haben zwar schon einmal versucht, mit einem anderen Ministerium zu kooperieren, aber daraus wurde nichts.

STANDARD: Nehmen sich die anderen Ministerien des Leerstandes in Belgrad bzw. allgemein in Serbien an?

Čukić: Nein. Ganz und gar nicht.

STANDARD: Wie viele Gebäude stehen denn seit der Wende 1989 leer?

Čukić: Genaue Zahlen habe ich nicht. Um nicht zu sagen: Genaue Zahlen existieren nicht, weil sie niemals erhoben wurden. Ich würde den enormen Leerstand in Serbien aber nicht so sehr auf 1989 zurückführen, sondern eher auf den Jugoslawienkrieg und auf den Zerfall des Landes Anfang der Neunzigerjahre. Durch den Krieg, durch die Sanktionen, durch die damals enorme Korruption und nicht zuletzt durch die Privatisierung, die wie eine turbokapitalistische Keule auf das Land eingeschlagen hat, kam es zu einer großen Veränderung auf dem Immobilienmarkt.

STANDARD: Was passiert mit den leeren Gebäuden heute?

Čukić: Sie stehen leer und verfallen vor sich hin. Nur um Ihnen ein Beispiel zu nennen: Allein in Belgrad stehen derzeit 14 traditionelle Kinos, die nach dem Zerfall Jugoslawiens privatisiert wurden, leer. Das sind klassische Spekulationsobjekte. Sie stehen so lange leer, bis ein attraktives, unschlagbares Angebot kommt.

STANDARD: Ein solches unschlagbares Angebot ist der Bau der neu-

en Belgrader Waterfront an der Save.

Čukić: Hinter dem Projekt verbirgt sich der arabische Investor und Projektentwickler Eagle Hills (Tochterunternehmen von Emaar Properties, Anm.) mit Sitz in Abu Dhabi. Die Menschen mögen das Projekt, weil sie erstens die Pläne für die Uferpromenade mitsamt dem 200 Meter hohen Belgrade Tower und dem größten Einkaufszentrum auf dem Balkan schön finden. Und zweitens herrscht allgemeiner Konsens darüber, dass es gut sei, wenn ein Investor wie Muhammad al Abar Geld nach Belgrad bringt. Immerhin reden wir da von etwa vier Milliarden Euro.

STANDARD: Das Raumministerium kämpft gegen das Projekt an. Warum?

Čukić: Weil es eine große Gefahr birgt. 14.000 Quadratmeter Land, die direkt an der Save liegen und die in Belgrad heute zu den letzten öffentlichen Wassergrundstücken zählen, würden damit auf einen Schlag privatisiert werden. Dessen und auch all der damit verbundenen Konsequenzen sind sich die meisten Belgrader nicht bewusst.

STANDARD: Wie schaut Ihre Aufklärungskampagne aus?

Čukić: Wir machen öffentliche Veranstaltungen und laden die Menschen zu moderierten Gesprächen ein. Eines der Themen, die wir immer wieder anreißen: Wer braucht schon Luxuswohnungen, wenn es in Belgrad nicht an Luxuswohnungen mangelt, sondern an leistbaren Billigwohnungen?

STANDARD: Leistbar bedeutet?

Čukić: Im Durchschnitt kostet eine klassische Wohnung in Belgrad 1400 Euro pro Quadratmeter, und das bei einem durchschnittlichen Einkommen von 500 Euro pro Monat. Das ist eine „mission impossible“. Ganz zu schweigen von den Wohnungen im Belgrade Tower. Wir brauchen keine Woh-

nungen um ein paar Tausend Euro pro Quadratmeter. Wir brauchen Wohnungen um 500 Euro pro Quadratmeter! Dafür versuchen wir die Menschen zu sensibilisieren.

STANDARD: Klappt das?

Čukić: Aufklärung und Sensibilisierung brauchen Zeit.

STANDARD: Denken Sie, dass das Projekt jemals realisiert wird?

Čukić: Nein. Nicht in dieser Form. Ich denke, dass sich die Regierung mit Emaar Eagle Hills darauf einigen wird, das Land für 99 Jahre zu verpachten. Der Belgrade Tower mit seinen Luxuswohnungen und Luxusbüros ist in erster Linie ein medientaugliches Lockmittel. Ob er jemals realisiert wird oder nicht, ist nebensächlich. In erster Linie geht es darum, das Grundstück zu blockieren und daraus dann Kapital zu schlagen.

STANDARD: Sie legen sich mit ganz schön großen Kapazitäten an. Woher nehmen Sie Ihre Energie?

Čukić: Ich weiß nicht. Ich weiß nur, dass ich dazu beitragen will, Belgrad zu retten und vor der kompletten Privatisierung zu bewahren. Wenn die Regierung nicht schleunigst umdenkt und auch weiterhin bei jedem großen Kaufangebot mit den Ohren schlackert, weil hinter dem Dollar-Zeichen so viele Nullen stehen, dann wird die Stadt bald komplett ausverkauft sein. So weit darf es nicht kommen.

STANDARD: Wird es das Raumministerium in der nächsten Legislaturperiode noch geben?

Čukić: Daran besteht kein Zweifel.

Iva Čukić (32) studierte Architektur und arbeitete anschließend zwei Jahre in einem klassischen Architekturbüro. Danach war sie Assistentin an der Universität Belgrad. 2010 gründete sie das Raumministerium, dem sie nun als Premierministerin vorsteht. Zu den bisherigen Projekten gehören Squattings sowie Kulturfestivals und Kunstinstallationen im öffentlichen Raum. Bei den Baukultur-Gesprächen in Alpbach hielt sie kürzlich einen Vortrag über leistbares Wohnen.

Zahnlose Zäsaren zeitigen Zäsuren

Zwischen circensischem Übermut und depressionsförderndem Wahn oszilliert *Zwischenzeit*, das aktuelle Werk des Fotografen **Heinz Stephan Tesarek**. Der 1976 Geborene verbrachte viele Jahre im Ausland, den Staaten des ehemaligen Ostblocks, der ehemaligen Sowjetunion, im zerfallenden Jugoslawien, in Asien und in den USA. Der Wiener dokumentierte (u. a. für *The New York Times*, *Spiegel*, *News*, *Süddeutsche Zeitung*) den schmerzhaften Umbruch am Balkan, fotografierte vor der Implosion der Lehman-Brothers die impertinente Dekadenz der globalen Finanzwelt, stieg in die Kohlegruben Polens und entdeckte die visuellen Parallelen zwischen Bildern von Armut und Überfluss. Als Chronist porträtiert er in seinem Opus magnum die gesellschaftlichen Gesichter von Luxus und Askese, von Krieg und Frieden, von Wohlstand, religiös motivierter Repression und des archaischen Kampfes um Brot und Wasser.

Tesareks Werk aber kommt ganz ohne Worte aus. Er kommentiert nicht, klagt nicht an. Der Zynismus des Alltags offenbart sich in der Summe der Fotos von selbst. Sehr elegant und subtil. Wer fähig ist des Hinterfragens, erkennt die Botschaft in der vordergründig unauffälligen Accrochage. Flaniert man durch die auf den kargen Schwarz-Weiß-Fotografien erkennbaren Welten, offenbart sich seine Idee des zerbröselnden, aufbrechenden Interregnums auf dem Weg zum Untergang. Menschen auf der Flucht, an geschlossenen, unüberwindbaren Grenzen, Politiker, Superreiche und Bettler, ziel-, zügellose Events und Massenmedien zwischen dekadentem Porn-Chic und Betroffenheit von struktureller Gewalt, Prostitution, Erniedrigung und institutionellen Massenvergewaltigungen in martialischen Ländern, deren Sozialstrukturen an das finsterste Mittelalter erinnern. Zwischen den Zeiten und zwischen den Welten entstehen immer größere Gräben. Final gipfelt diese neue paneuropäische Unordnung, diese transkontinentale Neuordnung in der Frage: Quo vadis?

Gregor Auenhammer

Heinz Stephan Tesarek, „Zwischenzeit“. € 48,- / 144 S., Edition Tesarek, Wien 2014

Gedicht gemeint

viel lärm innen: musiken wirbel drehen spannen haupt und nebensächlich hecheln alte narreteien

sonst nichts zu sagen eingeweckt sind meinungen meriten warten auf mit vollen backen

bis zur hälfte orient asien mit wiener wurzel aus – aus sieben bürgen bin ich wehrbauerin, ur altes bronze aus kinshasa und so... //

Dine Petrik, aus: „Magenta. Lyrik der Gegenwart“. Bd. 43. Edition Art Science



Aufschlagseite aus Heinz Stephan Tesareks „Zwischenzeit“, fotografiert von Lukas Friesenbichler

Ein anderer „Boulevard of Broken Dreams“ – eine typische Straßenszene im ehemaligen Ostblock, der trotz seiner Vergangenheit in vielen Köpfen weiterlebt. Zynismus des Alltäglichen, hier im bulgarischen Bansko.

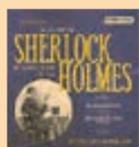
Hörbuch

Der Mann, der alles durchdringt

Er scheint nicht umzubringen zu sein. **Sherlock Holmes** ist dank der BBC aktuell zum Fernsehphänomen geworden, zahllose Nachfolger bedienen sich hemmungslos bei ihm und stehen auf seinen Schultern, seine Rätsel werden von Bestsellerautoren weitergeschrieben, selbst in New York darf er ermitteln, mit einer weiblichen Dr. Watson an seiner Seite. Vielleicht hat dies mit seinem Detektionsmuster zu tun: Er schafft am Ende widerspruchslöse Ordnung. Und alles geht wieder seinen Gang in einer seinerzeit wie heute wilden Welt ohne Übersicht. So wie das der Fall ist in zwei Erzählungen, die nun Oliver Kalkofe eingelesen hat: *Das Musgrave-Ritual* von 1893, von Doyle auf Platz elf seiner besten zwölf Holmes-Geschichten gesetzt, unmittelbar vor *Die Junker von Reigate*. In dieser geht es um einen um kurz vor Mitternacht beobachteten Mord inklusive eines scheinbar nicht dazu gehörigen Diebstahls, in jener um zwei Verschwundene und ein sinnloses Familienwörtertsel, das zu einem Schatz führt. Oliver Kalkofe, hinlänglich bekannt als ironisch-clowneske Fernsehscheineinung und lebender Kalauer, liest das erstaunlich. Erstaunlich engagiert. Erstaunlich abwechslungsreich und nuanciert. Und erstaunlich der nicht immer ganz grazilen, vielmehr sacht umständlichen Doyle'schen Prosa Leben einhauchend und gebend.

Alexander Kluy

Arthur Conan Doyle, „Die Memoiren des Sherlock Holmes: Das Musgrave-Ritual. Die Junker von Reigate“. € 9,99 / 104 min. Der Hörverlag, München 2014



Krimi

Windräder und Wildschweine

Suchanek ist schon wieder in Schwierigkeiten. Als er für vergangene Meriten seine zugesagte Belohnung einfordert, bekommt er einen Gutschein für Ferien in Feuchtkirchen. Ein abgewracktes Fremdenzimmer ist noch die harmlosere Unbill. Die übel zugerichtete Leiche im Wildschweingehege regt Suchaneks Recherchiertrieb an. War es ein Mord à la Ceausescu? Was bedeutet, dass man einen Menschen in der Auen Gelsen überlässt, bis der am Blutverlust stirbt. Funktioniert so etwas überhaupt? **Rainer Nikowitz** entwickelt sich zum Spezialisten für ausgepöckelte Todesarten. Der ironische Blick, den er in diesem Fall auf Niederösterreich wirft, dürfte ihm ein Einreiseverbot einbringen. Bis zur Kenntlichkeit entstellte Politprominenz bevölkert den vergnüglichen Krimi, darunter ein Graf mit Kitschschloss und einer Ex-Ministerin als Gattin. Der Graf ist geografisch ein bisschen ver-rutscht, aber immerhin nicht ein ganz böser Schurke. Genüsslich schildert Nikowitz die Probleme, die Gemeinden weitab vom Schuss so haben. Zum Beispiel mit den Zweithäuselbesitzern aus Wien, denen die Einheimischen einen Windpark vor die Nase setzen. Es gibt übrigens auch noch kreativere Verwendungsmöglichkeiten für Windräder, die hier nicht verraten werden. Urlaub in Feuchtkirchen – eine schauerliche Idee.

Ingeborg Sperl (krimiblog.at)

Rainer Nikowitz, „Nachtmah!“. € 15,50 / 318 Seiten. Rowohlt, Reinbek 2014



Kinderbuch

Wer nicht hören will

Der kleine Vogel ist wirklich selbst schuld. Weil er nicht zuhören will. Weil ihm egal ist, was andere sagen. Eigentlich sitzt er ganz allein da, ganz ruhig. Zuerst taucht ein storchenähnlicher Vogel auf. „Verzeihung“ – und schon sitzt er neben ihm. Dann kommt ein Frosch. „Verzeihung“ – und schon gesellt er sich dazu. Dann sind da noch eine Schildkröte und ein Fuchs, die unbedingt etwas sagen wollen. Doch dem kleinen Vogel reicht's: „Selber Verzeihung! Aber das hier ist mein Nest! Und was ihr sagen wollt, ist mir egal! Haut endlich ab!“, schreit er wütend. Die Freude, wieder allein zu sein, wird aber nur von kurzer Dauer sein. Denn der Platz, auf dem er sitzt, entpuppt sich als Krokodilrücken: „Schmatz“ und „Verzeihung!“

Daniel Miyares legt mit seinem Buch *Verzeihung!* Kindern ab dem fünften Lebensjahr ein Stückchen schwarzen Humors vor. Der Text ist aufs Notwendigste reduziert, die farbenfrohen Illustrationen zeigen sehr schön, wie sich der kleine Vogel immer mehr verkrampft. Wie es immer enger in seinem vermeintlichen Nest wird. Dann, als das Krokodil langsam sichtbar wird, sieht man noch den sorgenvollen Blick des Vogels. Und aus! Dass er verpeist wird, zeigt Miyares nicht. Warum auch? Es genügt ein Wort, um alles klar zu machen: „Rülps“. Am besten ist aber der Gesichtsausdruck des Krokodils am Ende des Buches: zufrieden und doch irgendwie unschuldig.

Peter Mayr

Daniel Miyares, „Verzeihung!“. € 13,40 / 40 Seiten. Ellermann-Verlag, Hamburg 2014



Fundstücke

Berlin – die Stadt, die immer wird ...

Kaum eine andere Stadt hat sich seit dem Fall der Berliner Mauer, der Auflösung des Eisernen Vorhangs, dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes so sehr gewandelt wie Berlin. Die Metamorphosen des ehemaligen Ostblocks finden in der Spiegelung der Hauptstadt des vereinigten Deutschland ihren Niederschlag. Gesellschaftlich, sozial, ökonomisch, ökologisch, strukturell, selbstverständlich auch architektonisch. Berlin ist zum kreativen Laboratorium neuen Lebens geworden. Die nachhaltigen Änderungen dokumentieren – stellvertretend – zwei opulent illustrierte Publikationen aus dem Verlag teNeues. **Stefanie von Pfuell** präsentiert in *Living in Style Berlin* Refugien von der bürgerlichen Villa bis zum Townhouse, vom Loft an der Spree bis zum Penthouse am Potsdamer Platz. Über die unterschiedlichen Interieur-Trends hinaus röntgenisiert der aus der famosen Serie *Cool Cities* stammende Band, was die extravaganten Hotspots, die avantgardistisch-exotischen Besonderheiten der Metropole ausmacht. Mit Hilfe einer App lässt sich cross-medial mobil erkunden, was das kreative Biotop ausmacht und ob es stimmt, als der scheidende Bürgermeister Klaus Wowereit sein Berlin als „arm, aber sexy“ titulierte.

Gregor Auenhammer



„Living in Style Berlin“, Hrsg.: Stefanie v. Pfuell. € 50,- / 220 S. „Cool Cities Berlin“, Hrsg.: Martin N. Kunz. € 50,- / 220 S. Beide: teNeues-Verlag, 2014